

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

kein
mensch
ist
illegal

„Kein Mensch ist illegal“ – Bundesweite Kampagne zur Unterstützung illegalisierter Menschen wird vorbereitet

Seite 12

CDU-Parteitag und der Rechtstrend in der öffentlichen Meinung

Seite 3

Bild:
Wahlplakat
der CDU



Weil's statt Lohn nur ein paar Hunderter Abschlag gab, deckten polnische Arbeiter in Berlin das Dach auf der Baustelle wieder ab

Seite 18



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

| | |
|--|---|
| <i>Aktuell in Bonn</i> | 2 |
| Der Parteitag der CDU | 3 |
| BRD sieht sich als Anwalt der Balten | 4 |
| Wann werden die Opfer von Lidice entschädigt? | 5 |
| IMI zum Eurofighter | 5 |
| Alteigentümer gegen Bodenreform: Neuer Vorstoß | 6 |
| BRD nötigt Türkei Gesetz gegen doppelte Staatsbürgerschaft ab ... | 6 |
| Bonn's Kurdenpolitik unter Druck | 7 |
| Landtagsgrüne fordern Aufhebung des PKK-Verbots | 7 |

Auslandsberichterstattung

| | |
|--|----|
| Spanien: Interview mit Herri Batasuna | 8 |
| Italien: Soziale Korrekturen zum Finanzgesetz | 9 |
| Türkei: „Schutzzone“ im Nordirak | 10 |
| Meldungen | 11 |

Regionales West und Ost

| | |
|--|----|
| <i>Lokaler Widerstand</i> | 12 |
| Hammelburg: Erfolgreicher Protest gegen Ritterkreuzträger . | 13 |
| München: Minister Waigel verschleudert Wohnungen | 14 |
| Köln: Landesweite Demo gegen Gentechnologie | 15 |
| Hamburg: Verbote gegen PDS, Grüne, Bürgerinitiativen machen mobil gegen Transrapid . | 16 |
| <i>O-Ton</i> | 16 |
| <i>Kommunale Politik</i> | 17 |

Aus Betrieben und Gewerkschaften

| | |
|---|----|
| <i>Was war?</i> | 18 |
| ÖTV Berlin: Ausschuß betriebs- bedingter Kündigungen | 19 |
| ÖTV-Tarifverhandlungen: „Massive Interessengegensätze“ . | 19 |
| Gewerkschaftstag IG BCE: | 20 |
| Protestbrief von Vertrauensleuten an IG BCE | 20 |
| Opel Spanien: Gegen Multis | 21 |
| Thyssen/Krupp: Konzentrations- poker | 22 |
| Adtranz: Sanierungskurs | 22 |

Diskussion und Dokumentation

| | |
|--|----|
| Dokumentiert: „Wir wollen PDS auch im Westen“ | 22 |
| Strategiekrisis in der PDS | 22 |
| Aktualität des „Deutschen Herbstes“ | 23 |
| Wahlen in Polen | 25 |

Letzte Seiten

| | |
|---------------------------------|----|
| Hamburg im ‚Dritten Reich‘ | 27 |
| Termine | 28 |

**AKTUELL IN BONN EUROCOPS IM-
MUN?** Die PDS-Abgeordnete Jelpke hat die Verabschiedung des „Immunitätsprotokolls“ für Europol kritisiert: „Kaum hat die Bundesregierung die Europol-Konvention durchs Parlament geprügelt, läßt das

Kabinett heute die Peitsche ein zweites Mal knallen und verabschiedet das sog. Immunitäten-Protokoll für Europol. Dies bedeutet konkret, daß Eurocops strafrechtlich nicht belangt werden können, sofern diese kriminelle Handlungen begangen haben. Dies wird besonders brisant, wenn Europol ... operative Kompetenzen eingeräumt werden sollen. Immunität für Eurocops ist der erste Schritt für die Legalisierung sog. „milieutypischer Straftaten“, die bislang deutschen Polizeispitzeln aus guten Gründen verboten sind. Denn – darauf wies der Deutsche Richterbund schon vor Jahren hin – wo soll im Alltag eines verdeckten Ermittlers die Immunität-Grenze gezogen werden: bei der illegalen Datenweitergabe, bei Strafvereitelung, beim Drogenhandel oder bei Mord und Totschlag? Die nationalen Parlamente und das Europaparlament müssen darauf bestehen, ihre Pflicht zur Kontrolle der Exekutive – also auch Europol – wahrnehmen zu können.“

DEUTSCH-RUSSISCHE GEHEIMDIENSTE: Geheimdienstkoordinator Schmidbauer hat am 23. Oktober mit dem Chef des russischen Inlandgeheimdienstes FSB, Nikolaj Kowaljow, eine „intensive Zusammenarbeit in allen Fragen der inneren Sicherheit“ vereinbart. Man wolle „organisierte Kriminalität und Terrorismus“ intensiver bekämpfen, teilten beide der Presse mit. Am 24.10. traf der Geheimdienstchef mit den Leitern von VS und BND zusammen. Ob dabei noch einmal über den aufgefliegenen Plutoniumschmuggel des BND gesprochen wurde, ist nicht bekannt.

FINANZNOT OSTKASSEN: An der Finanznotlage der Ostkrankenkassen sei die Bundesregierung schuld, erklärte am 22. Oktober die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen, Monika Knoche: „Es ist die Regierungspolitik, die durch die Absenkung der Krankenkassenbeiträge von RentnerInnen und Arbeitslosen von 100% auf 80% ein Defizit allein im Osten in Höhe von ca. 1,2 Mrd. DM herbeigeführt hat. Jetzt droht sogar eine generelle Absenkung der Beitragsbemessungsgrenze im Osten, die zu einem weiteren Einnahmeverlust in Höhe von 63 Mio. DM führen würde. Daß Seehofer angesichts dieser Einnahmeverluste duldet, daß die Kassen Kreditfinanzierung betreiben müssen, zeigt, wie waghalsig und unsolid das ganze Konsolidierungsprogramm ist. Es ist widerrechtlich. In keiner Weise kann der sog. kasseninterne West-Ost-Transfer als gerecht oder gar sozial bezeichnet werden. Im Gegenteil. Er vertieft aufs neue die unsoziale Verteilung, die der Kassenwettbewerb her-

vorgebracht hat. Nur mit einer Ausweitung der Versicherungspflicht sowie einer Anhebung der Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenze lassen sich die Einnahmedefizite angesichts der Massenarbeitslosigkeit ausgleichen.“

GEGEN AUSBILDUNGSNOT: Die Oppositionsparteien im Bundestag verlangen sofortige Maßnahmen gegen die Ausbildungsnot von Jugendlichen. Die PDS hat einen Antrag eingebracht (Ds. 13/8599), in dem sie ein Sofortprogramm der Regierung für 100 000 zusätzliche Ausbildungsplätze fordert. Sie schlägt vor, zur Finanzierung Mittel des Bundes (Ministerien für Bildung, Wirtschaft und Arbeit), der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, der EU-Strukturfonds und der Ländersonderprogramme umzuschichten und zu bündeln. Notfalls müsse eben ein Nachtragshaushalt her. Die konkrete Ausgestaltung soll Sache der Länder sein. Die zusätzlichen Mittel sollen nur für Jugendliche verwendet werden, die nach Beginn des Ausbildungsjahres noch keinen Ausbildungsplatz hatten. Gefördert werden sollen nur Berufsausbildungen, die zu anerkannten Ausbildungsberufen führen, und nur Unternehmen, die bereits mit Eigenmitteln 8 Prozent Auszubildende eingestellt haben. In einem weiteren Antrag fordert die PDS, Art. 12 GG zu ändern. Dieser soll um ein „Recht auf berufliche Ausbildung“ ergänzt werden (Ds. 13/8573).

ARBEITSVERBOT: Die Bundesregierung hält trotz Kritik vieler Verbände und der Ausländerbeauftragten von Bund und Ländern an dem Verbot der Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Asylbewerber und geduldete Ausländer fest. Das Verbot war von der Bundesanstalt für Arbeit im Juni dieses Jahres auf Weisung der Bundesregierung ergangen. Wegen der „anhaltend unbefriedigenden Arbeitsmarktlage“ werde das Verbot aufrechterhalten, so die Regierung. 1996 seien 31 162 solche Arbeiterlaubnisse erteilt worden, so die Regierung. Daß sie mit dem Verbot diese ohnehin sozial ungesicherten Menschen buchstäblich in die Kriminalität treibt, ist ihr gleichgültig.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 30.10. berät der Bundestag über eine Novelle des Hochschulrahmengesetzes. Dann folgt eine Aussprache zum EU-Beschäftigungsgipfel, der Bericht des Wehrbeauftragten und die Anträge zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die die Koalition alle ablehnen will, Telekommunikation, Städtebau und Obdachlosigkeit. Am 31.10. stehen u.a. Anträge der PDS zum Wahlrecht an. Die PDS will die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle mindestens seit fünf Jahren in der BRD lebenden Erwachsenen, Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Abschaffung der 5%-Klausel und Präferenzstimmen, mit denen die Reihenfolge von Kandidaturen auf Landeslisten geändert werden kann.

Der Parteitag der CDU und der Rechtstrend in der öffentlichen Meinung

Nach den Wahlen in Frankreich und Großbritannien schien der Trend klar: In Europa bilden sich Regierungen mit Schwerpunkt links von der Mitte. In Deutschland kommt Rot-Grün+Rot. Und jetzt? Entweder kommt Kohl mit der FDP oder es kommt eine große Koalition mit Schäuble. Kann man darauf warten, daß wie beim Wetter auch mal wieder die Sonne kommt? Wohl kaum. Die Regierung des Bürgerblocks hat ihre Gestaltungsmacht in den letzten Monaten geschickt eingesetzt und die Voraussetzungen für eine rechte Sammlungsbewegung entscheidend verbessert.

Zunächst war es dem Bürgerblock gelungen, in der Diskussion der Währungs-umstellung sämtliche Fragen nach der sozialen Gestaltung Europas hinter der Frage der sogenannten Härte des Euro verschwinden zu lassen. Dann konnte sich die Regierung bescheinigen lassen, daß ihre Haushaltspolitik den Eurokriterien genügt. Und jetzt wird es hart.

Ein Lehrsatz der neokonservativen, neoliberalen Politik steht gefestigt im Strom der sozialen Entwicklung. Ein Land, d.h. ein zusammenhängender Rechts- und Kulturraum, kann zu Wohlstand kommen, wenn es internationalen Anlegern beste Verwertungsbedingungen bietet. Auf diesem strategischen Kurs geht die Reise aber nach weit rechts außen. Der Ansatz ist nicht solidarisch, sondern nimmt von vorneherein und aufs

ganze der Weltwirtschaft gesehen die Verschärfung der sozialen Ungleichheit auf der Welt in Kauf. Die Differenz zwischen „uns“ und „den anderen“, zieht internationale Kapitalanleger ins Land. Damit ist die Grundsuppe eines Nationalismus auf modernster Grundlage angerührt. Deutschland wird in einem Wettbewerb reich, der andere arm macht. Eine solche Politik produziert internationale Spannungen, weiß das auch und hat den Bedarf nach militärischem Übergewicht. Deswegen gehört zum so konstituierten Euro der Eurofighter.

Nun zeichnet sich tatsächlich eine verbesserte Position der BRD als Anlageplatz ab. Die Regierung verkündet unwidersprochen, es sei mit weiterem Wirtschaftswachstum und einer Trendwende in Sachen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Um diesen Punkt drehte sich der Wind der öffentlichen Meinung.

Der gegenwärtig spürbare Umschwung der öffentlichen Meinung

Die öffentliche Meinung schwang nach rechts, weil der angekündigte Erfolg nicht im Rahmen einer allgemeinen, für die Wirtschaft der ganzen Welt denkbaren Konzeption von Entwicklung stattfinden soll, sondern mit dem bestehenden Nord/Süd- und dem verwandten Ost/West-Gefälle der Lebenschancen genauso kühl und dumm rechnet wie mit den natürlichen Ressourcen. Eine solche

Strategie produziert tagtäglich Festung-Europa-, Festung-Deutschland-Mentalität. Sie produziert ein Gefühl der Unsicherheit, die politische Bereitschaft, die Produktion von Ungleichheit, das Leben auf Kosten von anderen mit Gewalt zu zementieren.

Eine solche Politik der Rechten kann die politische Mehrheit im Lande zu ihren Gunsten verschieben, weil sie, obwohl an Interessen von Eigentum, Rendite, Ausbeutung ausgerichtet, so strukturiert ist, daß im Lager der Arbeit ausgeformte Interessen, um einen Technik-Vergleich zu wählen, andocken können.

Wenn jetzt die Regierung Kohl mit neuer Glaubwürdigkeit behauptet, daß ihre Politik zu mehr Beschäftigung führe, bietet sie Interessen, die im verzweifelten Kampf um die Erhaltung allgemein geltender sozialer Standards entstehen, einen Anknüpfungspunkt. Denn auch wenig würde da schon viel ausmachen. So reagiert das Klima in den Betrieben äußerst empfindlich auf bloßen Vorzeichenwechsel bei Entlassungen/Einstellungen. Und auch die Stimmung, das Hoffen der Millionen, die im BRD-Wirtschaftsraum Arbeit suchen, wird durch Wachstum oder Schrumpfung der Arbeitslosigkeit auch bei geringstem Volumen stark beeinflusst. Die Solidarsysteme der Versicherungen, an deren Rettung vielen Menschen liegt, würden entlastet. Und, und, und ...

EIN SCHWARZES DOKUMENT:

Projekt Zukunftschancen

Verantwortung für Deutschland

... Unser wichtigstes innenpolitisches Ziel ist, daß Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu müssen wir folgende Herausforderungen bewältigen:

- Wir brauchen die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit in unserem Land, damit Deutschland attraktiv für Investoren ist. Steuer- und Sozialsystem müssen beschäftigungsfördernd ausgestaltet werden. Die Tarifpolitik muß den Zielen der Beschäftigungssicherung, des Beschäftigungsaufbaus und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der größeren Flexibilität am Arbeitsmarkt dienen.
- Wir brauchen das beste Bildungssystem für unser Land. Investitionen in die Qualifikation von Menschen sind unabdingbare Voraussetzung für Innovationen in Deutschland. Ebenso ist Erziehung im Geiste von Selbstverantwortung, Leistung und Gemeinsinn Voraus-

setzung für das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft.

- Wir brauchen gut qualifizierende Ausbildungsplätze für alle jungen Menschen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind. Gefordert ist die Bereitschaft, auch nach der Erstausbildung berufliche Qualifikationen ständig weiterzuentwickeln, so daß sie modernen Anforderungen genügen.
- Wir brauchen mehr Bereitschaft zur Selbstständigkeit und mehr Existenzgründungen. Je innovativer die betriebliche Neugründung, desto intensiver der Beschäftigungseffekt.
- Wir brauchen mehr Spitzenprodukte und mehr neue Ideen. Wir können den internationalen Wettbewerb nur mit den besten und modernsten Produkten gewinnen. Die dramatischen Umbrüche unserer Zeit erfordern von uns weitsichtige Entscheidungen nicht nur im Wirtschafts- und Arbeitsleben sowie im Bildungssystem, sondern auch beim Bau des Hauses Europa. Angesichts der zunehmenden Globalisierung können die europäischen Staaten im weltweiten Wettbewerb nur bestehen, wenn sie sich noch enger zusammenschließen. Gerade für uns Deutsche verbinden sich größte Chancen mit der Wei-

terentwicklung des europäischen Einigungswerkes. Als vereintes Land in der Mitte unseres Kontinents wollen wir ein starkes Europa, das die Zukunft seiner Nationen in Frieden und Freiheit sichert.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, gemeinsam mit der CDU die notwendigen Veränderungen in Deutschland und Europa durchzusetzen. Zusammen mit ihnen wollen wir eine Brücke in das 21. Jahrhundert bauen. Wir wenden uns entschieden gegen die rückwärtsgewandten Kräfte, die Reformen blockieren. Die Mißachtung ökonomischer Fakten durch die Sozialdemokraten, die Technikfeindlichkeit der Grünen und die Demokratiefeindlichkeit der PDS dürfen unser Land nicht bestimmen. Sie würden Deutschland in den Niedergang führen.

Wir setzen auf Innovation und Offenheit, auf Verantwortung, Freiheit und Gemeinsinn. Wir werben für einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch in die Zukunft, der getragen ist vom Vertrauen in die Kraft der Freiheit und von der Bereitschaft, solidarisch zusammenzustehen.

Aus dem Leittrag des CDU-Bundesvorstandes zum 9. Parteitag in Leipzig

Auf diese Weise kann die Regierungspolitik des großen Geldes Menschen anziehen, die sich an den gesellschaftlichen Chancen der Arbeit orientieren.

Privilegierte Position des nationalen und kulturellen Zusammenhanges Deutschland

Hätten die Unionsparteien zur Absicherung einer privilegierten Sonderstellung des deutschen Rechts- und Kulturraumes lediglich eine Konzeption der offenen Gewalt anzubieten, so hätte das wohl nicht gereicht. Die im Leitantrag des Parteitag es episch breit ausgelegte Lösung vom „Wissen für die Zukunft“ ergänzt das Konzept der Ungleichheit durch eine zivil angezogene Variante. Die privilegierte Position des nationalen und kulturellen Zusammenhanges Deutschland im Gefüge der internationalen Arbeitsteilung soll durch die massenhafte Ausbildung darauf abgestimmter Berufsgeschicklichkeit sozial verfestigt werden. Die Schlagworte wie „Deutschland als Systemkopf“ auf der einen oder „verlängerte Werkbank“ auf der anderen Seite sind längst vorgeprägt. Die soziale Realität wird ihnen nachgebildet. Es soll eine Struktur geschaffen werden, in der ein beständig wachsender Anteil der lohnabhängig Beschäftigten, neuen Selbständigen oder Scheinselbständigen von der international verfestigten Ungleichheit der Standorte abhängt und davon lebt, anderen Menschen und Gesellschaften Vorschriften für Arbeit und Leben zu machen und Ergebnisse fremder Anstrengung in die nationale Scheuer zu fahren.

Mit dieser Konzeption kann die Regierung in zwei sozialen Sektoren wildern, die spontan im Gegensatz zur Logik des Geldes stehen: Erstens in der jungen Generation, der eine Perspektive geboten wird, durch individuelle Anstrengung den individuellen Ausweg aus der beklemmenden Chancenlosigkeit zu finden. Zweitens in der werktätigen Intelligenz, deren Reproduktion als Schicht erleichtert wird, wenn die entsprechenden Beschäftigungen ausgeweitet werden.

Das Konzept Europa/Arbeitsplätze/Wissen wirkt auf die Anhängerschaft der Linksparteien, weil es sozialdemokratischen Reformkonzeptionen etwa der Ära Brandt/Schmidt ähnelt, auch damals war schon von „Blaupausenexport“ und Attraktivität für die internationalen Anleger die Rede. Die Ähnlichkeit ist aber oberflächlich. Die Sozialdemokratie verband seinerzeit diese Reformvorstellungen mit einer Gesamtperspektive der Weltwirtschaft. Man sprach von Entwicklungsländern. Der Austausch von Gütern und die Wanderung von Menschen wurden tatsächlich erleichtert. Diese Politik mag irrig und in ihren letzten Wirkungen imperialistisch gewesen sein. Aber sie setzte die Überwindung der sozialen Ungleichheit in einer weltweiten Entwicklungsbewegung als Ziel. Der heutigen neoliberalen und neokonservativen Politik geht es hingegen darum,

diese Ungleichheiten festzuhalten und die Menschen in dieser Ungleichheit, die von Hunger und gewaltsamen Tod geprägt ist, fest-, ja gefangen zu halten.

Das Regierungslager, sozial das Lager des Eigentums, der Rendite, der Ausbeutung, politisch das Lager der nationalistischen Privilegierung, der Ausgrenzung, der imperialistischen Ansprüche und der Gewalt, hat angefangen, Kräfte zu sammeln. Die Unionsparteien sind dabei nicht auf den entschiedenen Widerstand der Linksparteien gestoßen. Was macht die Linke so waschlappenweich?

Lebensplanung und Konservatismus

Die soziale Welt ist dem Gesetz der Ökonomie unterworfen. Was heute geschieht und morgen geschehen kann, ist nicht unabhängig von den Voraussetzungen, die gestern geschaffen wurden. Gerade in Rechts- und Kulturräumen wie der BRD, die von den Profiteuren der Ungleichheit bestimmt werden, setzt der Überlebenskampf auch der arbeitenden Massen in hohem Grade Lebensplanung und Planungssicherheit voraus. Im modernen täglichen Leben haben sich schon Begriffe wie „Lebensplanung“, „Vorsorge“, oder Tätigkeiten wie „Bausparen“ oder „Karriereplanung“ gebildet, ja festgesetzt. Das belegt, wie sehr in unserer Gesellschaft das, was heute und morgen jemand tun kann, davon abhängt, was gestern und vorgestern geschah. Wer sich auf das Konzept der „Lebensplanung“ einläßt, läßt sich notgedrungen auf die Erwartung ein, daß die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des „Heute“ auch im „Morgen“ vorzufinden sind. Nimmt der Druck, der auf der Reproduktion lastet zu und kommt die Gefahr des Scheiterns der Lebensplanung auf, wird also nicht nur Kritik an der Gesellschaft laut und lauter, sondern auch die Hoffnung, irgendwie möge alles auf den alten Bahnen weitergehen. Das entpuppt sich als mächtige soziale und politische Kraft. In diesem Wind segelt der moderne Konservatismus.

Da die ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft hinter dem Rücken der Produzenten wirken, besteht über die Ursache des Wandels, der Krise, der sozialen Bedrohung immer Meinungsstreit. Ein naheliegender Kurzschluß aus der Erfahrung der Krise ist der Trend, den gesellschaftlichen Mächten, dem Staat, den Kapitalien mehr Kompetenzen zu geben. Die Krise der Lebensverhältnisse erscheint nicht als Produkt des Funktionierens der Gesellschaft, sondern als Folge ihres Nicht-Funktionierens, irgendeiner Störung, die einfach bloß weg muß. Das ist eine wichtige Quelle für reaktionäre und rechtsextreme Stimmungen.

Auf linke Parteien wirken diese Sachverhalte auch. Es entsteht eine Tendenz, die anstehenden notwendigen Reformen als kleine Änderungen zu verkaufen, die im Grund nicht viel ausmachen. Dabei greifen Vorschläge wie soziale Grundsi-

cherung, Recht auf Wohnung, kosten-deckendes Kindergeld, andere Verteilung der Arbeitszeit usw. tief und umwälzend ins soziale Gefüge ein. Hier zu verharmlosen führt bloß dazu, daß die sammelnde Kraft jener Ziele im Lager der Arbeit abnimmt, während die Gegenseite, die sich bedroht fühlt, gereizt wird.

Schlimmer als dieses Schlimme ist jedoch eine Tendenz zur Toleranz des Unheils, mit dem die öffentliche Gewalt den Status quo absichert. Bis zum heutigen Tag hat zum Beispiel die PDS sich nicht dazu durchringen können, den Kampf gegen die politische und soziale Mißhandlung der Mitmenschen ohne deutsches Paßpapier zu einem zentralen Thema ihrer Politik zu machen. „Sozial und solidarisch“, zwei Begriffe, die im Klassenkampf entstanden sind und für die Verbindung von Arbeiterbewegung und Menschlichkeit stehen, kommen auf „Geld her!“ und „Laß mich wie ich will!“ herunter, wenn sie neben so schreiendem Unrecht kultiviert werden. *maf*

Kinkel auf Mitteleuropatour

Die BRD sieht sich als „Anwalt der Balten“

Mazedonien, Bulgarien und die baltischen Staaten waren vor zwei Wochen Ziel einer Reise von Außenminister Kinkel.

Erklärtes Ziel der Reise war es, die Bedingungen für einen eventuellen EU- oder NATO-Beitritt der besuchten Staaten abzuklopfen. Außerdem ging es um verstärkte Anknüpfung der politischen und ökonomischen Strukturen dieser Länder an deutsche Interessen.

In den Balkanstaaten Bulgarien und Mazedonien erklärte Kinkel klar, daß sie noch keine Möglichkeiten haben, in die EU aufgenommen zu werden. Aber dem wollte er Abhilfe schaffen. Sowohl Bulgarien wie Mazedonien sind wirtschaftlich von der BRD abhängig. Bei allen Wirtschaftsdaten rangiert die BRD an erster Stelle. Kinkels Anliegen war deutlich: Wenn sie auf diesem Kurs weiterfahren, wird die BRD ein gutes Wort in Brüssel einlegen, um die Aufnahmeverhandlungen zu beschleunigen. Auf einem deutsch-bulgarischen Wirtschaftsseminar in Sofia nannte Kinkel in der Eröffnungsrede zwei Punkte, die noch unbefriedigt geregelt sind: „Das berührt die Steuergesetzgebung ebenso wie die schwierige Frage der Möglichkeit des Bodenerwerbs durch Ausländer“.¹ Wichtige Punkte für Kapitalisten, die in dem Land investieren wollen. In diesen Tagen findet in Ungarn eine scharfe politische Auseinandersetzung darüber statt, ob es eine Volksabstimmung über das Für und Wider der Möglichkeit von Grunderwerb für Ausländer geben soll.

Und noch von einer anderen Seite her will sich die BRD Einfluß in der Region sichern. Maßstab für den EU-Beitritt sei

zudem, so Kinkel, daß zu den Nachbarstaaten „konstruktive Beziehungen“ unterhalten werden. Die BRD würde sich für die Schaffung von regionalen Bündnissen in Südeuropa einsetzen, um Stabilität in der Region zu schaffen. Als positives Beispiel nannte Kinkel den Ostseerat. Und damit kommen wir zu den baltischen Staaten.

Hintergrund der BRD-Politik gegenüber den baltischen Staaten ist die 12-Punkte Erklärung: „Anwalt der Balten“. In einer Kombination aus militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen „Initiativen“ beschreibt diese die deutsche Politik gegenüber den baltischen Staaten.

In einer Rede am 17. Oktober anlässlich eines Treffens mit den Außenministern aus Litauen, Estland und Lettland präziserte Kinkel die Erklärung. „Der Ostseerat hat große Bedeutung für die regionale Zusammenarbeit. Konkrete Probleme grenzüberschreitender Kriminalität, der Umweltverschmutzung und illegaler Migration darauf warten, in vertrauensvollem Miteinander angegangen zu werden. Als ‚Lead Nation‘ bei der Aufstellung eines gemeinsamen baltischen Flottenverbands unterstützt Deutschland auch die regionale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich.“⁽²⁾

Die Zusammenarbeit bei der Sicherung der Grenzen soll weiter ausgebaut werden. Umfassend sollen Datenverarbeitungs- und Telefonanlagen, Funkausrüstungen und Dokumentprüfanlagen geliefert werden. Aus Mitteln des „Phare-Programms“ der EU sollen über die BRD Gelder bereitgestellt werden für das „Baltic Eastern Border Management Programm“. Auffallend an den Finanzierungsleistungen aus EU-Töpfen ist im, daß diese immer via BRD an die baltischen Staaten gezahlt werden. Seit 1992 sind so über 245 Mio. DM an die baltischen Staaten geflossen.

Ein besonderer Schwerpunkt der BRD-Tätigkeit ist das sog. „Transform-Programm“. Das steht für „Transform-Beratungsprogramm der Bundesregierung für die Staaten Mittel- und Osteuropa (MOE) und die Neuen Unabhängigen Staaten (NUS)“. Seit dem Kabinettschluß vom 13.7.1993 hat das Auswärtige Amt mit dem Bundesministerium für Wirtschaft die Gesamtkoordination des Programms. Ziel ist die Unterstützung der MOE- und NUS-Staaten beim Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Dazu Kinkel: „Das Transform-Programm tritt ergänzend neben das Phare-Programm und macht gezielt weitere beitriffsrelevante Sektoren ‚EU-fit‘. Bisher sind insgesamt über 125 Mio. DM aus diesem Programm Estland, Lettland und Litauen zugute gekommen.“²

Neben der starken ökonomischen Durchdringung der baltischen Staaten sind für Kinkel in 1998 noch zwei Anliegen maßgebend: 1998 muß das Jahr der Visumsfreiheit werden, und begrüßenswert sei, daß im Hinblick auf die Minoritätenpolitik der zukünftige Vertreter

der OSZE in Tallin ein Deutscher sein wird.

hav
(1) Rede Kinkels zur Eröffnung des Deutsch-Bulgarischen Wirtschaftseminars: „Bulgarische Wirtschaftsreform und europäische Integration.“
(2) Erklärung von Kinkel anlässlich eines Treffens mit den drei Außenministern der baltischen Staaten in Riga am 17.10.1997

Entschädigung tschechischer NS-Opfer

Wann werden die Opfer von Lidice entschädigt?

Bereits in der letzten Ausgabe hatten wir über den Prag-Besuch von Bundesaußenminister Kinkel berichtet, bei dem dieser erneut jede individuelle Entschädigung der etwa 8 500 noch lebenden tschechischen NS-Opfer ablehnte.

Am 6. Oktober brachte die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke im Bundestag eine Anfrage ein zu dieser ausstehenden Entschädigung und zu den Verhandlungen über den in der deutsch-tschechischen Erklärung vereinbarten „Zukunftsfonds“. Darin heißt es u.a.:

„Bislang wurden weder das deutsch-tschechische Gesprächsforum noch der Zukunftsfonds eingerichtet. Seit Verabschiedung sank die Zahl der tschechischen NS-Opfer von 9 000 auf 8 300. Laut Angaben der *Prager Zeitung* (32/1997) bemüht sich die tschechische Regierung nun darum, die kollektiv ausgehandelten Entschädigungen zu individualisieren, denn den Bau und Betrieb von Altenpflegeheimen wird die Mehrzahl der NS-Opfer nicht mehr erleben. Tomáš Kraus, Geschäftsführer der Föderation jüdischer Gemeinden Tschechiens, fordert deshalb eine Zusatzrente für die tschechischen NS-Opfer (*Prager Zeitung* 32/1997). Er sprach davon, daß nur 40% der Mitglieder der Föderation den raschen Bau von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen begrüßen würden, die übrigen 60% sähen keinen Grund, ‚in ein weiteres Ghetto umzuziehen‘ (*General-Anzeiger Bonn*, 4./5.10.1997, S. 3) Die Kritik am Bau von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen für die Unterbringung von NS-Opfern und die Forderung nach Zusatzrenten für NS-Opfer wird ebenfalls unterstützt vom Freiheitskämpferverband und dem Vorsitzenden Jakub Cermín (*General-Anzeiger* vom 4./5.10.1997, S. 3) ...“

Daran anschließend erkundigt sich die Abgeordnete, wann nun endlich Entschädigungen an die tschechischen NS-Opfer gezahlt werden, wie sich die Bundesregierung die Ausgestaltung des „Zukunftsfonds“ vorstellt und warum er immer noch nicht geschaffen worden ist und ob etwa auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die die deutsch-tschechische Erklärung vehement abgelehnt habe, an Einrichtungen und Mitteln des „Zukunftsfonds“ beteiligt werden solle.

Eine Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage steht noch aus. rül

Friedensbewegung contra Eurofighter

Ein sozialpolitischer Skandal!

Ende November soll der Bundestag endgültig über die Beschaffung des „Eurofighter“ entscheiden.

PDS, Grüne und sogar die SPD lehnen die vom Bundeskabinett beschlossene Beschaffung des Eurofighter entschieden ab. Die Gruppen der Friedensbewegung wollen mit Informationsständen und einer Unterschriftensammlung, die vor der Beschlußfassung im Bundestag noch an die Abgeordneten weitergereicht werden soll, versuchen, das Projekt noch zu stoppen. Hier ein Beitrag der Tübinger „Informationsstelle Militarisation“ (IMI):

Am 8. Oktober hat das Bundeskabinett die Serienfertigung des Eurofighter 2000 beschlossen. Dieser Beschluß ist nach Ansicht der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. nicht zuletzt angesichts der gleichzeitigen Kürzungen im Sozialbereich ist ein sozialpolitischer Skandal!

Der in der Öffentlichkeit erzeugte Eindruck, der Verteidigungshaushalt würde substanziell gekürzt, ist eine Lüge. Der investive Bereich des Verteidigungshaushaltes soll nach wie vor in den nächsten Jahren steigen. Derzeit gibt es nach unseren Recherchen mindestens 215 (!) Beschaffungsprojekte für die neue Bundeswehr. Der Eurofighter ist nur eines davon! Hinter den breiten Flügeln des Eurofighters wird eines nach dem nächsten der militärisch viel wichtigeren Kriegswaffenprojekte vom Bundestag genehmigt!

Nach den Zahlen aus dem Verteidigungsministerium (Bundeswehrplan 1997 und „Zeittableau für wesentliche Großvorhaben“) sind für die 26 „wesentlichen Großvorhaben“ 128,5 Milliarden eingeplant. Die wesentlichen Großvorhaben machen jedoch nur zwei Drittel des Gesamtvolumens der neuen Aufrüstung aus. Nach den vorliegenden Zahlen des Haushaltes 1997 ist klar, daß die Bundeswehrführung diese Planungszahlen nicht einhalten kann. Um so spannender wird es, wie die Bundesregierung die Finanzierung des Eurofighters bewerkstelligen will. Der Eurofighter gehört nicht zu den Rüstungsprojekten, die für die zukünftigen militärischen Optionen zentral sind, wie etwa der Kampfhubschrauber Tiger, der NATO-Hubschrauber 90 oder das Satellitenkommunikationssystem Bundeswehr (SATCOMBW).

Die derzeitige Finanzierung des Eurofighter 2000 ist ohne die Bewaffnung vorgesehen, trotzdem soll ein einzelnes Flugzeug 125,4 Millionen DM (!) kosten.

Im Bundeshaushalt 1998 tauchen bisher „nur“ 840 Millionen DM für die Produktion des Eurofighters auf. Doch diese Summe ist nur der Anfang einer riesigen Kostenlawine. Der Eurofighter soll in einer ersten Phase zwischenfinanziert

werden durch von der DASA an den Bundesfinanzminister in den Jahren 2000 bis 2001 zurückzahlende Darlehen in Sachen Airbus.

Die langfristigen Kosten sind damit nach wie vor offen: So etwa der große Rest der Beschaffungskosten in Gesamthöhe von 27 Mrd. DM (*WELT am Sonntag*) und die späteren Unterhaltungs- und Wartungskosten.

Der Eurofighter-Beschaffungsbeschluß soll jetzt noch parlamentarisch abgesegnet werden: Die Entscheidung im Bundestag soll in der 48. Woche über die Bühne gehen, also vom 24. bis 28. November. Das ist unsere letzte Chance, um die Geldverschwendung für diesen milliardenschweren Todesvogel abzuwenden!

Setzen auch Sie sich dafür ein, daß dieses Kriegswaffenprojekt nicht in Serienproduktion geht!

- Faxen oder schreiben Sie vor dem Beschlußtermin an örtliche Bundestagsabgeordnete! (Idee aus dem Odenwälder Friedensforum und dort schon sehr erfolgreich umgesetzt.)

- Schreiben Sie offene Briefe / Leserbriefe in ihrer Lokalzeitung!

- Beteiligen Sie sich an der alternativen Abstimmung zum Eurofighter am 21./22.11.1997, die von der Friedensbewegung organisiert wird! (Weitere Informationen dazu beim Kasseler Friedensforum)

- Fassen Sie Beschlüsse gegen den Eurofighter in Gremien, in denen Sie mitarbeiten: Vereine, Organisationen, Betriebe, Schulen, Kommunalparlamenten. (Weitere Informationen beim Friedensnetz Baden-Württemberg.)

- Fordern Sie (bei IMI oder anderen Friedensgruppen) weiteres Informationsmaterial an!

Beschluß der Mitgliedervers. der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. am 11.10.1997

„Alteigentümer“ rütteln an Bodenreform

Neuer Vorstoß auf dem CDU-Parteitag

Die Lobbyisten der nach 1945 auf dem Gebiet der späteren DDR im Zuge der demokratischen Bodenreform enteigneten Junker und Kriegsverbrecher und deren noch heute lebenden Nachfahren haben auf dem Leipziger Bundesparteitag der CDU einen bemerkenswerten Erfolg erreicht.

In sechs Anträgen (u.a. aus CDU-Verbänden in Hamburg-Altona, Frankfurt/Main, Bielefeld, Northeim und Stade) hatten sie erneut eine Revision der Bodenreform verlangt, obwohl diese u.a. durch den sog. Einigungsvertrag und inzwischen zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts für „unanastbar“ erklärt worden war. Trotzdem polemisierte der CDU-Verband in Northeim weiter gegen die Bodenreform als „Verstoß gegen die Grundpfeiler demokratischen Denkens“, forderte die CDU in Stade offen „eine be-

vorrechtigte Rückgabe (ihrer riesigen früheren Ländereien, d. Red.) an die Alteigentümer zu einem eher symbolischen Kaufpreis“ (also quasi geschenkt).

Die Antragskommission des CDU-Parteitages zeigte sich aufgeschlossen und empfahl die Überweisung an die Bundestagsfraktion – mit dem Auftrag, „die Umsetzung des bestehenden Rechts auf Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen“. Das werden die CDU-Abgeordneten Rupert Scholz (MdB aus Berlin und stellv. Fraktionsvorsitzender) und Eylmann (Vorsitzender des Rechtsausschusses im Bundestag), beide schon länger vehemente Befürworter dieser Junkerinteressen, ganz sicher auch tun.

Die Tageszeitung *Die Welt*, die sich bereits seit längerem für die Nachfahren der 1945 enteigneten Junker und Kriegsverbrecher ins Gefecht wirft, kommentierte dieses Ergebnis des CDU-Parteitages am 17. Oktober erfreut: „Die Stellungnahme des Parteitages ist um so bemerkenswerter, als die Führungsgremien der CDU bisher Initiativen zur Rückgabe von Enteignungsgut, das sich heute im Besitz der Länder und Gemeinden befindet, wegen der widerspenstigen Haltung der CDU-Politiker aus dem östlichen Teil Deutschlands rigoros abgeblockt hatten ... Sieben Jahre nach der Wiedervereinigung stellt der Parteitagsbeschluß der CDU nun den Enteignungsofopfern jene Gerechtigkeit in Aussicht, auf die sie Anspruch haben.“

Widerstand aus der F.D.P. ist nicht zu erwarten. Eine Maßnahme allerdings hat die Bundesregierung sofort zu treffen: Die Veräußerung der Grundstücke durch die Treuhandnachfolgegesellschaften muß gestoppt werden, sonst besteht die Gefahr, daß vollendete Tatsachen geschaffen werden.“

In der West-Presse ist über diesen Vorgang auf dem CDU-Parteitag kaum berichtet worden. In den agrarischen Gebieten im Osten dagegen hat der Vorgang erneut für Unruhe und Empörung gesorgt. In Mecklenburg-Vorpommern legte die SPD-Fraktion im Landtag einen Dringlichkeitsantrag vor, mit dem der Landtag erneut seine „Anerkennung der rechtlichen Grundlagen der Bodenreform“ zum Ausdruck bringen sollte. Die CDU gab sich empört ob solcher „politischer Scheingefechte“ und lehnte den Dringlichkeitsantrag ab. Damit fehlte dem SPD-Antrag die für eine Dringlichkeitssitzung erforderliche Zweidrittelmehrheit – obwohl die PDS den SPD-Antrag unterstützte. Der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern wird sich nun irgendwann in der nächsten Zeit mit dem SPD-Antrag noch einmal in regulärer Sitzung befassen – wie mit dem schon länger vorliegenden Antrag der PDS-Fraktion zur Bekräftigung und Verteidigung der Bodenreform, den diese schon lange vor den jetzigen Attacken der Alteigentümer und ihrer Verbände in den Landtag eingebracht hatte. *rül*

Quellen: Neues Deutschland, 23.10.1997; SPD-Antrag vom 20.10.97; Welt, 17.10.97

Türkei ändert Gesetz auf Druck der BRD

Gegen jede Reform des Staatsbürgerschaftsrechts

Am 30. Oktober will der Bundestag nach dem Willen der Bundesregierung sämtlich in dieser Legislaturperiode eingebrachten Anträge auf Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ablehnen und damit dieses Thema bis zur Wahl des nächsten Bundestages parlamentarisch beenden. Dagegen gibt es vielfältige Bemühungen, z.B. seitens der Grünen, die auf eine Freigabe des Fraktionszwangs hoffen und damit doch noch auf Unterstützung wenigstens für minimale Reformschritte durch einzelne FDP-Abgeordnete.

Gleichzeitig verstärkt die Bundesregierung sogar noch mit Druck auf die Türkei die Probleme der türkischen und kurdischen Einwanderer in der BRD. Darauf wiesen am 13. Oktober die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke und der Berliner PDS-Abgeordnete Gıyas Sayan in einer Protesterklärung hin:

„Auf Druck der Bundesregierung hat die türkische Regierung ihr 1995 eingeführtes Staatsangehörigkeitsrecht revidiert, das türkischen StaatsbürgerInnen die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit einräumte. Damit war der Weg für viele in Deutschland lebende Türkinnen und Türken frei, die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen zu können. Mit der jetzt eingeführten Verordnung über die Erstellung einer Staatsangehörigkeitsbescheinigung durch die türkische Regierung wurde dieser Fortschritt zurückgenommen und das Gesetz über die doppelte Staatsbürgerschaft ausgehöhlt. Wir protestieren gegen diese unakzeptable Einflußnahme der Bundesregierung, die hier nichts unversucht läßt, doppelte Staatsbürgerschaften und die Modernisierung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts zu verhindern.“

Kurz vor Bekanntwerden dieser türkischen Entscheidung waren in der BRD Presseberichte aufgetaucht, die auf diese bislang nicht öffentlich erörterte Form der „doppelten Staatsbürgerschaft“ hinwiesen. Unter türkischen und kurdischen Migranten sei diese Form inzwischen weit verbreitet, hieß es darin. Die Migranten legten ihre Staatsbürgerschaft in der Türkei nieder, erwerben die der BRD und nähmen dann auch ihre frühere türkische Staatsbürgerschaft wieder auf, um rechtliche Nachteile in der Türkei zu vermeiden. Laut türkischen und kurdischen Sprechern soll es inzwischen weit über 100.000 Personen geben, die diesen Weg gewählt haben, um ihre Benachteiligung in der BRD zu beenden. Mit der Revision dieser Möglichkeit in der Türkei ist dieser Weg nunmehr auch geschlossen – während Hunderttausende aus Osteuropa eingewanderte „Volksdeutsche“ oft jahrelang ganz selbstverständlich ihre doppelte Staatsbürgerschaft beibehalten dürfen. *rül*

Bonns Kurdenpolitik gerät unter Druck

Ermutigend ist der Anfang Oktober eingereichte Antrag der niedersächsischen Grünen „Dialog statt Verbot – Schutz vor politischer Verfolgung in der Türkei und Deutschland“ im Landesparlament.

Er ist eine von vielen Initiativen, mit denen zum 4. Jahrestag des PKK-Verbots die Bonner Kurdenpolitik angegriffen wird.

Die niedersächsischen Grünen fordern darin einen Abschiebestopp von Kurden und Kurden, die Verurteilung des Krieges der türkischen Staatsmacht gegen das kurdische Volk sowie die Aufhebung des Betätigungsverbots der PKK.

Die grüne Landtagsabgeordnete Heidi Lippmann-Kasten begründete den Vorstoß so: Dies sei sowohl im Interesse der grundrechtlich garantierten Möglichkeit zur politischen Betätigung und Meinungsfreiheit erforderlich als auch im Interesse des Friedensprozesses in der Türkei. Der niedersächsische Landtag überwies den Antrag nach kurzer Beratung in die Ausschüsse. Nach üblicher Praxis müßte in drei bis vier Monaten – also vor den Landtagswahlen – zur Schlußabstimmung in Plenum kommen.

Politischer und wirtschaftlicher Druck gegen Menschenrechtsverletzungen und Völkermord, humanitärer Schutz Verfolgter oder Unterstützung unbewaffneter Friedensmissionen ist nicht die Sache der Bundesregierung. Anders kann der nationale Entrüstungsturm von Politikern aus dem Regierungslager auf die Rede von Günter Grass zu Ehren von Yasar Kemal anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels nicht gedeutet werden.

Grass hatte von „rassistischer Politik“ der Regierung gesprochen: „Der Ruf Ausländer raus!, steht nicht nur auf Hauswänden.“ Die rechten Schlägerkolonnen seien das Echo der Bonner Asylpolitik und der Waffenlieferungen an die Türkei. Grass kritisierte das schmutzige und schnelle Geschäft von Waffenlieferungen, die die BRD zum Mittäter an der Verfolgung und Vernichtung der Kurden macht. Er bezeichnete diese Politik als „abermalige, diesmal demokratisch abgesicherte Barberei“. Yasar Kemal hatte einen Tag vor der Preisverleihung in einem Interview Waffenhandel und Ausgrenzung von Ausländern in der BRD angegriffen.

Grass und Kemal haben eigentlich nur öffentlich ausgesprochen, was in der Bundesrepublik jede/jeder Interessierte weiß. Seit Jahren gibt es eine öffentliche Kritik aus Gewerkschaften, demokratischen Verbänden und Kirchen an der Asy-

lpolitik, gegen die Verschärfung des Ausländerrechts, gegen die Kurdenverfolgung und gegen den Waffenhandel mit Regimen wie Türkei oder Indonesien.

Beispielhaft für rassistische Politik mag die Äußerung Kanzler Kohls auf dem Kongreß der Jungen Union stehen. Gegen die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft führte er erstmals die Zahl der hier lebenden Menschen mit türkischem Paß an. Es müsse davon ausgegangen werden, so Kohl, daß statt drei Millionen Türken künftig vier bis sechs Millionen in Deutschland leben könnten. Diese kämen aber aus einer anderen Hochkultur. Soll man froh sein, daß der Kanzler nicht von „Überfremdung“ sprach? Eine Ermunterung an faschistische Schlägerbanden war diese Äußerung aber allemal.

Seit Monaten werden täglich Türken und Kurden abgeschoben. Wie geschmiert die Zusammenarbeit deutscher und türkischer Behörden dabei läuft, ist anhand einiger Fälle der letzten Zeit deutlich geworden. Selbst vor der Lieferung belastenden Materials schrecken deutsche Polizeibeamte nicht mehr zurück. Das Fazit: Die Abgeschobenen landen in den Folterzentren und auf der Anklagebank. Auch die Botschaft in Ankara ist mit Gutachten an den Vorgängen befaßt. Das kam am Beispiel der 16jährigen Kurdin Fena „Neshe“ aus Heidelberg heraus, als die Botschaft meldete, daß möglicherweise kein Angehöriger das Mädchen „abholen“ würde. Egal – abschieben!

Der „Law and order“-Wahlkampf braucht Munition. Wären es nicht Kemal und Grass vor dem erlauchten Frankfurter Paulskirchenpublikum gewesen, die eine solche Kritik an staatlichem Rassismus, Menschenjagd und Mittäterschaft durch Waffenlieferungen an Krieg und Völkermord äußerten, so hätte die Staatsmacht anders reagiert. Bei Kurden stören solche Äußerungen „die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen Deutschlands“. Das langt für Verfolgung und Verbote. Der Einsatz für eine politische Lösung in Kurdistan „beeinträchtigt erhebliche Interessen Deutschlands“. Seit dem Verbot der Betätigung der PKK und kurdischer Vereine 1993 demonstriert Innenminister Kanther diese Linie deutscher Politik, zuletzt beim Verbot der Durchreise des Friedenszuges „Musa Anter“ durch die BRD. Die Forderung nach Frieden für Kurdistan, unterstützt von Parlamentariern aus ganz Europa, Friedensnobelpreisträgern, der Stiftung Danielle Mitterand u.a., wurde zur „PKK-Aktion“.

Niedersachsen:

Landtagsgrüne fordern Aufhebung des PKK-Verbots

„Der Landtag wolle beschließen:

- Der Niedersächsische Landtag verurteilt den fortgesetzten Krieg der türkischen Staatsmacht gegen das kurdische Volk und die dortigen Menschenrechtsverletzungen. Da aus Deutschland in die Türkei abgeschobene Kurden und Kurdinnen einer massiven Verfolgung ausgesetzt sind, ist aus politischen und humanitären Gründen ein Abschiebestopp nach § 54 Ausländergesetz erforderlich.

- Der Landtag spricht sich dafür aus, Kurdinnen und Kurden ebenso wie Menschen anderer Volkszugehörigkeit die Möglichkeit zur politischen Betätigung zu eröffnen, und setzt sich für die Aufhebung des Betätigungsverbots von PKK und anderen politischen und kulturellen Vereinen und Initiativen ein.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Sich auf der nächsten Innenministerkonferenz für die Aufhebung des Betätigungsverbots der PKK u.a. Organisationen einzusetzen.

2. Einen sofortigen Abschiebestopp nach § 54 Ausländergesetz für kurdische Volkszugehörige in die Türkei zu erlassen.“

(aus: Kurdistan-Rundbrief Nr. 21/97)

Die Betätigung für Völkerrecht, Grund- und Menschenrechte sind in der Kurdenfrage in Deutschland untersagt. Rechtsstaatliche Grundsätze, Verhältnismäßigkeit, „Ausländerrecht“ – für die deutsche Expansionspolitik bleibt alles auf der Strecke.

Gegen diese Politik organisiert jetzt die internationale Liga für Menschenrechte einen „Friedenszug“ von Berlin nach Bonn am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte. Anknüpfend an den von Kanther verfolgten Friedenszug „Musa Anter“ soll auf den Krieg in der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung aufmerksam gemacht, ein Abschiebestopp für türkische und kurdische Flüchtlinge, die Beendigung der Waffenlieferungen an die Türkei und das Einfrieren der Wirtschaftshilfe verlangt werden.

Der Antrag der Grünen im niedersächsischen Landtag, der „Friedenszug“, der Aufruf „Dialog statt Verbot“, der Start einer Unterschriftensammlung unter einer Petition für die Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen in der BRD – all dies sind dringend unterstützenswerte Aktivitäten gegen eine weitere Verrohung deutscher Politik. *rub*

Urteil des Innenministeriums

PDS-MdB Winfried Wolf sprach am 17.10. in Bilbao mit zwei Mitgliedern des nationalen Führungsgremiums „Meza Nacional“ der baskischen Partei Herri Batasuna (HB), Karmelo Landa und Tasio Erkizia Almandoz. In Madrid findet zur Zeit ein Prozeß gegen die Partei statt. Die Redaktion der „SoZ“ stellte uns das Interview freundlicherweise zur Verfügung.

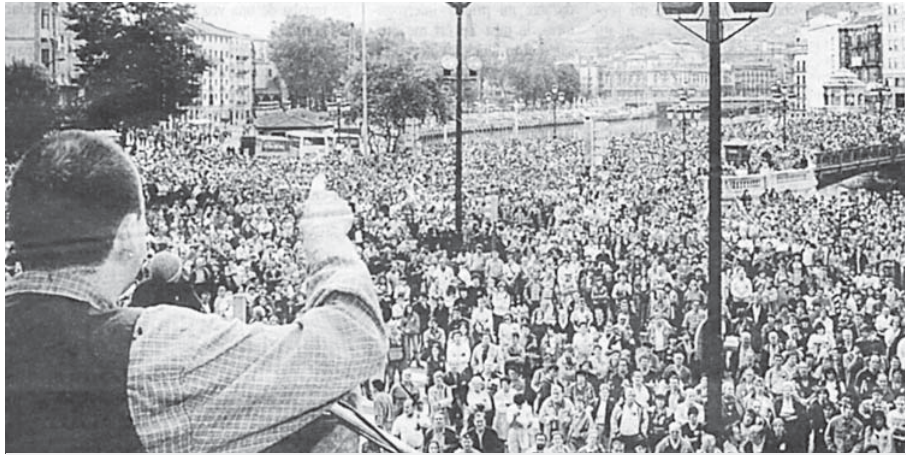
Als zentraler Punkt wird in der Anklageschrift ein Video erwähnt, das ihr im Wahlkampf einsetzen wollten und auf dem u.a. verurteilte ETA-Kämpfer den Friedensplan für das Baskenland erläutern.

Karmelo Landa: Nach außen ist das der entscheidende Vorwurf. Doch juristisch ist das bedeutungslos: Das besagte Video wurde von anderen Organisationen auch öffentlich gezeigt. Es wurde in mehreren TV-Kanälen, auch im Baskenland, präsentiert. Wenn dafür nunmehr Herri Batasuna allein verurteilt würde, wäre das unhaltbar – bzw. viele andere Organisationen, Parteien und Individuen müßten dann ebenfalls kriminalisiert werden.

Nein – was wirklich mit dem Prozeß erreicht werden soll, ist die Konstruktion einer Verbindung zwischen der ETA und Herri Batasuna. Dazu sollte das Material der Guardia Civil dienen. Es handelt sich um einen 200 Seiten umfassenden Bericht mit einem 3000 Seiten starken Anhang. Den Anhang kennt nur die Staatsanwaltschaft und das Gericht; unseren Verteidigern wurde dieser bisher vorenthalten.

Doch dieser Bericht ist für das Gericht wertlos. In ihm wird die Geschichte der ETA – aus Sicht der Guardia Civil – festgehalten. Die Verfasser der Guardia Civil sollten als „Sachverständige“ dem Gericht präsentiert werden. Doch selbst die Staatsanwaltschaft erkennt, daß das nicht geht. Die Guardia Civil, zumal mit ihrer Franco-Vergangenheit, kann nicht neutrale Sachverständige stellen. Nun wurde geprüft, ob die Guardia Civil-Experten als Zeugen in das Verfahren einzubringen seien. Aber auch das macht keinen Sinn – für was sollen diese Herren Zeugnis ablegen? Dafür müßte es konkrete Vorfälle geben, wo konkrete Guardia Civil-Leute als Zeugen benannt würden. Im Grunde ist die Staatsanwaltschaft in einer Sackgasse.

Der Prozeß gegen Herri Batasuna wurde nun ein zweites Mal kurz nach seiner Aufnahme unterbrochen. Beim ersten Mal wegen eures Antrags, das Gericht und insbesondere den obersten Richter José Augusto De Vega für befangen zu er-



Zehntausende von Menschen folgten am 12. Oktober einem Aufruf Herri Batasunas und demonstrierten in Bilbao für echte Demokratie und Freiheit im Baskenland; sie verurteilten gleichzeitig das Gerichtsverfahren in Madrid gegen die Mesa Nacional, den Vorstand von Herri Batasuna.

klären. Die Gründe für die neuerliche Unterbrechung liegen völlig im dunkeln.

K.L.: Beide Unterbrechungen dokumentieren, was wir immer sagten: Das ist ein politischer Prozeß. Mit ihm soll Herri Batasuna, eine legale Partei, die im Baskenland gut 10 Prozent der Stimmen auf sich vereint, illegalisiert werden. Es handelt sich um einen politischen Prozeß, weil nicht die Zweite Kammer des Obersten Gerichtshofs die Regie führt, sondern die Zentralregierung in Madrid bzw. das Innenministerium.

Die erste Unterbrechung am 6. Oktober erfolgte wegen der Befangenheitsanträge. Das erschien ja zunächst demokratisch – das Gericht schien uns ernst zu nehmen. Unterbrochen wurde, um zu prüfen, ob unsere Befangenheitsanträge Substanz hätten. Diese Prüfung hätte nicht nur von den drei Richtern der Zweiten Kammer des Obersten Gerichtes, sondern von allen – insgesamt 16 – Richtern des Obersten Gerichts vorgenommen werden müssen. Doch bereits zwei Stunden nach Erklärung der Unterbrechung ließ das Gericht schriftlich mitteilen, unsere Anträge seien abzulehnen. Es wurde behauptet, in der Zwischenzeit hätten alle 16 Richter des Obersten Gerichtshofs unsere Befangenheitsanträge gelesen, debattiert und wären zum Urteil gekommen, daß diese abzulehnen seien.

Es dürfte bereits fraglich sein, ob die Richter zu diesem Zeitpunkt – der Siesta – alle im Gerichtsgebäude anwesend waren. Aber selbst wenn sie dies waren – es dürfte schlechterdings unmöglich sein, über diese komplexen Anträge unter 16 Richtern binnen zwei Stunden zu entscheiden.

K.L.: Es handelt sich eben um einen politischen Prozeß. Zu sagen, unsere Befangenheitsanträge seien ohne Substanz, ist unhaltbar. Die Fakten konnte das Gericht nicht bestreiten: José Augusto de Vega, der Vorsitzende Richter der Zweiten Kammer des Obersten Gerichtshofs, hat eine Tochter, die im Innenministerium für eine Arbeitsgruppe verantwortlich ist, die

sich u.a. mit Herri Batasuna befaßt. Im Vorfeld des Prozesses ließ das Innenministerium und der Innenminister Mayor Oreja mehrmals erklären, als Ergebnis des Prozesses werde eine Verurteilung der Herri Batasuna-Führung erwartet.

Was sind die Gründe für die neuerliche Unterbrechung? Der Prozeß hatte gerade erst am 13. Oktober wieder begonnen. Tags darauf kam es, ohne daß die Verteidigung oder die Staatsanwaltschaft dies beantragt hätten, zu dieser Unterbrechung.

K.L.: Wir gehen davon aus, daß hiermit der demokratische Schein gewahrt werden soll. Das Tribunal tut so, als würde es unsere neu vorgebrachte Kritik ernst nehmen und darüber eine halbe Woche beraten. Nachdem sie jedoch unsere Befangenheitsanträge abgelehnt haben, ist das lächerlich. Darüber nur nachzudenken hatten sie ja zuvor eine Woche Zeit.

Tasio Erkizia Almandoz: Wir wissen, daß die Regierung dem Tribunal mitgeteilt hat, es müsse zu einer Verurteilung kommen. Und daß der Oberste Gerichtshof dies akzeptiert hat. Wir wissen konkret, mit Datum, daß es ein entsprechendes Treffen zwischen dem Vorsitzenden Richter José Augusto De Vega und Martin Fluxá, dem zweitwichtigsten Mann im Innenministerium, gab. Und weil wir all das wissen und dokumentieren können, sagen wir: Das ist ein politischer Prozeß. Es gibt bereits eine Vorverurteilung. Herri Batasuna soll handlungsunfähig gemacht werden.

K.L.: Juristisch gesehen steht das Gericht mit leeren Händen da. Das „Beweismaterial“ des Sicherheitsdienstes der Guardia Civil, das in dieses Verfahren eingebracht werden soll, ist nutzlos.

Der Prozeß mag bereits zu seinem Beginn verfahren sein. Doch Herri Batasuna erscheint politisch isoliert. Die Solidarität in der Gesellschaft ist nicht allzu groß. Und die Mobilisierungen gegen euch sind beachtlich.

T.E.: Das stimmt so nicht. Die PNV, die

bürgerliche, national-baskische Partei gab eine Erklärung ab, in der festgestellt wird, daß auf den Obersten Gerichtshof ein unzulässiger politischer Druck ausgeübt werde. Ardanza, der Präsident der baskischen Regierung, hat ebenfalls Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Tribunals geäußert.

Die baskische Partei Eusko Alkartasuna (EU) erklärte sich ebenfalls gegen den Prozeß. Izquierda Unida gab eine doppeldeutige Erklärung ab. In der PSOE gibt es Stimmen, die sich ebenfalls kritisch mit dem Prozeß auseinandersetzen; so durch den früheren Innenminister. Natürlich kann die PSOE das nicht öffentlich sagen; schließlich haben sie diesen Prozeß vorbereitet und sind nun, nach der Bildung der neuen, rechten Regierung, Gefangene der Regierungspartei Partido Popular.

K.L.: Das gilt insbesondere nach der Ankündigung des selben Gerichtshofs in einem anderen Verfahren, wonach dem ehemaligen PSOE-Innenminister José Barrionuevo eine Verurteilung von 23 Jahren und weiteren sechs führenden Vertretern der ehemaligen PSOE-Administration Haaptstrafen von zusammen 115 Jahren drohen.

In diesem Prozeß werden der ehemalige Innenminister und die PSOE-Führung um Felipe González beschuldigt, eine geheime „bewaffnete Bande“, die GAL, gebildet und mit dieser paramilitärischen Organisation einen schmutzigen Krieg gegen die ETA geführt zu haben. In diesem Krieg der Staatsterroristen kam es zu illegalen Festnahmen, zu Tötungen und zu Folter. Wohlgemerkt: So lauten die vorläufigen Schlußfolgerungen der Zweiten Kammer des Obersten Gerichtshofs, wie dies der Tagespresse vom 17. Oktober zu entnehmen ist.

Eine solche Feststellung, erhoben von dem Obersten Gericht gegenüber einer demokratisch gewählten, sozialdemokratisch geführten Regierung, dürfte einmalig im heutigen Westeuropa sein. Und die Beschuldigungen, die dieses Gericht gegenüber dem ehemaligen PSOE-Minister Barrionuevo erhebt, sind von Substanz, werden mit einer konkreten Beweisführung erhoben – ganz im Gegensatz zu dem, was gegen Herri Batasuna vorgebracht wird.

Auf diese Weise sind der PSOE die Hände gebunden. Wenn sie jetzt aus der gemeinsamen Front gegen Herri Batasuna und die ETA ausscheren würde, würde die Regierung und die PP noch andere Enthüllungen aus der PSOE-Regierungszeit an die Öffentlichkeit bringen.

Die PSOE und die damalige Kommunistische Partei Spaniens (PCE), die die führende Kraft in der heutigen Izquierda Unida bildet, haben früher eine andere Haltung gegenüber der baskischen Frage eingenommen.

T.E.: 1978 vertraten diese Linksparteien die Position, wonach es ein Recht der baskischen Nation auf nationale Selbstbestimmung gibt.

Damals wurde auch die Einheit aller vier baskischen Provinzen anerkannt – einschließlich Navarra. [Die heutige Teilautonomie umfaßt nur noch drei Provinzen – Navarra ist davon ausgeschlossen.] Seit die PSOE an die Regierung kam, gab es eine rückwärts gewandte Entwicklung und die Leugnung unseres Rechts auf nationale Selbstbestimmung.

K.L.: Noch 1989 und 1990 gab es interne Treffen von uns mit der Führung der PCE, bei denen die PCE uns ihre Position zum Baskenland mitteilte. Wir stimmten damals ihrem Bericht noch zu, der erneut unser Recht auf nationale Selbstbestimmung festhielt. Doch die PCE-Führung brachte dann diesen Bericht nicht mehr auf dem Parteitag zur Abstimmung. Seither hat sich auch in der PCE eine spanisch-zentralistische Position durchgesetzt. Allerdings gibt es führende Leute in der IU, die weiterhin die frühere Position vertreten. So hat Jaime Pastor, der in der IU für die Strukturen des spanischen Staates verantwortlich ist, ein ähnliches Positionspapier vorgelegt, in dem das Recht auf nationale Selbstbestimmung des baskischen Volkes anerkannt wird.

Seit den Aktionen der ETA vom Juli, als diese das Gemeinderatsmitglied Blanco ermordete, steht es um die Positionen von Herri Batasuna wesentlich schlechter. Es konnte massiv gegen euch mobilisiert werden. Diese Aktionen waren nicht vermittelbar und nicht zu rechtfertigen. Wie steht Herri Batasuna zu diesen ETA-Aktionen?

K.L.: Herri Batasuna ist nicht die ETA. Wir müssen nicht Aktionen der ETA kommentieren. Herri Batasuna ist eine legale politische Partei. Wir wollen eine friedliche Lösung im Baskenland. Wenn es Schwierigkeiten gibt, dann nicht wegen der ETA-Aktionen, sondern weil die spanische Zentralregierung keinen Raum für eine friedliche Lösung gewährt.

Die Bevölkerung will eine politische Lösung. Trotz der gewaltigen, intensiven Kampagne, die im Juli und August von der Regierung und von allen Medien gegen Herri Batasuna durchgeführt wurde, sagt eine neue Umfrage, daß wir recht haben. In der ersten September-Woche ergab diese repräsentative Umfrage, daß im Baskenland 74 Prozent für eine politische Lösung und für solche Verhandlungen sind, wie sie derzeit zwischen Sinn Féin und der britischen Regierung in Irland stattfinden. Sogar 61 Prozent der Anhänger der Regierungspartei PP sind für eine solche politische Lösung.

Wir ziehen daraus drei Schlußfolgerungen: Erstens – die Regierung muß verhandeln. Zweitens – die PP sieht sich mit ihrer Repressions-Politik gegenüber der baskischen Bevölkerung in einer Sackgasse. Und drittens: Herri Batasuna ist der Schlüssel für eine politische Lösung. Die baskische Bevölkerung akzeptiert nicht die Isolation von Herri Batasuna. Im spanischen Staat, außerhalb des Bas-

kenlands, sieht das anders aus. Da glauben viele, mit Repression das „baskische Thema“ abhaken zu können.

Ich stimme Euch da nicht zu. Es ist eine Sache, daß ihr eine unabhängige politische Partei seid und daß ihr die ETA-Aktionen nicht verurteilen müßt. Eine andere Sache ist, ob ihr dazu eine eigene Meinung äußern wollt und könnt. Sinn Féin hat dies in einigen Fällen getan – u.a. als Gerry Adams ein IRA-Attentat, bei dem es zivile Opfer gab, verurteilte. Warum sagt ihr z.B. nicht, daß die Hinrichtung des Gemeinderatsmitglieds Blanco falsch ist, daß Bomben gegen ein Museum – das neue Guggenheim-Museum in Bilbao – nicht zu rechtfertigen sind?

K.L.: Weil das nicht entscheidend ist. Entscheidend ist die Politik der Zentralregierung in Madrid. Sie verhindert jeden Dialog. Sie kennt nur Repression. Sie betreibt eine Politik der Isolation und der Assimilation. Auf der anderen Seite hat die ETA gerade mit dem Friedensvorschlag sich zu einer politischen Lösung bereit erklärt. Herri Batasuna ist bereit, hier als Mittlerin zu agieren, um eine solche politische – friedliche – Lösung zu finden.

Nochmals – sind Bomben gegen Kunst, gegen ein Museum, zu vertreten?

K.L.: Das wäre ein politischer Fehler der ETA, wenn es abstrakt um irgendein Museum gehen würde. Niemand fragte das baskische Volk, ob das Museum so entstehen soll, was für eine Kunst hier präsentiert werden soll. Das ist erneut ein Projekt der Zentralregierung, das sündhaft teuer ist, und das im Gegensatz dazu steht, daß gleichzeitig Gelder für baskische kulturelle Projekte entzogen und reduziert werden.

Italien

Soziale Korrekturen zum Finanzgesetz

Mit einer Übereinkunft aus vier Punkten beendete die italienische „Mitte-Links-Koalition“ die Regierungskrise.

Der Ministerpräsident Prodi machte daraufhin seinen Rücktritt rückgängig, und Rifondazione comunista stimmte im Parlament dem Finanzgesetz 1998 zu. Folgendes wurde vereinbart:

- **Arbeitszeit.** Die Regierung verpflichtet sich, im Januar 1998 einen Gesetzentwurf über die Einführung der 35-Stunden-Woche ab 1.1.2001 vorzulegen. Über die Einzelheiten soll eine dreiseitige Kommission aus Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften eingesetzt werden. Die Arbeitszeitverkürzung soll für Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten gelten. Der Gesetzentwurf soll auch Überprüfungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den ver-

schiedenen Sektoren sowie der Konsequenzen einer Arbeitszeitverkürzung vorsehen.

- **Altersrenten.** Altersrenten für „Arbeiter und gleichwertige Arbeiten“ werden aus den Kürzungen herausgenommen. Die „gleichwertigen Arbeiten“ sollen nach Qualifikation und Beschwerlichkeit der Arbeit definiert werden.

- **Finanzgesetz 1998.** Rifondazione comunista unterstützt die Billigung im Parlament. Dabei soll eine Verringerung der Ausgaben um 500 Mrd. Lire (ca. 500 Mio. DM) ersetzt werden durch entsprechende Mehreinnahmen aus Maßnahmen gegen Steuerflucht.

- **Übereinkunft über Beratung.** Das Ulivo-Bündnis und Rifondazione vereinbaren für 1998 im Hinblick auf den „Eintritt in die einheitliche europäische Währung“ eine systematische Beratung zur Suche nach gemeinsamen Zielen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Manche Formulierung ist undeutlich oder offen gehalten, und die Ergebnisse werden sich noch zeigen müssen. Und Prodi kann auch feststellen: „Das Land kann seinen Marsch nach Europa wiederaufnehmen“. Selbst innerhalb von Rifondazione gehen die Meinungen über das Vorgehen und die Ergebnisse auseinander. Aber es dürfte doch feststehen: Rifondazione kann zwar die Entwicklung hin zum Euro nicht aufhalten, aber doch deutliche soziale Korrekturen – insbesondere bei den Altersrenten – erzwingen. Besonders der konservativen deutschen Presse ist das sauer aufgestoßen. Die FAZ, ganz in der Nähe der künftigen europäischen Zentralbank, zeigte sich sehr unzufrieden, wie die unberechenbare Parteiführung von Rifondazione alles zerstören könne.

In Italien hatten viele im linken Wählerfeld und an der Gewerkschaftsbasis auf weitere Verhandlungen zur Lösung der Regierungskrise gedrängt. Bei einem Scheitern der ersten Regierung unter Beteiligung der Linken und vorgezogenen Neuwahlen wäre eine Zunahme der Rechten (besonders der Lega Nord) befürchtet worden und eine alles überschattende Konfrontation zwischen Linksdemokraten (PDS) und Rifondazione mit Sprengwirkung in die Gewerkschaften.

Beträchtliches Aufsehen erregte eine Aktion von 40 betrieblichen Delegierten der Metallgewerkschaft FIOM aus dem norditalienischen Brescia (einer Hochburg der Lega Nord). Die Gewerkschaftsvertreter fuhren nach Rom und setzten dort Gespräche mit Prodi, der Demokratischen Partei der Linken (PDS), Rifondazione comunista und Grünen durch. Dabei forderten sie – unabhängig von ihren Parteizugehörigkeiten – eine Fortsetzung der Regierung und formulierten dazu Forderungen (nach den Berichten ähnlich den schließlich getroffenen Vereinbarungen). Den Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbands CGIL, Cofferati, der sich schon auf Renten Kür-

zungen und Neuwahlen eingelassen hatte, erinnerten sie daran, daß er kein (PDS-)Parteisekretär sei.

Schwierig bleibt auch nach der Beendigung der Regierungskrise das Verhältnis zwischen Rifondazione und den Gewerkschaftsdachverbänden CGIL, CISL und UIL. Die 35-Stunden-Woche war keine aktuelle Forderung der Gewerkschaftsverbände gewesen, und diese sehen durch die angekündigte gesetzliche Regelung ihre Tarifkompetenz berührt. UIL sieht gar die italienische Wettbewerbsfähigkeit bedroht, wenn die Arbeitszeit nicht europaeinheitlich geregelt wird. Und bei den Altersrenten hatten sich die Gewerkschaftsdachverbände schon auf Kürzungen eingestellt, die Rifondazione jetzt verhindert hat.

Das gespannte Verhältnis zwischen den verschiedenen Kräften der Arbeiterbewegung wurde auch auf einer landesweiten Kundgebung von Rifondazione comunista am 25. Oktober in Rom für „Arbeit und soziale Gerechtigkeit!“ deutlich, zu der nach Angaben von Rifondazione 250 000 Menschen kamen. Die Aktion war stark von der Auseinandersetzung mit Linksdemokraten und Gewerkschaftsvorständen geprägt. *rok*

Türkei versucht Schutzzone im Nordirak

Mit Napalm- und Splitterbomben

Auch die zweite Großinvasion im Irak in diesem Jahr erbrachte für die türkische Armee nicht den erhofften Erfolg. Nichts ist davon zu spüren, daß sie ihr Ziel, die Zerschlagung der PKK-Guerilla in Südkurdistan, erreicht hat.

Der türkische Generalstab spricht mittlerweile von „PKK-Kreise einengen“. Ein großer Teil der 50 000 Mann Invasionstruppen ist schon zurückgezogen worden. Die Nachrichtenagentur Reuters meldete, daß die türkische Armee hohe Verluste erlitten hat. Nun versucht die türkische Armee erneut, eine Sicherheitszone an der türkisch-irakischen Grenze einzurichten.

Während der Invasion hatte die türkische Armeeführung die mit ihr verbündeten KDP-Einheiten (Barzani) und Dorfschützer Gebiete angreifen lassen, die von der PUK (Talabani) kontrolliert werden. Damit sollten die im Abkommen von Ankara vom Dezember 1996 zwischen KDP und PUK abgesteckten regionalen Grenzen destabilisiert werden. Die „Schutzmächte“ dieses Abkommens sind die USA, Großbritannien und die Türkei. Die PUK-Einheiten schlugen in den letzten zwei Wochen zurück. Es gelang ihnen, die KDP zurückzudrängen, 1996 verlorene Gebiete zurückzugewinnen. Die KDP wurde letzte Woche gezwungen, ihr Hauptquartier zu verlegen, die Verbindungen der von der KDP kontrollierten Gebiete auf der Strecke nach

Arbil wurden unterbrochen und der Verbindungsstraße „Hamilton“ nach Iran erobert. Ein von den USA und Großbritannien neu vermittelter Waffenstillstand hielt nur eine Woche. Er wurde durch massive Luftangriffe der Türkei zur Unterstützung der KDP gebrochen. Die türkische Luftwaffe bombardiert täglich Dörfer mit den international geächteten Napalm- und Splitterbomben in der Nähe der türkisch-irakischen Grenze und in den Bergregionen zum Iran. In Sulaimaniya demonstrierten am 18. Oktober 120 000 Menschen gegen das Bombardement. PUK-Sprecher Barham Salih erklärte in Washington, daß die Türkei keinen wirklichen Frieden unter den kurdischen Parteien wolle. „Frieden würde eine Stärkung der kurdischen Regionalregierung bedeuten. Das wäre ein Alarmsignal für die Türkei mit schädlichen Auswirkungen auf die eigenen kurdischen Gebiete.“ (Reuters, 23.10.)

Seit Jahren versuchte die Türkei, eine Pufferzone entlang ihrer Grenze auf südkurdischem Boden zu installieren. Jetzt will die türkische Armeeführung mindestens 8 000 Soldaten dauerhaft in Südkurdistan auf KDP-Gebiet stationieren. Da jetzt der Wintereinbruch in den bis zu 3 000 Metern hohen Bergregionen bevorsteht, ist es allemal fraglich, ob die türkischen Einheiten sich längs der Grenze eingraben können. Sie könnten nur aus der Luft versorgt werden und wären ein gar zu leichtes Angriffsziel der PKK-Guerilla, die weiterhin ihre Camps und Stationen in diesem Gebiet trotz Invasion und Bombardements unterhält. So wird das Projekt Pufferzone entlang der kompletten Grenze Türkei-Irak im kommenden Frühjahr wieder aufleben, die nächste türkische Invasion steht also bevor. Bis dahin wird die türkische Armeeführung versuchen, weiterhin KDP-Einheiten und Dorfschützer gegen die PKK als „Puffer“ zu mißbrauchen. Entlang der Grenze will die Türkei ein Frühwarnsystem mit Hilfe der USA und Israels installieren und hat zudem bewegliche Überwachungstechnik bei deutschen Firmen bestellt – natürlich über Hermes abgesichert. Allein aber schon die Stationierung von 8 000 Soldaten in der Region Zaho-Dohuk ist eine ständige Bedrohung in Südkurdistan und endgültig das Ende der sogenannten UN-Schutzzone von 1991/92.

Der PKK-Vorsitzende Öcalan rief die KDP zu einem erneuten Dialog auf. Er warnte vor den Absichten der Türkei, die in Südkurdistan ein neues Nordzypern schaffen wolle. „Wenn wir nicht hätten befürchten müssen, von hinten von der KDP angegriffen zu werden, hätten wir unsere Kräfte nicht in Südkurdistan, sondern im Norden eingesetzt. Die kurdischen Parteien sollen uns nicht in den Rücken fallen, dann würden sie sehen, was wir in nur in einem Jahr für unser Volk schaffen. Das würde schließlich auch ihnen viele Möglichkeiten bieten.“ (Özgür Politika, 7.10.) *rub*



„Clinton und Währungsfonds raus“, so die Forderung auf dem Transparent auf der Gegendemonstrationen in Buenos Aires anlässlich Clintons Südamerikareise. Dieser hatte auf seiner Reise eine Freihandelszone für den ganzen amerikanischen Kontinent gefordert. Außer bei dem argentinischen Präsidenten Menem ist er damit auf wenig Gegenliebe gestoßen. Dafür wurde Argentinien von den USA in den Status eines „besonderen Verbündeten“ aufgenommen.

Tschechische Republik: Prag sperrt Archiv mit SS-Akten

Das Verteidigungsministerium in Prag hat, wie erst jetzt bekannt wurde, schon im September wesentliche Teile des Militärarchivs der Tschechischen Republik sperren lassen.

Betroffen sind die Abteilungen des Prager Militärarchivs mit umfangreichen Aufzeichnungen der SS über Massaker an Juden und über mörderische Strafaktionen der deutschen Besatzer in der Ukraine, Weißrußland und Rußland.

Hintergründe für die Schließung sind ein auffälliges Interesse von faschistischen Kreisen aus der BRD an dem Material. Die Faschisten könnten daran liegen, Spuren von Straftaten und Tätern zu beseitigen oder auch Material für faschistische Heldenlegenden zu sammeln. Zwar war das Prager Archiv lange Zeit der Öffentlichkeit zugänglich, aber erst jetzt habe sich offenbar deren Existenz in faschistischen Kreisen herumgesprochen.

Auch die Bundesregierung soll ein Interesse an dem Archiv angemeldet haben. Angeblich verhandeln Vertreter aus Prag und Bonn schon über die Übergabemodalitäten.

Schweiz: Aufruf für die Freiheit von Patricio Ortiz

Am 4. September 1997 hat die Zürcher Kantonspolizei den 33jährigen chilenischen Flüchtling Patricio Ortiz in Auslieferungshaft genommen, nachdem die chilenische Regierung Anfang September ein entsprechendes Auslieferungsbegehren gestellt hatte. Ortiz ist am 30. Dezember 1996 aus dem Hochsicherheitsgefängnis von Santiago de Chile geflüchtet. Anfangs Juli stellte er in der Schweiz ein Asylgesuch.

Ortiz wurde im Februar 1991 verhaftet unter dem Vorwand, einen Polizisten

tödlich verletzt zu haben. Ortiz bestritt aber die Tat. Das Militärgericht wirft ihm auch vor Mitglied der verbotenen „Frente Patriótico Manuel Rodriguez“ zu sein. Ein Militärgericht verurteilte ihn 1995 zu 20 Jahren Haft, in zweiter Instanz zu 10 Jahren.

Daß die Schweizer Behörden den von Folter und Haft traumatisierten Patricio Ortiz in Auslieferungshaft genommen haben und ihn über Monate dem verschärften Regime der Auslieferungshaft (Einzelhaft, stark eingeschränkte Besuchsmöglichkeiten, keine Beschäftigungsmöglichkeiten) unterziehen wollen, ist absolut unverständlich. Ortiz wurde in Chile von einem Militärgericht verurteilt. Das Verfahren verstieß gleich mehrfach gegen die Menschenrechtskonvention: Der Richter war nicht unabhängig, das Verfahren nicht öffentlich und der Angeschiedigte wurde in Abwesenheit verurteilt.

Zudem kann in keiner Weise von einem fairen Verfahren gesprochen werden. Bei der einzigen Einvernahme von Ortiz stand er unter den Folgen der Folter. Eine ordentliche Zeugenbefragung kam ebenfalls nicht zustande. Patricio Ortiz würde im Falle einer Auslieferung nach Chile erneut Folter drohen.

Ungarn: Streit um Volksabstimmungen

Über zwei Volksabstimmungen wird in Ungarn in den letzten Wochen heftig gerungen. Es geht zum einen über die Abstimmung über den Beitritt zur NATO, zum anderen über die Abstimmung, ob Ausländer Ackerland in Ungarn erwerben können. Streitpunkt zwischen der Opposition und Regierung ist, ob beide Abstimmungen an einem Tag oder getrennt vonstattengehen. Nach dem letzten Stand der Verhandlungen zwischen Opposition und Regierung wird die Ab-

stimmung über den NATO-Beitritt wohl am 16. November 1997 stattfinden. Der Termin pressiert für die Regierung, weil schon am 17. November der NATO-Rat eine Bilanz der Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten Ungarn, Tschechische Republik und Polen ziehen will.

Im Grunde ist die Volksabstimmung nur eine Schimäre, weil das Volk eh nur noch über schon fest verhandelte Tatsachen abstimmen kann. Es wird damit gerechnet, das zwei Drittel für den NATO-Beitritt stimmen werden.

Anders sieht es schon bei dem zweiten Votum aus. Hier wird es keine Abstimmung zusammen mit dem NATO-Referendum geben. Das Verfassungsgericht hat erst vor kurzem das von der Regierung eingeleitete Bodenreferendum für nicht verfassungsgemäß erklärt, weil die Opposition zum selben Thema ein Volksbegehren angestrengt hat. Dieses soll mit anderen Fragen, als sie die Regierung gestellt hatte, zu einer Ablehnung von ausländischen Bodenbesitz führen.

Puerto Rico: Aufruhr gegen Privatisierung der Telefongesellschaft

(San Juan, 7. Oktober 1997, pulsar-Poona). – Der Streit um die Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft hat in Puerto Rico eine Bedeutung gewonnen, die über den konkreten Einzelfall hinausgeht. Einmal mehr steht auch das Verhältnis zu den USA zur Debatte.

Am 1. Oktober waren mit schätzungsweise 100 000 Personen (nach Polizeiangaben 50 000) unerwartet viele Personen einem Demonstrationsaufruf von Gewerkschaften und anderen Organisationen gegen die vorgesehene Privatisierung gefolgt.

Die Regierung hatte dagegen Tage zuvor nur wenige Tausend Menschen für sich mobilisieren können.

Seitdem sucht die Regierung nach Rechtfertigungsargumenten. Sie will an dem Verkauf auf jeden Fall festhalten.

Die Außenministerin Norma Burgos erklärte, sie habe keine Information über Proteste in irgendeinem (anderen) Teil der USA wegen der Privatisierung erhalten.

Damit verteidigte sie die Regierungsvorstellung, Puerto Rico als Teil der Vereinigten Staaten zu sehen.

Burgos sagte ebenfalls, ihr gefalle es, die Dinge beim Namen zu nennen, und sie wolle keine Zeit mit Diskussionen verlieren, die am Ende kein Ergebnis brächten.

Mit ihren Äußerungen stieß sie auf wütende Kritik. An dem Protestmarsch hatten nicht nur die GewerkschafterInnen, StudentInnen, LehrerInnen und PolitikerInnen teilgenommen, die sich gegen den Verkauf des Telefonunternehmens wandten, sondern auch viele Menschen, die ein selbstständiges Puerto Rico einfordern.

Bürgermeister Monatzeder empfängt seinen kurdischen Kollegen Mehdi Zana

MÜNCHEN. Am 17.10. empfing Bürgermeister Hep Monatzeder (B90/Grüne) den kurdischen Politiker Mehdi Zana im Münchner Rathaus. Auch die Ausländerbeauftragte Frau Dr. Kang nahm daran teil.

Bis zum Militärputsch 1980 war Zana Oberbürgermeister der kurdischen Stadt Diyarbakir. Nach dem Putsch verbrachte er 15 Jahre in türkischen Gefängnissen. Heute lebt er im schwedischen Exil und kämpft um die Freilassung seiner Frau Leyla Zana, die als erste kurdische Abgeordnete in das türkische Parlament gewählt wurde und wegen ihrem Bekenntnis als Kurdin seit 1994 im Gefängnis sitzt.

Bürgermeister Monatzeder erklärte gegenüber Zana: „Ich betrachte sie immer noch als meinen Kollegen.“ Er äußerte sich äußerst bestürzt über die fortlaufenden Waffenlieferungen Deutschlands an die Türkei und klagte die Scheinheiligkeit der Bundesregierung an, die wirtschaftliche Beziehungen über die Einhaltung der Menschenrechte stellt. Auch in München hätte das türkische Konsulat Druck gemacht, den „Runden Tisch“ kurdischer Vereine bei der Stadt München zu verbieten. Monatzeder erklärte: „Wir verbitten uns diese Einmischung. Wir wollen in München ein friedliches Zusammenleben von Kurden, Türken und Deutschen. Das PKK-Argument darf nicht dazu verwendet werden, jegliche Aktivität für die kurdische Sache zu unterdrücken.“

Mehdi Zana bedankte sich für den Empfang beim Bürgermeister und erklärte, vor allem die moralische Unterstützung bedeute dem kurdischen Volk viel. Von Besuchen im Gefängnis seiner Frau wisse er, daß Leyla moralisch weiterhin sehr stark sei, weil sie weiß, daß viele Menschen sie in ihrem Kampf unterstützen. NiB

Kein Mensch ist illegal – Bundesweite Kampagne wird vorbereitet

„Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner: Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“ (Elie Wiesel)

Der Aufruf „Kein Mensch ist illegal“ bildet den Auftakt einer bundesweiten Kampagne zur politischen und praktischen Unterstützung illegalisierter MigrantInnen. Er soll im Herbst 1997 in Tageszeitungen (FR, SZ, taz) veröffentlicht werden. Geplant sind bislang außerdem eine Konzerttour bekannter Musikgruppen, eine CD-Produktion sowie Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Langfristig sollen Einzelpersonen und Vertreterinnen verschiedener Berufsgruppen (ÄrztInnen, RechtsanwältIn-

nen, KünstlerInnen, ProfessorInnen u.a.) gewonnen werden, öffentlich ihre Bereitschaft zur Unterstützung illegalisierter zu erklären. Entstanden ist der Aufruf im Juni 1997 auf der Documenta X. Im Rahmen des hybrid worksspace verabschiedete eine Konferenz antirassistischer Gruppen aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen und unabhängigen Spektrum den Aufruf und sammelte an den ersten 10 Tagen bereits ca. 1000 Unterschriften.

Ziel ist es, die politische und praktische Unterstützung illegalisierter MigrantInnen zu verbreitern, den in diesem Bereich tätigen Einzelpersonen und Initiativen den Rücken zu stärken und die Solidarität mit den meist „Unsichtbaren“ zu einem politischen Faktor werden zu lassen. Für die Veröffentlichung des Aufrufs als Anzeige in Tageszeitungen werden unterzeichnende Gruppen und Initiativen um einen Betrag von mindestens 50 DM gebeten. Einzelpersonen möglichst 20 DM. Wer die Kampagne unterstützen möchte, wendet sich an:

*Kein Mensch ist illegal, c/o Forschungsstelle Flucht und Migration e.V.
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax: 0561-713458, Tel. 0172/8910825*

**kein
mensch
ist
illegal**

DVU in den Bezirksversammlungen in Hamburg:

HAMBURG. Der DVU gelang es in 4 der 7 Bezirksparlamente einzuziehen, in die von Mitte, Bergedorf, Wandsbek und Harburg. Am 9.10. tagten die neu zusammengesetzten Versammlungen von Mitte und Bergedorf zum ersten Mal. AntifaschistInnen wollten, daß die Beteiligung der Faschisten nicht ohne Proteste über die Bühne geht. Der Gefahr, daß es als normal erscheint, daß Rechtsextreme in Parlamenten sitzen, und der wachsenden Gleichgültigkeit demgegenüber, sollte entgegengetreten werden.

Im Bezirk Mitte trafen sich etwa 70 AntifaschistInnen, von denen gut 20 in den ZuhörerInnensaal gelangten, die übrigen führten draußen eine kurze Kundgebung durch. Drinnen sollte ausgerechnet der DVUler Karl Löbner die Eröffnung samt Wahl des Versammlungsvorsitzenden durchführen, weil er der Parlamentsälteste ist. Mit seinem Auftritt begann ein Pfeifkonzert und Rufe „Nazis Raus“ aus dem ZuschauerInnenraum, ein Transparent wurde entrollt. So ging die Rede des „Ewiggestrigen“ weitgehend unter. Von der GAL erhielten die AntifaschistInnen übrigens keine Unterstützung. Auf einen Zuruf: „Wollt Ihr dem zuhören?“, kam die lapidare Auskunft: „Das ist nunmal so!“ Von der GAL wird also nicht viel zu erwarten sein.

Auch in Bergedorf waren 150 AntifaschistInnen vor Ort. Auf einem Transparent wurde gefordert: „Keine DVU/REP/BFB ins Rathaus!“ F



STUTTGART. Der Petitionsausschuß des baden-württembergischen Landtags hat am 1. Oktober jede Unterstützung für die Rückkehr der in die Türkei abgeschobenen 16jährigen Kurdin Fena Özmen, genannt Neshe, abgelehnt. Die Ausschlußmehrheit von CDU und Republikanern wies den Antrag zurück, mit dem Innenminister Schäuble (CDU) aufgefordert werden sollte, das mit der Abschiebung verbundene Wiedereinreiseverbot für die 16jährige Schülerin, die in Heidelberg lebte, wieder aufzuheben. Der Protest in Heidelberg geht weiter. Am 11. Oktober (siehe Bild) demonstrierten Schüler, Eltern, Lehrer und verschiedene politische Gruppierungen für die Rückkehr der im Juli Abgeschobenen. Mahnwachen wurden in der Heidelberger Innenstadt organisiert. scf

Proteste gegen Ritterkreuzträger zeigten Erfolg

HAMMELBURG. Vom 17. bis 19.10.97 fand in Hammelburg das Treffen der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e.V. (OdR) statt. Geplant war eine Beteiligung der Bundeswehr an der Ehrenwache und Totenehrung, eine Besichtigung der Infanterieschule in Hammelburg und ein gemeinsamer „Kameradschaftsabend“. Aufgrund der Proteste sah sich die Bundeswehr genötigt, ihre offizielle Teilnahme abzusagen.

Ministerpräsident Stoiber grüßt ...

Das 43. Bundestreffen der OdR stand unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber, der in seinem Grußwort seiner Freude Ausdruck verlieh, daß „nach vielen Jahren“ das Treffen wieder in Bayern stattfindet. Stoiber betonte in seinem Grußwort weiterhin, „das Bundestreffen in Hammelburg erfährt die Unterstützung der Bundeswehr. Dies zeigt, daß es eine Kontinuität des Erinnern und des Mahnens an dunkle Zeiten unserer Geschichte gibt. Gerade auch für die Jugend ist es wichtig, daß Leid, Gefangenschaft und Tod der Soldaten und der Zivilisten im Krieg unvergessen bleiben“. Die OdR stehe auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und er wünsche „den Ritterkreuzträgern gewinnbringende Gespräche“.

Kommandeur Wedde preist „höchsten Einsatzwillen“

Auch der „General der Infanterie“ und Kommandeur der Infanterieschule Hammelburg, Brigadegeneral Wulf Wedde, ließ es sich nicht nehmen, ein Grußwort für die OdR zu schreiben:

„Es ist Anliegen der Verantwortlichen, gute soldatische Tradition, gemessen am Grund- und Soldatengesetz, sowohl in Ausbildung und Erziehung der jungen Lehrgangsteilnehmer als auch bei der Durchführung der ‚Neuen Aufgaben‘ zu vermitteln. Die Pflege von Tradition soll der Möglichkeit entgegenwirken, sich wertneutral auf das militärische Handwerk zu beschränken. Eine besondere Bedeutung hat dabei das Eiserner Kreuz als nationales Erkennungszeichen und als Sinnbild für Tapferkeit, Freiheitsliebe und Ritterlichkeit. Das Ritterkreuz und seine Träger symbolisieren Verdienste, die unter Einsatz des eigenen Lebens erworben wurden. Höchster Einsatzwille, Kameradschaft und Treue sind zeitlose militärische Werte, die ihre volle sittliche Qualität erst in Verbindung mit humanitärem Verantwortungsbewußtsein und

den Werten unseres christlichen Abendlandes finden ... Ich begrüße sie ganz herzlich an der Infanterieschule der deutschen Bundeswehr in Hammelburg.“

Nur Freundlichkeit und Lob also für die OdR, die eindeutig rechten Kreisen zuzuordnen ist.

Flugblatt der BürgerInnenaktion „Solidarität statt Rassismus“:

„Die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V. steht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.
(Vereinsstatut der OdR)

- Das Ritterkreuz wurde 1939 als „neue Klasse“ des Eisernen Kreuzes eingeführt. Über die Verleihung entschied Adolf Hitler als oberster Befehlshaber der Wehrmacht persönlich. Insgesamt wurden 7318 Soldaten mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet, darunter auch 438 Angehörige der Waffen-SS (wie SS-General Oskar Dirlewanger, der bei der Niederschlagung des Aufstandes im Warschauer Ghetto mit Tausenden von Toten das Kommando führte).

- 1954 wurde die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger zur „Pflege und Förderung der Tradition echten Soldatentums“ gegründet. Die Leitsätze der Ordensgemeinschaft enthalten ein Bekenntnis zu den „unwandelbaren soldatischen Tugenden“. Insbesondere soll der „ethische, soldatische Inhalt und Wert“, sowie die „ideellen Werte der höchsten Auszeichnung des Zweiten Weltkrieges“ gepflegt und erhalten werden (in diesem Sinne ehrte sie in ihrem aktuellen Verbandsorgan „Das Ritterkreuz“ einen „Kameraden“, dessen hohe Auszeichnung beweisen würde, daß er ein „mutiger Draufgänger“ war).

- In der Vereinszeitung der alten Herren wird die „Umerziehung“ des deutschen Volkes beklagt und dazu aufgerufen, „nicht ewig zu büßen“.

- Im Blatt der OdR wird regelmäßig für rechtsextreme Verlage geworben, so für den „FZ-Verlag“ Gerhard Freys (DVU-Vorsitzender) oder die „Verlagsgemeinschaft Berg mbH“. Ebenso regelmäßig werden Angehörige der Waffen-SS gewürdigt.



- Zusammen mit der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG) nahmen Ritterkreuzträger an den SS-Gedenkfeiern auf dem Ulrichsberg bei Klagfurt teil.

- Verbindungen pflegen einzelne Ritterkreuzträger bis in den neofaschistischen Bereich hinein. So trat der als Geschichtsrevisionist geltende Max Klüver als Referent bei den von rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen veranstalteten Hetendorfer Tagungswochen auf.

Steht die OdR wirklich auf dem Boden der freiheitlichen Grundordnung???

Bürger schreiben Offenen Brief

Grund genug für die BürgerInnenaktion, sich mit einem Offenen Brief an Bundesverteidigungsminister Rühle und an den Bürgermeister der Stadt Hammelburg, Zeller zu wenden:

„... Wir finden es sehr bedenklich, daß einer Organisation mit diesem ideologischen Hintergrund, öffentliche Auftrittsmöglichkeiten geboten werden. Als besonders erschreckend empfinden wir es jedoch, daß die Bundeswehr in Hammelburg als Einrichtung, die deutsche Soldaten für internationale Friedensmissionen ausbildet, dieses Treffen unterstützt und sich daran beteiligt. Aufgrund Ihrer Äußerungen zu den jüngsten Vorfällen in Hammelburg, in denen Sie rechtsextremes Gedankengut in der Bundeswehr zurückwies, fordern wir Sie auf, das Zusammentreffen der OdR mit der Bundeswehr zu verhindern, damit die OdR ihr, unserer Meinung nach, rechtsextremes Gedankengut nicht weiter verbreiten kann.“ Dieses Schreiben wurde von MdBs von Bündnis90/Die Grünen, von Grünen aus Hammelburg, Hassfurt, Bad Kissingen, Schweinfurt, von MdB-PDS Ulla Jelpke, Alfred Jachmann (Träger des Bundesverdienstkreuzes und Auschwitzüberlebender) und vielen lokalen Gruppen unterstützt. MdL-SPD Renate Schmidt wandte sich in einem eigenen Schreiben an den Verteidigungsminister.

Veranstaltung umgeplant

Daraufhin wurde die Veranstaltung umgeplant: Die offizielle Feierstunde am Ehrendenkmal der Stadt wurde abgesagt, es wurde ein Gottesdienst im kleinen Kreis anberaumt, der von Pfarrer Kestler, dem früheren Militärpfarrer von Hammelburg, gehalten wurde und die Kranzniederlegung fand ohne offizielle Beteiligung der Bundeswehr statt.

Allerdings besuchten die Teilnehmer des OdR-Treffens die Bundeswehrkaserne, um sich über die SFOR-Einsätze zu informieren.

Am Samstag befanden sich ca. 50 AntifaschistInnen in Hammelburg, um das Treffen zu beobachten. Sie wurden von Mitgliedern der OdR bedroht und als „Zecken“ beschimpft.

anb,
leicht gekürzt

Minister Waigel verschleudert Wohnungen

MÜNCHEN. „Was wollen Sie denn? Ihre Wohnanlage wird ohnehin verkauft, und bestimmt nicht an die Mieter!“ – die zuständige Referentin der Oberfinanzdirektion München ist nicht gerade zimperlich, wenn es darum geht, lästige Mieter abzuwimmeln. Letztere waren eigentlich nur dort vorstellig geworden, um überhöhte Betriebskostenabrechnungen zu reklamieren. Entsprechend schockiert ob der barschen Drohung der Finanzbeamtin zogen sie von dannen. Die Rede ist von der Mitte der 50er Jahre erbauten Wohnanlage an der Thieme-/Kaulbachstraße in Schwabing. Die 92 Wohnungen der Anlage gehören wie rund 110 000 weitere Wohnungen in Deutschland direkt dem Bund, der sie im Rahmen der Wohnungsfürsorge an seine Mitarbeiter vermietet hat: an Beamte, Soldaten, Verwaltungskräfte und andere aktive oder ehemalige Bedienstete des Bundes mit ihren Familien. Weitere 300 000 Wohnungen gehören dem Bund indirekt über Beteiligungen an Wohnungsunternehmen. Doch angesichts leerer Haushaltskassen scheint es mit der Fürsorge nun vorbei zu sein. Theo Waigel braucht Geld und plant, nach anderem Tafelsilber nun auch die bundeseigenen Wohnimmobilien auf den Markt zu werfen, um klaffende Haushaltslöcher zu stopfen. Der Einzelverkauf von Liegenschaften und Wohnungen durch die Oberfinanzdirektionen hat bis jetzt schon jährlich etwa 2,5 Milliarden Mark eingebracht. Doch das ist nicht genug: Weil der Regierung mit Blick auf die Europäische Währungsunion die Felle davonschwimmen, soll die Privatisierung weiter beschleunigt werden. Und weil mit Einzelverkäufen an die Mieter kein schnelles Geld zu machen ist, sind bislang ausschließlich Großinvestoren im Gespräch. Letzter Stand: Alle bundeseigenen Immobilien sollen bundesweit an eine angelsächsische Investmentbank zur Sicherung ihrer Anleihen verkauft werden. Klotzen, statt kleckern, lautet die Devise – Mieterschutz, Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern und soziale Gerechtigkeit spielen da nur noch eine untergeordnete Rolle. Zwar ist Theo Waigel, was den Verkauf betrifft, noch nicht so deutlich geworden wie seine Münchner Finanzbeamtin, entsprechende Berichte in den bundesdeutschen Handelsblättern wurden jedoch vom Ministerium nicht dementiert.

Allein in München gibt es rund 2 500 bundeseigene Wohnungen, die davon betroffen wären: neben besagter Wohnanlage in Schwabing rund 1 400 Einheiten in der ehemaligen Ami-Siedlung am Perlacher Forst, knapp 700 an der Neuherbergstraße im Münchner Norden, einige hundert in Ludwigsfeld, im Grüntal und an der Denninger Straße.

Die Mieter der anderen großen Wohnanlagen des Bundes in München haben sich aus derselben leidvollen Erfahrung schon vor Jahren ebenfalls zu örtlichen Mietervereinen zusammengeschlossen: So sind neben dem Schwabinger Verein noch die „Interessengemeinschaft Wohnanlage am Perlacher Forst e.V.“ und der „Mieterverein bundeseigene Wohnanlage München Nord e.V.“ aktiv.

Was den Zustand ihrer Wohnungen betrifft, so sind die Mieter am Perlacher Forst noch schlechter dran. 1992 hatte der Bund von den abgezogenen US-Streitkräften die völlig abgewohnten Wohnungen übernommen und nur notdürftig instand setzen lassen, bevor sie an Bundesbedienstete vermietet wurden. Denen wurde versprochen, daß sie alsbald in neu renovierte Häuser umziehen dürften. Doch inzwischen hat der Bund kein Geld mehr, und die dringend notwendige Renovierung fiel fürs erste ins Wasser. Viele Mieter haben deshalb selbst Hand angelegt und auf eigene Kosten ihre Wohnungen überhaupt erst bewohnbar gemacht. Im Schnitt hat so jeder 15 000 Mark in die neue Bleibe gesteckt. Es ist schon ein Hohn, wenn anschließend der Bund unter Berufung auf den Mietspiegel die Mieten erhöht und dabei abermals die Kapprungsgrenze von 20 Prozent voll ausschöpft. Doch das Münchner Mietgericht hat Waigels unverschämten Vorstoß zumindest vorerst ausgebremst. In einem Urteil vom August 1997 wurde die Forderung nach mehr Geld sogar als „rechtsmißbräuchlich“ bezeichnet. Klar, daß bei den Mietervereinen sämtliche Alarmglocken klingelten, als sich die Gerüchte verdichteten, daß die bundeseigenen Wohnimmobilien nun auch noch verkauft werden sollten.

Um ihren Widerstand kundzutun und

um endlich eine amtlich verbindliche Aussage zu erhalten, luden die örtlichen Mietervereine zusammen mit dem Münchner Mieterverein im Juli zu einer Protestveranstaltung in den Löwenbräukeller ein. Bundesfinanzminister Theo Waigel sollte Rede und Antwort stehen, doch er ließ sich entschuldigen und speiste die mehr als 2 000 anwesenden Mieter mit einem Brief ab, dessen Inhalt die Befürchtungen weniger zerstreute als vielmehr untermauerte: Der Bund prüfe zur Zeit, ob er bundeseigene Wohnungen an Investoren oder Kapitalanleger privatisieren könne. „Auch in München muß der Verkauf von Objekten möglich sein, die grob unwirtschaftlich oder für Wohnungsfürsorgezwecke ungeeignet sind“, so der Wortlaut des Briefes. Eine Frechheit, wenn man an die Schwabinger Wohnanlage denkt: Erst wird jahrzehntelang keine müde Mark ausgegeben, um die Wohnungen zu erhalten. Dann muß man kurzfristig relativ viel Geld investieren, um die angesammelten Schäden zu beseitigen, was anschließend wiederum als Beleg dafür gilt, daß das betreffende Objekt unwirtschaftlich sei. Abgesehen davon stellt sich die Frage, was „unwirtschaftlich“ bedeutet. Im Oktober 1996 kanzelte die Oberfinanzdirektion die Schwabinger Wohnanlage als unwirtschaftlich ab, weil 1995 angeblich 46 Prozent der Nettomieteinnahmen für den Bauunterhalt aufgewendet werden mußten.

Per Unterschriftenliste forderten deshalb die Mieter die Bundesregierung auf, die bundeseigenen Wohnungen in München nicht zu verkaufen. Falls der Verkauf nicht aufzuhalten sei, dürften die Wohnungen nur einer der einst gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften zufallen, so der Text der Resolution. In Zusatzverträgen zu den Mietverträgen sollten die ordentliche Kündigung für den Vermieter ausgeschlossen und Mieterhöhungen auf maximal fünf Prozent jährlich begrenzt werden. Bei mit Bundesmitteln geförderten Wohnungen dürfe das öffentliche Geld nicht vorzeitig zurückgezahlt werden, um die Bindung nicht früher auslaufen zu lassen.

In einem eigenen Schreiben an Waigel bekräftigte der Schwabinger Mieterverein seine Erwartung, daß, sollte sich die Privatisierung nicht aufhalten lassen, die Wohnungen der Anlage „ausschließlich an uns Mieter – sei es als Genossenschaftswohnanlage oder im Einzelverkauf – und zu sozial verträglichen Preisen veräußert werden“. Nur so lasse sich der formulierte Anspruch der Regierung, auch dem einfachen Bürger die Bildung von beständigem Eigentum zu ermöglichen, in die Tat umsetzen.

aus Münchener Lokalberichten

Genossenschaft will preiswerten Wohnraum retten

KÖLN. In einer Veranstaltung am 7.10. stellte sich die WOG Köln eG in Gründung vor. Die WOG ist die erste Neugründung einer Wohnungsbaugenossenschaft in Köln seit 1951. Aktueller Anlaß ist der von Stadt geplante Verkauf des Wohn- und Geschäftshauses, nach bisherigen Planungen wollte die Stadt zum Höchstgebot verkaufen. Als Mindestgebot verlangt die Stadt 1,150 Millionen DM. Für die dort wohnenden Mieterinnen und Mieter wäre nach diesem Verfahren mit Mietesteigerungen zu rechnen. Die GründerInnen der WOG haben den Mietparteien mehrere Alternativen zum Erhalt des preisgünstigen Wohnraums vorgelegt. *uld*



Landesweite Anti-Gen-Demonstration in NRW

Demonstration gegen Gentechnologie in Deutz

KÖLN. Am 11. Oktober 1997 fand in Köln eine NRW-weite Demonstration gegen Gentechnologie statt. 350 Menschen, vorwiegend aus dem Köln-Bonn-Aachener Raum, demonstrierten von der ANUGA (weltgrößte Ernährungsmesse) zum Baugebiet des Rechtsrheinischen Technologiezentrums (RTZ) in Köln-Kalk. Mit Straßentheateraktionen innerhalb der Demonstration brachte eine größere Gruppe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Aachener Herbst-Uni, die aus Bauern- und Umweltbewegungen aus ganz Europa, aus Indien, von den Philippinen und aus Lateinamerika kommen, ihre grundsätzliche Ablehnung von Bio- und Gentechnologie zum Ausdruck. Eine Gruppe stellte sich vor Beginn der Demo als Standbild vor den ANUGA Eingang: Weiße Overalls, Kohl-Maske auf dem Kopf, Kohl-Köpfe in der Hand, ein Transparent mit der Aufschrift: „Wer Kohl klonet, klonet auch Menschen“.

Franz Ricks vom Bundesvorstand des ökologischen Landbau-Verbandes Bio-land sagte vor den Toren der ANUGA: „Schon die ‚grüne Revolution‘ hat zu Abhängigkeit der Landwirtschaft von der chemischen Industrie geführt. Die Gentechnik geht noch einen Schritt weiter. Durch die Patentierung von Lebewesen wird die Macht über die Grundlagen der Lebensmittelerzeugung weiter konzentriert. Durch den Einbau des Chemiebedarfs in die ‚schönen neuen Pflanzen‘ wird die Notwendigkeit der Agrochemie zementiert, und damit alle bekannten negativen Auswirkungen dieses Industriezweiges auf Umwelt und Gesundheit. Der ökologische Landbau ist die Methode, die

ohne Chemie und ohne Gentechnik auskommt. Sowohl sog. Unkräuter als auch Insekten, Pilze und Pflanzenkrankheiten sind wir in der Lage, mit anderen als mit chemischen Methoden zu kontrollieren. Der ökologische Landbau arbeitet mit regional angepassten Sorten und bemüht sich, deren Aneignungsvermögen für Nährstoffe und Wasser mit klassischer Zuchtarbeit zu verbessern. Diese Arbeit findet auf vielen Höfen und Gärtnereien statt und macht die Grundlagen der Lebensmittelproduktion für jedermann verfügbar.“

Bei einem Zwischenstopp an der Deutzer Fachhochschule kritisierte Susanne Battering vom Landesvorstand des BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland) die zunehmende Kommerzialisierung von Forschung und Wissenschaft. „Alle reden vom Wetter, wir auch. Wir wollen heute von der eigentümlichen Wetterlage reden, die einen warmen Geldregen über NRW bringt. Risikokapital und Drittmittel heißt dieser Geldregen. Die Saat, die schnell aufgehen soll, heißt Gentechnik. Die Hexenküchen, in denen das Saatgut präpariert, die Düngemittel und die maßgeschneiderten Pestizide zusammengemischt und getestet werden, heißen u.a. Max-Planck-Institute, Fraunhofer-Institute und Robert-Koch-Institut. Während die Hochschulen unter Haushaltskürzungen leiden, fließen große Geldströme aus Industrie und staatlichen Förderprogrammen in diese wissenschaftlichen Einrichtungen. Spätestens seit Dürrenmatts ‚Die Physiker‘ wissen wir, daß die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Wissen-

schaft und Forschung da enden muß, wo die Gesundheit der Menschen bedroht und unbeherrschbare Risiken eingegangen werden.“

Auf der Abschlußkundgebung am Bauzaun des RTZ, von einem Kulturprogramm mit Rock- und Trommelmusik, Sketchen und einer Parodie auf NRW-Wirtschaftsminister Clement umrahmt, sprachen u.a. Maria Mies, ehemalige Professorin der Kölner Fachhochschule, und M.D. Nanjundaswamy vom Vorstand der größten indischen Bauernbewegung aus dem Bundesstaat Karnataka (Karnataka State Farmers Association). Maria Mies lenkte den Blick auf die enorme Macht multinationaler Chemiekonzerne, die in Zeiten zunehmender Globalisierung nationalen Regierungen den Rang abliefen. Von den indischen Bauernbewegungen habe sie gelernt, daß Gewalt gegen Sachen keine Gewalt sei – angesichts des rücksichtslosen Vorgehens der Agrar- und Chemie-Multis. Der indische Bauernführer führte aus: „Auf Genmanipulation basierende Biotechnologie ist die neueste Waffe des amerikanischen Kapitals, seine Macht auf die ganze Erde auszudehnen. Sie ist seine wichtigste Waffe, einen ‚Food‘-Imperialismus zu etablieren, der die Nahrungsmittelressourcen aller verschiedenen Nationen zerstört.“ Er berichtete weiter vom Widerstand der Bauern in Indien und wünschte uns viel Erfolg in unserem Kampf gegen die Gen-Mafia hier. Beide regten eine internationale Vernetzung des Widerstandes gegen Gentechnik an und riefen zu Aktionen des zivilen Ungehorsams auf.

BürgerInneninitiative AntiGen

Protest gegen das Verbot der Demonstration in Saalfeld

Wir protestieren gegen das Verbot der von Angelo Lucifero (Sprecher der LAG Antifaschismus/Antirassismus, Gewerkschafter) angemeldeten Bündnisdemo am 11.10. gegen rechte Gewalt in Saalfeld, die den riesigen Polizeieinsatz mit 7 000 Beamten zur Folge hatte. Wir verurteilen aufs schärfste die illegalen Massenfestnahmen, einzelnen Freiheitsberaubungen und die menschenunwürdigen Haftbedingungen der TeilnehmerInnen der antifaschistischen Demonstrationen und rufen zur Unterstützung dieser Protesterklärung auf.

Wir betrachten die Festnahmen von 428 AntifaschistInnen auf ihrem Wege zu legalen Spontandemonstrationen gegen den polizeilichen Ausnahmezustand in Thüringen als gesetzwidrig. Beispiele der Polizeiwillkür:

- Ca. 120 Gefangene wurden gegen den Beschluß des Haftrichters festgehalten. Dies entspricht dem Tatbestand der Freiheitsberaubung.
- Die Gefangenen wurden während 34 Stunden Haft mit nur 0,4 l Flüssigkeit und sporadischer Nahrung versorgt. Die Gefangenen mußten auf dem blanken Boden schlafen, Decken standen nur teilweise zur Verfügung, die Heizung war außer Betrieb.
- Einzelne Gefangene wurden exemplarisch herausgegriffen und öffentlich mißhandelt.
- Frauen wurden die Tampons beschlagnahmt. Hinweise auf die besondere Situation einer schwangeren Gefangenen wurden von der Polizei mit den Worten „Ich war's ja nicht!“ abgetan. Darüber hinaus wurde Frauen mit Vergewaltigung gedroht und sie wurden sexuell belästigt.
- Die Versorgung mit sanitären Anlagen war unzureichend, sofern der Zugang überhaupt gestattet wurde.
- Alle Gefangenen waren die letzten 10 Stunden der Haftzeit gefesselt.

Wir protestieren gegen diese Polizeiwillkür und fordern den sofortigen Rücktritt des verantwortlichen Innenministers R. Dewes. Wir fordern die Rücknahme der Strafanzeigen, die Entschädigung der Mißhandelten und der illegal Festgehaltenen.

Peter Gingold (Bundessprecher VVN), Jutta Dittfurth, Ulla Jelpke (MdB/PdS), BDA/VVN Nürnberg, Jupp Angenfort (Landesvors. BDA/VVN NRW), Carsten Hübner (Innenpol. Sprecher LV PDS/Thüringen), Jusos Zehlendorf, Jusos Lichtenberg, Steffen Dittes (MdB PDS/Thüringen), Klaus Lederer (Bezirksverordneter PDS, Berlin-Prenzlauer Berg), Ökologische Linke Berlin, Eva Bulling-Schröter (MdB, PDS Bayern), Freke Over (PDS/MdA Berlin), Dieter Lachenmayer (Geschäftsf. VVN/BDA BaWü), Be' Ruys (Pastorin), Harry Perkiewicz (Pfarrer), Victor Grossman (Autor), KPF-Landessprecherat Berlin der PDS, IG Medien (Berlin-Brandenburg) u.v.a.m.



Ruhender Verkehr ...

Brandenburg. Etwa viertausend Bus- und Straßenbahnfahrer protestierten am 22. Oktober mit einem landesweiten fünfminütigen Warnstreik gegen die von der brandenburgischen Landesregierung geplante Kürzung der staatlichen Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr um 14 auf 56 Millionen DM im kommenden Jahr.

Die ÖTV hatte zu der Aktion aufgerufen und warnte vor einer „Abwärtsspirale“ durch höhere Preise, schlechteren Service und weniger Fahrgäste bei weiteren Einsparungen. (rül)

PDS, Grüne, Bürgerinitiativen machen in Brandenburg mobil

Gegen Transrapid und Resignation

Wenn am 30. Oktober der ICE-Sonderzug mit dem diplomatischen Corps, das auf Einladung des Bundespräsidenten Roman Herzog den üblichen „geselligen Ausflug“ in Richtung Emsland zum Besuch der Transrapid-Versuchsanlage in Lathen unternimmt, startet, dann hat in Brandenburg schon das Volksbegehren gegen die Magnetschwebebahn Berlin-Hamburg begonnen.

Allerdings wird das die Herren Diplomaten nicht davon abhalten, sich an dieser von Industrie und Politik veranstalteten Verkaufspromotion-Show zu beteiligen. Vielleicht wissen sich auch überhaupt nichts von den Protesten. Jedenfalls ist das zu vermuten, denn aus den Einladungslisten ist ersichtlich, daß mögliche Transrapid-Gegner aus den Bundestagsfraktionen keine Einladung zur Teilnahme erhielten.

Das wird die Front der Gegner des Baus des Transrapids nicht schwächen, die während des Volksbegehrens die Sammlung von 80 000 Unterschriften gegen den Bau der Schwebebahn anstrebt.

Zu den Gegnern des Projektes gehören die Bündnisgrünen, der BUND, die PDS, Rechtsanwälte und Politiker, die sich der Unterstützung breiter Kreise der Bevölkerung sicher sind. Anders als beim Volksbegehren gegen den umstrittenen Ausbau der Havel, bei dem 60 000 Unterschriften gesammelt wurden, geht PDS-Fraktionschef Lothar Bisky davon aus, daß es möglich sein wird, diesmal die notwendigen Unterschriften zusammen zu bekommen und damit zum Tag der Bundes- und Kommunalwahl am 27. September 1998 in Brandenburg einen Volksentscheid über das Projekt Schwebebahn, deren Trasse das Land Brandenburg durchschneiden soll, durchführen zu können. Die Gegner des Baus der Schwebebahn machen wesentliche Argumente geltend: Die geplanten Kosten für den Bau der Strecke liegen gegenwärtig bei 10 Milliarden DM. Der Bau der „Bahn“ bringt Landschaftszerstörung, Lärm- und Umweltbelastung mit sich. Der Energieverbrauch wird unverhältnismäßig hoch sein.

8. November 1997 in Erfurt

Parlament gegen Rechts

Die in der (thüringischen) Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Antirassismus zusammengeschlossenen Initiativen rufen auf zur Beteiligung an der Demonstration zum Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht (9 Uhr ab Erfurter Bahnhof) und am „Parlament gegen Rechts“ in Erfurt (ab 11 Uhr im Haus der

Gewerkschaften, Juri-Gagarin-Ring 150).

„Für eine neue Politik gegen Rechts“

„Rechtsentwicklung“, so heißt es im Aufruf zu der Veranstaltung, „ist für uns u.a., wenn

- rechtsextreme Organisationen sich, wie in Teilen Thüringens, stabilisieren und Minderheiten bedrohen und gefährden können;
- CDU-Landtagsabgeordnete meinen, daß sich durch den Zuzug von Asylbe-

Bisky hat nun die PDS aufgerufen, sich aktiv in die Aktion zur Sammlung der Unterschriften einzuschalten, die bis zum Februar 1998 durchgeführt wird. Die Unterschriftenlisten liegen bis zu diesem Zeitpunkt bei den Gemeindeämtern aus. Landesvorstand und Landtagsfraktion der PDS streben an, mindestens noch ein weiteres Stimmlokal außerhalb der Stadt- oder Gemeindeverwaltung einzurichten und mobile „Fahrdienste“ zu organisieren, da es keine Briefwahl gibt. Der Aufruf ist an alle PDS-Basisorganisationen gerichtet, die sich aktiv in die Unterstützung der Aktion auch gegenüber den Verwaltungen einschalten und dafür Sorge tragen sollen, daß jeder Bürger Brandenburgs sein demokratisches Recht in Anspruch nehmen kann. Bisky und die PDS Brandenburg wollen so auch gegen die Resignation der Bürger angehen, die besonders im Wahljahr motiviert werden müßten. Bisky befürchtet, daß der Bürger entmutigt ist, da seine Stimme von den Politikern ignoriert wird, siehe Havelaktion. Die SPD-Fraktion des Landtages hatte mit einfachem Abstimmungsgang das Volksbegehren gegen den Havelausbau zunichte gemacht. Die PDS will deshalb den Volksentscheid und macht damit den Transrapid zum Wahlkampfthema für die Bundestagswahl 1998. Ziel der Aktion und des Aktionsbündnisses Bündnisgrüne/PDS ist eine Bundesratsinitiative zur Aufhebung der gesetzlichen Grundlagen zum Bau des Transrapids. Spricht sich die Mehrheit der Wähler gegen den Transrapid aus, müssen sich Bundes- und Landesregierung erneut mit den gesetzlichen Grundlagen befassen. Die Kürzung der Mittel für den ÖPNV in Brandenburg schafft zusätzliche Argumente: Das teure Milliardenprojekt soll leben, aber die Mittel für den öffentlichen Verkehr werden gestrichen. Das ist nach den Worten der verkehrspolitischen Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion, Anita Tack, Verschwendung von Steuergeldern der Bürger. *abe*

Das Bündnis „Fit gegen Transrapid“ hat in Potsdam ein Koordinierungsbüro eingerichtet:

*Volksbegehren gegen Transrapid in Brandenburg, c/o Heinrich Böll-Stiftung
z.Hd. Martin Schlegel*

Lindenstr. 53, 14467 Potsdam

Tel. (0331) 240567, Fax (0331) 292092

werberInnen die Wohnqualität verschlechtere;

- die menschliche Existenz mit Hilfe der Gentechnik und anderer Wissenschaften umgestaltet wird ...;
- die Gesellschaft BRD zu einer „Bundesrepublik Deutschland Aktiengesellschaft“ transformiert wird, in der Menschen ins Abseits getrieben und Rechte zur Gnade werden.“

Infos über LAG, c/o DGB-Bildungswerk, Erfurt, Tel. 0361-659980, Fax 0361-6599899

ENERGIERECHT: *Reichenau.* Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat die Regierungspläne zur Reform des Energierechts kritisiert. Dem Gesetzentwurf fehle jeder Hinweis auf die verfassungsrechtlich abgesicherte Regelungskompetenz der Kommunen bei der örtlichen Energieversorgung. Die angestrebte Öffnung der Märkte für den Wettbewerb habe keinen Vorrang vor der Selbstverwaltungsgarantie. Die Kommunen fordern die Option für ein Alleinabnehmersystem bei der Stromverteilung und die Sicherung der Konzessionsabgabe.

KOMMUNALES WAHLRECHT: *Essen.* Zusammen mit anderen Bundesländern hat die NRW-Landesregierung einen Antrag für das aktive und passive Kommunalwahlrecht für Ausländer in den Bundesrat eingebracht. Ausdrücklich begründete sie ihren Schritt damit, daß das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger, wie es eine entsprechende EG-Richtlinie vorsieht, nicht ausreicht. Diese Richtlinie wird in NRW seit 1995 umgesetzt. Von den knapp zwei Millionen Ausländern in NRW kommen jedoch die meisten aus Nicht-EU-Ländern. Ein Kommunalwahlrecht für alle Ausländer setzt nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine Änderung des GG-Artikels 28 voraus, wofür derzeit keine Mehrheit in Sicht ist.

AUSLÄNDERVERTRETUNG: *Frankfurt a. M.* Zu den Wahlen der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) werden am 9. November voraussichtlich 27 Listen antreten. Die Liste 16 „Mezapotamia“ fordert außer dem Wahlrecht für Immigranten u.a. das Bleiberecht für alle Flüchtlinge und die Aufhebung des PKK-Verbots. Die Liste 11 „Internationale Liste Frankfurt am Main“ geht mit einem umfangreichen Programm an die Öffentlichkeit, in dem sie Forderungen gegen Diskriminierung aufstellt und sich für die Aufhebung aller Einschränkungen für Asylbewerber und Flüchtlinge einsetzt, für das Arbeitsrecht, gegen Einsparungen und für menschenwürdige Unterkunft. Für die KAV fordert sie Stimmrecht in allen Ausschüssen, die Anerkennung der KAV als politisches Gremium.

DEUTSCHKURSE: *Hamburg.* Rund 8 000 Menschen besuchen die Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ der Volkshochschule Hamburg – noch. Denn die VHS beabsichtigt, die Kurse weiter zu kürzen: Nach der Streichung von 50.000 DM in Außenbezirken sollen im nächsten Sommer 55 der ca. 70 stark überlaufenen einmonatigen Sommerkurse entfallen. Die Fortgeschrittenenkurse, die bisher 35 DM für 56 Stunden kosten, sollen auf 200 bis 250 DM verteuert wer-

den. Nach der Antwort des Senats auf eine Anfrage der GAL hätten über 70 % der Kursteilnehmer wegen geringen oder keinen Einkommens Anspruch auf Ermäßigung oder Erlaß der Kursgebühr. Offensichtlich wird darauf spekuliert, daß ein Teil die bürokratische Hürde, dies zu beantragen, nicht überwindet und wegbleibt.

DISKRIMINIERUNG: *Uetersen.* Ein Arbeiter der Stadtgärtnerei kritisiert die Verwaltung: Er und 37 Sozialhilfeempfänger, die für die Stadt für 2 DM Stundenlohn knechten, wurden von einem Betriebsausflug ausgeschlossen. Bei dem Besuch eines Pressevertreters im Rosarium, für dessen Pflege die Stadtgärtnerei zuständig ist, seien die Sozialhilfeempfänger vom Vorarbeiter aufgefordert worden, „sich hinter den Büschen zu verstecken“. Der Vorarbeiter und der Sozialamtsleiter verwahrten sich gegen die Kritik. Der Ausflug werde von den Beschäftigten selbst bezahlt, wobei allerdings die Stadt einen Zuschuß zahle. Die Teilnahme der Sozialhilfeempfänger sei nicht vorgesehen.

KRANKENHAUS-PRIVATISIERUNG: *Schweinfurt.* Gegen den Beschluß des Stadtrats, den die CSU-Mehrheit gegen SPD und Grüne durchsetzte, das städtische Leopoldina-Krankenhaus in eine GmbH umzuwandeln, hat die ÖTV mit einer Protestkundgebung der Beschäftigten mobil gemacht. Nachdem das „Leo“ 1994 in einen Eigenbetrieb umgewandelt worden war, vermutet die ÖTV, daß dessen Scheitern politisch von der CSU gewollt war, um ihr Ziel, die Umwandlung in eine GmbH zu erreichen. Sie fordert: Die Zuständigkeiten fürs Krankenhaus gehören ins Krankenhaus! Keine Gefährdung des Krankenhaus-Versorgungsauftrages für Schweinfurt und Umgebung und damit Erhalt der qualifizierten Patientenversorgung durch den Eigenbetrieb Leopoldina!

WOHNUNGSBAU-„REFORM“: *Hamburg.* Die Hansestadt hat sich im Bundesrat gegen Regierungspläne gewandt, die Förderung des Wohnungsbaus auf die Förderung von Randgruppen zu beschränken und die Mietsicherheit des Kostenmietsystems (Sozialmiete) abzubauen. Kritisiert wird die schon teilweise vollzogene und nunmehr gesetzlich beabsichtigte Abkehr von dem Grundsatz, die Versorgung von „breiten Schichten der Bevölkerung“ mit Wohnraum zu fördern; die Kostenmiete des sozialen Wohnungsbaus zugunsten einer „Marktmiete“ wegfällen zu lassen, ohne eine Ersatzfinanzierung durch ein vom Bund mitgetragenes Wohngeld, ferner die geplante Reduzierung der Bundesmittel für Wohnungsbau auf nur noch ein Fünftel des Betrages von 1996.

Zusammenstellung: ulj



Weil's statt Lohn nur ein paar Hunderter Abschlag gab, wurde das Dach wieder abgedeckt

Weil sie seit August statt ihrem ausstehenden Lohn nur ein paar Hunderter als „Anzahlung“ erhalten hatten und alle Verhandlungen, Telefonate, Faxe usw. nichts nützten, deckten polnische Montagearbeiter im Berliner Stadtteil Weißensee ein von ihnen gedecktes Haus kurzerhand wieder ab (siehe Bild).

Seit August arbeiteten die sechs Bauarbeiter in Weißensee, angestellt bei einer polnischen Firma, die für die Fertigung von Einfamilienhäusern eine polnische Firma beauftragt hatte. 2 600 Mark Lohn im Monat sollten die Arbeiter erhalten, tatsächlich erhielten sie in den letzten drei Monaten gerade 850 DM „Anzahlung“.

Die deutsche Firma, die die Polen in Firmenwohnungen untergebracht hatte, gab sich entsetzt: Sie verstehe gar nicht, warum die polnische Firma nicht zahle.

Dagegen Sylwester Wawrzynczak von der „Zentralen

integrierten Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa“ (ZAPO) in Berlin: „Die stecken alle unter einem Hut. Das wird alles auf dem Rücken der Bauarbeiter ausgetragen. Seit in Polen ganze Häuser gekauft werden können, erleben wir diesen Betrug immer häufiger.“

Die deutsche Auftragsfirma reagierte auf den Protest der Bauarbeiter prompt: Sie kündigte per Fax an die polnische Firma die Verträge, die polnischen Bauarbeiter mußten sofort das Land verlassen, weil ihre Aufenthaltserlaubnis an die Arbeitserlaubnis der deutschen Firma gekoppelt ist. „So haben sie wenigstens eine Chance, ihren ausstehenden Lohn vor einem polnischen Gericht einzuklagen“, so Wawrzynczak.

Er hat allerdings kaum Hoffnung, daß die Arbeiter die ausstehenden 22 000 DM Lohngehälter je sehen werden.

rül

ARBEITSKAMPF IM EINZELHANDEL? Das erste Mal überhaupt haben in NRW die Gewerkschaft HBV und die DAG Streiks im Weihnachtsgeschäft angekündigt, falls es in dem seit Monaten schwelenden Tarifkonflikt im Einzelhandel nicht doch noch zu einer Einigung kommt. Dabei geht es vor allem um die Verlängerung der vor einem Jahr erkämpften tariflichen Regelungen zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, außerdem um eine Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1.1.1998 mindestens in Höhe der Preissteigerungsrate. Die Regelungen zur Lohnfortzahlung wollen die Kapitalisten bisher nur verlängern, wenn HBV und DAG an anderer Stelle Zugeständnisse machen (z.B. durch Kürzung des Urlaubsgeldes von 55% auf 50%). Das lehnten die Tarifkommissionen der beiden Gewerkschaften ab. wof

TARIFVERHANDLUNGEN PAPIERVERARBEITUNG:

Am Freitag, dem 17. Oktober, fand in Düsseldorf ein Spitzengespräch zwischen IG Medien und Vertretern des Haupt-

verbandes der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie (HPV) statt. Fazit: Nach den Vorstellungen des HPV sind auch in der Tarifrunde 1998 gravierende Einschnitte bei manteltarifvertraglichen Regelungen, insbesondere in allen Fragen der Arbeitszeit, notwendig.

In seinem Eingangsstatement kam der Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, Sebastian Schmidt, gleich zur Sache: Die zum 1. April 1998 anstehende 35-Stunden-Woche mit vollem Tariflohnausgleich lasse keinerlei Spielraum für eine Anhebung der Löhne und Gehälter. Im Gegenteil seien aus Sicht der Arbeitgeber für die Tarifrunde 1998 folgende Maßnahmen notwendig: Aufhebung der Arbeitszeitverkürzung, Möglichkeit der Vereinbarung längerer Arbeitszeiten auf der betrieblichen Ebene, Produktion an allen Werktagen, Öffnungsklauseln, auch beim Lohn, Kürzungen bei den Einmalzahlungen.

Die Altersteilzeit hatte in diesem Zusammenhang eine eher nebensächliche Bedeu-

tung: Nach Darstellung der Arbeitgebervertreter sei das Thema Altersteilzeit zunächst auf krasse Ablehnung in den Landesverbänden des HPV gestoßen. – Nach der Schlichtung in der Metallindustrie bestehe gegenwärtig beim HPV noch Aufklärungsbedarf.

In seiner Erwiderung betonte Detlef Hensche, daß für die IG Medien ein weiterer Aufschub der Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen sei. Vor dem Hintergrund der weiterhin rückläufigen Beschäftigung in der Papierverarbeitung, allein in den letzten sechs Jahren sind 20 000 Arbeitsplätze abgebaut worden, sei Arbeitsumverteilung und zu diesem Zweck die Umsetzung der 35-Stunden-Woche zum 1. April 1998 außerordentlich wichtig.

Aufgrund der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwarteten die Beschäftigten zudem, nach den Reallohnverlusten der vergangenen Jahre, für 1998 spürbare Einkommensverbesserungen.

Außerdem sei die Senkung von Tarifnormen kein Instrument, die derzeitige Situation

in der Papierverarbeitung mit Überkapazitäten und enormem Wettbewerbsdruck zu überwinden, von den Auswirkungen auf die Beschäftigten ganz zu schweigen.

Notwendig sei aus Sicht der IG Medien vielmehr eine genaue Analyse der Situation, da ein Großteil der Probleme nichts mit Tarifverträgen zu tun habe. Anstatt einzig die Strategie einer Senkung der Arbeitskosten zu fahren, wie die Arbeitgeberseite dies sowohl auf der betrieblichen als auch auf der betrieblichen Ebene praktiziere, sei es Aufgabe, Überlegungen anzustellen in Richtung zukunftssichernder Innovationen bei Produkten, bei der Arbeitsorganisation etc.

Angeregt wurde seitens der IG Medien, wie schon 1994, ein Projekt, in dem branchenbezogen und losgelöst von Tarifrunden die Frage „Was liegt in den kommenden zehn Jahren in der Papierverarbeitung an und wo liegt die Zukunft der Branche“ aufgearbeitet werden müsse, um daraus gegebenenfalls zu einer problemorientierten Reform von Tarifver-

tragen zu kommen. Zu diesem Thema kam es im weiteren Verlauf zu einem ausführlichen Meinungsaustausch. Die anwesenden Arbeitgebervertreter zeigten sich grundsätzlich interessiert, diese Frage zu diskutieren, und sicherten zu, diesen Vorschlag in ihren Sozialpolitischen Hauptausschuß einzubringen.

Abschließend kam die Arbeitgeberseite nochmals auf den Ausgangspunkt des Gesprächs, die anstehende Tarifrunde 1998, zurück: Auch wenn seitens der Gewerkschaften das „Ende der Bescheidenheit“ diskutiert werde, sei dies bei Berücksichtigung der derzeitigen kritischen Ertragssituation für die Papierverarbeitung ausgeschlossen. Nicht Kostenbelastungen durch Lohn- und Gehaltserhöhungen plus Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, sondern die eingangs aufgezeigten kostenentlastenden Maßnahmen seien Richtschnur für die bevorstehenden Tarifverhandlungen.

Ein weiterer Gesprächstermin im kleinen Kreis wurde für den 18. Dezember 1997 in Düsseldorf vereinbart.

Wilma Krieger, IG Medien
(Solinet)

SCHILDERDRUCKER SEIT ELF WOCHEN IM ARBEITS-

KAMPF: In die elfte Woche ging am Montag (27.10.1997) der unbefristete Streik von 25 Beschäftigten der Bielefelder Schilderfabrik Warweg. Sie kämpfen mutig und unverdrossen für einen Haustarifvertrag mit höheren Löhnen und Gehältern und bessere Arbeitsbedingungen, allerdings ohne daß die Geschäftsleitung sich bisher auf Verhandlungen eingelassen hätte. Sämtliche Vermittlungsversuche blieben zunächst erfolglos. Bei einer vom Deutschen Gewerkschaftsbund und der IG Medien veranstalteten Kundgebung auf dem Alten Markt in Bielefeld sicherte am 10. Oktober 1997 der Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, den Streikenden die unverbrüchliche Solidarität ihrer Gewerkschaft zu. Er forderte die Geschäftsleitung nachdrücklich auf, endlich zu verhandeln.

(Solinet)

Schriftliche Solidaritätsbekundungen können geschickt werden über die IG Medien, Bezirk Ostwestfalen, Marktstraße 2-4, 33602 Bielefeld, Telefon 0521/173511, Telefax 0521/60242.

Erfolgreicher Tarifabschluß der ÖTV in Berlin

Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen

Im unmittelbaren öffentlichen Dienst Berlins wie auch in Betrieben und Einrichtungen mit öffentlichen Aufgaben wurden und werden besonders viele Arbeitsplätze abgebaut: z.B. fast 50 000 Stellen nur im unmittelbaren Landesdienst, über 10 000 Stellen bei den Verkehrsbetrieben, rund 3 000 Stellen an den Hochschulen, dazu kommt der Stellenabbau durch den Wegfall von Krankenhausbetten u.a.m. Deshalb betrachtet die ÖTV es derzeit als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, daß der Personalabbau „sozialverträglich“ von statuen geht, d.h. insbesondere, daß betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden.

Im Mai d.J. wurde eine entsprechende Vereinbarung für den unmittelbaren Landesdienst abgeschlossen. Krankenhäuser und Hochschulen befinden sich derzeit in Auseinandersetzungen um die Aufnahme von Verhandlungen. Eine neue Erfahrung, die die Beschäftigten machen müssen. Noch vor kurzem war es undenkbar, daß die Gleichbehandlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Frage gestellt wurde.

Zwei weitere Tarifverträge wurden jetzt abgeschlossen:

- Trotz Veräußerung der Be-

wag (Berliner Elektrizitätswerke) an Private und der Absicht des Vorstandes, die Personalkosten in den kommenden 5 Jahren um 20 Prozent zu senken, konnte am 6.10.97 ein Tarifvertrag erreicht werden, der bis zum 31.12.2002 betriebsbedingte Kündigungen ausschließt. Hierzu waren allerdings Aktionen der Beschäftigten bis hin zum Warnstreik notwendig, aber auch erfolgreich.

• Noch weitergehende Vereinbarungen konnte mit einem Tarifvertrag erreicht werden, der zwischen der ÖTV und dem Verband der von Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes in Berlin sowie der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Schönefeld GmbH und der Berlin-Brandenburg-Flughafen-Holding GmbH abgeschlossen wurde. Er gilt für die Beschäftigten der Flughäfen, Tegel, Tempelhof (beide Berlin) und

Schönefeld (Brandenburg), Laufzeit: 1.10.97–30.6.2000, ggfs. Verlängerung bis 31.12.2002. Die wesentlichen Punkte sind:

- Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen,
- Ausschluß arbeitnehmerbenachteiligender Ausgründungen,
- Schaffung von Ausbildungsplätzen über Bedarf sowie eine Übernahmeregelung nach Beendigung der Ausbildung.

Die Beschäftigten des Flughafens Schönefeld erhalten zudem eine Erhöhung der Grundvergütung um 5% ab 1.6.98; alle Auszubildenden desselben Flughafens erhalten ab 1.1.98 100-prozentige West-Vergütung. Auch dieser Tarifvertrag wurde letztendlich durch Aktionen und einen Warnstreik erreicht. *har*, Presseerklärungen der ÖTV Berlin v. 30.9. u. 7.10.97

Beschäftigte der Nähmaschinenfabrik Pfaff demonstrierten bei der Hauptversammlung gegen Verlagerung: „Wir wollen nicht die verlängerte Werkbank sein!“ Die Beschäftigten sind bereit, sich an einer Produktionsgesellschaft zu beteiligen.



Beginn der Tarifverhandlungen zur Beschäftigungssicherung im öffentlichen Dienst:

„Massive Interessengegensätze“

Am 7. Oktober wurden die vorgezogenen Tarifverhandlungen zum Thema Beschäftigungssicherung im öffentlichen Dienst aufgenommen. Wie nicht anders zu erwarten, antworteten die öffentlichen Arbeitgeber von Bund, Länder und Gemeinden auf alle ÖTV-Forderungen mit harten Gegenpositionen, z.B.:

Die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Eingriff in bestehende Einkommen im Westen bzw. der Forderung nach der 38,5-Stunden-Woche im Osten bei vollem Lohnausgleich wurde mit der Forderung nach Verlängerung der Wochen- und Jahresarbeitszeit ohne Einkommenserhöhung beantwortet.

Der Forderung nach Ar-

beitszeitkonten mit individuellen Freiräumen für die Beschäftigten wurde die Forderung nach kapazitätsorientierter Arbeitszeit, also persönlicher Arbeitszeit nach Arbeitsanfall, entgegengestellt.

Darüber hinaus fordern die öffentlichen Arbeitgeber:

- Öffnungsklauseln für den dauerhaften Abbau von tariflichen Besitzständen,
- befristete untarifliche Bezahlung von Arbeitslosen,
- Öffnungsklauseln für kollektive Teilzeitmodelle in Ost und West,
- erneute Verschlechterung der tariflichen Zusatzversorgung.

Und nicht zu vergessen: Kanther wäre nicht er selbst, wenn er nicht die Senkung der Lohnnebenkosten durch Ab-

senkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall fordern würde. Schließlich war er einer der treibenden Kräfte bei der Änderung des Gesetzes.

Die Argumentation der öffentlichen Arbeitgeber ist weiterhin „Kostenneutralität“ aller Vereinbarungen. Beschäftigungssicherung ist für sie nur denkbar, wenn es zuerst (!) „verbesserte Kostenbedingungen“ gebe.

Ohne Druck wird sich an dieser Auffassung sicher nichts ändern. Wie aber Druck machen, wenn die Tarifverträge nicht gekündigt sind? Da bleibt der ÖTV nichts anderes übrig, als weiterzuverhandeln. Nächster Termin ist der 3. November.

har

Quelle: Tarif-Info der ÖTV v. 7.10.97

Keine Aufbruchstimmung vermittelt

Gewerkschaftstage haben eigene Gesetze, sagt man. Und dieser ohnehin, da er doch die Fusion zwischen den eigentlich sehr unterschiedlichen Gewerkschaften Chemie-Papier-Keramik, Bergbau-Energie sowie Leder besiegelte. Nicht-rühren-wollen an eventuellen Empfindlichkeiten und der Wille, erst im Lauf der nächsten Jahre vor Ort dieses Zusammengehen zu gestalten, haben den Kongreß sicher mit geprägt.

Nun, Aufbruchstimmung für die Beschäftigten konnte der einwöchige Gründungskongreß der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie nicht gerade vermitteln. Statt dessen: viel Kongreß-Maschinerie und wenig Streitkultur. Einen ganzen Tag lang Wahlchaos und Führerovationen. Teilweise äußerst problematische Beschlüsse ohne Diskussion und wenig Aussicht auf einen Umschwung.

Anträge, die vorlagen, bekräftigten teilweise wichtige gewerkschaftliche Positionen. Insbesondere Anträge des Hauptvorstands enthielten jedoch meist sehr problematische Punkte, oft eingebaut in allerlei Richtigem. Die offene und (fast) uneingeschränkte Befürwortung der Kernenergie und der Gentechnik, explizite Ablehnung von Ökosteuern und Ausbildungsabgaben sind dabei vielleicht noch das Geringste.

Vor allem weh tut aber der unbedingte und kritiklose Glaube daran, man könne im Konsens mit den Arbeitgeberverbänden mit immer wieder neuen „Bündnis-für-Arbeit“-Angeboten der Geisel Arbeitslosigkeit beikommen. Dafür wurde Kohls „Bündnis Ost“ gelobt. Dafür wurden tarifliche Wieder-Verbesserungen der Bedingungen der Arbeitnehmer-schaft abgelehnt – so widersprach Vorsitzender Schmoldt sogar dem SPD-Partei-vorsitzenden Lafontaine, der auf dem Gewerkschaftstag ein Ende der Reallohnsenkungen und eine Umkehr der Umverteilung forderte (ist es nicht eigentlich unerträglich, daß die fortschrittlichsten Äußerungen im offiziellen Programm, so schien es mir, von offiziellen Vertretern der SPD, nicht aber von Gewerkschaftsfunktionären stammten?).

Und dafür wurden auch – des öfteren geschickt in Nebensätzen – die Äußerungen etwa der IG Metall angegriffen, die eine verstärkte Politik von Arbeitszeitverkürzungen und gleichzeitig das „Ende der Bescheidenheit“ bei den Einkommen verkündet hatte.

Statt dessen bei der BCE: Bekenntnisse für weitere Öffnungsklauseln in den Tarifen, für Flexibilisierung und „Standortsicherung“ – quasi ausschließlich durch Ergebenheit gegenüber „der Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit“ – also der Industrie.

Sicher es gab auch andere Stimmen. Eine Reihe von Delegierten machten kritische Beiträge mit abweichenden Positionen, mit Kritik an der Unterwerfung unter neoliberale Wirtschaftspolitik und mit Appellen für ein Aufstehen für die Interessen der Beschäftigten. Aber nur an einer Stelle – an einer sicher nicht sehr bedeutenden – kamen solche Positionen zum Zuge: Die Antragskommission hatte – formaljuristisch begründet und offenbar im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand – einen Antrag einer IG-Berg-

bau-Ortsgruppe zur Ablehnung empfohlen: Dieser hatte die Aufnahme des Rechts auf Arbeit ins Grundgesetz gefordert. Nichts Revolutionäres also, aber doch zu weitgehend? Das war den Delegierten zuviel. Nach längerer Debatte wurde der Antrag dann doch beschlossen.

Vielleicht wurde hier ein kleiner Hauch spürbar: die Gewerkschaften wieder zu echten Interessensvertretungen zu machen!

B. Feuling, in Gegenwind Weinheim

Protestbrief von Vertrauensleuten an IG BCE

Schon lange ist klar, daß es dem von Freudenberg dominierten Arbeitgeberverband bei den Verhandlungen um den Manteltarifvertrag der Ledererzeugenden Industrie vorrangig darum geht, die schon sehr weitgehenden Flexibilisierungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeit weiter auszudehnen. Schon seit Jahren will Freudenberg auch in Weinheim die Einbeziehung des Wochenendes in die Regelarbeitszeit.

Im vergangenen Sommer waren an zwei Standorten der Freudenberg Dichtungs- und Schwingungstechnik KG (Weinheim und Reichelsheim/Odenwald) der Belegschaft dem Tarifvertrag widersprechende Arbeitszeitregelungen abgepreßt worden (wir berichteten). Dieser Bruch des gültigen Tarifvertrags hatte dabei leider nicht den massiven Protest der Gewerkschaft Leder hervorgerufen.

Dieser Eindruck hat sich am 2. Oktober auf der gemeinsamen Vertrauensleuteversammlung aller Freudenberg-Betriebe am Standort Weinheim, Laudenbach und Reichelsheim bestätigt. Den anwesenden ca. 70 Vertrauensleuten wurde das Verhandlungsangebot der Tarifkommission erst vorgelegt, nachdem es zuvor schon an den Arbeitgeberverband geschickt worden war. Dadurch sollte offensichtlich eine nachträgliche Änderung durch die Gewerkschaftsbasis unmöglich gemacht werden.

Die Befürchtung, daß die Gewerkschaftsbasis auf Änderungen bestehen würde, war mehr als berechtigt. So sind wesentliche Forderungen, die im Vorfeld der Manteltarifverhandlungen von den Freudenberg-Vertrauensleuten ausgearbeitet worden waren, unberücksichtigt geblieben, wie z.B. die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche.

Besonders schlimm ist das Angebot der Tarifkommission für eine Öff-

nungsklausel bei der Regelung der Arbeitszeit. Dem Arbeitgeberverband wird angeboten, bei zukünftigen Arbeitszeitregelungen die „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Standortsicherung“ des jeweiligen Betriebes zu berücksichtigen. Dies dadurch, daß die Betriebsräte der einzelnen Betriebe die Umsetzung der Arbeitszeiten zukünftig selber regeln. Das „einengende Korsett“ tarifvertraglicher Schutzbestimmungen soll sie dabei nicht mehr hindern. Jedem BR soll es überlassen bleiben, ob und wie er Arbeitszeiten regeln will, bzw. kann.

Es wurde heftige Kritik geäußert am Verhalten und Vorgehen des Hauptvorstandes und der Tarifkommission. Von vielen wurde die längst überfällige Einbeziehung der Mitglieder in die MTV-Auseinandersetzung gefordert.

Das Ergebnis der sehr inhaltlich geführten Diskussion war der einstimmige Beschluß eines Briefes an die Tarifkommission und den Hauptvorstand, in dem es u.a. heißt:

„Wir können nicht einsehen, daß ohne wirkliche Not eine Öffnung und Aushöhlung der tarifvertraglichen Arbeitszeitregelungen beschlossen werden soll... Die Folge einer solchen Öffnung wäre, daß alle Belegschaften und Betriebsräte recht bald erpreßbar wären, die entsprechenden, seit Jahren von der Konzern- und den Geschäftsleitungen geforderten Regelungen mitzumachen ... Der Vertrauensleutenkörper sieht – bei einem günstigen Abschluß der MTV-Verhandlungen – echte Chancen zu einer weiteren deutlichen Steigerung des Organisationsgrades der Freudenberg-Belegschaften. Andererseits wird – falls Regelungen, wie sie derzeit vorliegen, hingenommen werden – damit zu rechnen sein, daß viele enttäuschte Mitglieder unserer neuen Gewerkschaft BCE den Rücken kehren ...“

H. Schmütt, in Gegenwind (gekürzt)

Resolution gegen die Macht der Multis

Das Größenwachstum und die Macht der multinationalen Konzerne verändert grundlegend die Produktionsprozesse im Weltmaßstab.

Die Welt wird in ein Experimentierlabor mit dem Zweck der Kostenreduktion umgeformt. Es gibt aus Einzelteilen zusammengesetzte oder für die eigene Firmen in den verschiedenen Weltteilen, die zigtausend Kilometer auseinander liegen, zusammengefügte Fertigprodukte. Die Arbeit (nicht nur die reine Handarbeit, sondern auch die Arbeit von Konstrukteuren, Ingenieuren und Programmieren) ist in den meisten Zonen der Welt billiger im Verhältnis zu denen der entwickelten Länder, was die Kosten der Transporte locker ausgleicht.

Die Produktionsplanung unter diesen Umständen braucht als erstes die Unterschiede im Lebensstandard und ebenso im Gehalt, um aufrechterhalten zu werden. Politische Ziele werden zu reinen wirtschaftlichen Zielen, als integrierende Teile des Planens als ganzes. Dies sind:

- In den Niedriglohnländern bieten Regierungen, die als Komplizen beizubehalten oder, wenn nötig, zu schaffen sind und die die Gesetzgebung und die Außerkraftsetzung von Rechten gegenüber den Repressionsorganen verbinden, eine Garantie für diese Quelle von billiger und reichlicher Arbeit.

- In allen Ländern, in denen die Arbeiter einer höheren Lebensstandard haben und die Gewerkschaften in der Gesellschaft verankert sind, werden die Investitionen reduziert, wird ein hoher Arbeitslosenanteil gehalten und wird die Arbeits- und Sozialgesetzgebung angegriffen, werden die früheren Arbeitererrungenschaften (in ihrem Eifer, sie zu senken, nennen sie sie nun „Privilegien“) und wird die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften mit der Drohung erpreßt, dort zu produzieren, wo die Löhne geringer sind.

Andere Seiten dieses Angriffes sind die Verunsicherung der Arbeiter, die Eskalation der Ausbeutung der Arbeiter durch outsourcing und der Gebrauch von „selbst ausbeutender“ Arbeit, die es schon immer in den Arbeitsverträgen gab, die Überstunden, die neuen Managementtechniken, die helfen, die Arbeiter in den Kampf mit Mitkonkurrenten einzubinden, und die höchste Ausbeutung der wehrlosesten Menschen: Immigranten, Kinder und Frauen, durch Ausnutzung der sogenannten „schwarzen Ökonomie“.

Wir haben keine andere Alternative: um uns gegen diesen Angriff weltweit, die Gehälter auf niedrigem Standard zu nivellieren, zu verteidigen, müssen wir das Gegenteil fordern: die Gehälter auf einen

hohen Standard zu bringen. In diesem Sinne schicken wir eine brüderliche Nachricht der Unterstützung und Solidarität an alle Arbeiter auf der Welt, die gegen den Generalangriff kämpfen, den wir erleiden. Wir grüßen besonders:

- die südkoreanischen Arbeiter, die gegen den Versuch ihres Parlaments streiken, sie als ein Reservoir billiger Arbeitskräfte zu halten,

- die Arbeiter von General Motors' Fabriken und Tochterfirmen in den USA, die im Frühjahr und Sommer dieses Jahres hart gegen Arbeitslosigkeit, outsourcing und die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen kämpften,

- die Arbeiter von UPS, dem größten privaten Kurierunternehmen in den USA, die einen Streik in unbekannter Größe in den letzten Jahren in den USA entfesselten, kämpfend sowohl gegen die Subunternehmer, als auch gegen die Lohnunterschiede,

- die Arbeiter von „maquiladirras“ in Mexiko (über 650 000), die für die multinationalen Konzernen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten und für bessere Löhne, für ihre Würde und ihr Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, kämpfen,

- und ganz allgemein alle, die gegen den Trend des Kapitalismus kämpfen, uns zu zwingen, alle Rechte der Arbeiterbewegung, die im letzten Jahrhundert gewonnen worden, aufzugeben und uns auf den Rang einer abgewerteten Ware zu reduzieren.

Zaragossa (Spanien),
den 13. September 1997

Thyssen und Krupp

Konzentrationspoker wird fortgesetzt

Die Tinte unter dem Fusionsvertrag zwischen Thyssen-Stahl und Krupp-Hoesch ist noch nicht trocken, da wird die Öffentlichkeit scheibchenweise mit weiteren Fusionsabsichten der beiden „feindlichen“ Brüder bekanntgemacht. Vorrangig soll es dabei um den Automobilzulieferbereich gehen. Mehr als 200 Millionen Gewinnsteigerung jährlich erwartet Thyssen-Vorstand Vogel von der Zusammenlegung. Thyssen erzielt in diesem Bereich zur Zeit einen Weltumsatz von 4,9 Mrd. DM, Krupp von 3 Mrd. DM.

Beide Konzerne sind gegenwärtig dabei, ihre Verhandlungspositionen zu stärken. Krupp legt unter anderem die Federnproduktion zusammen, Thyssen verkaufte seinen Anteil an dem E-plus-System für 2,26 Mrd. DM an VEBA und RWE. Ein Teil dieses Geldes, nämlich 700 Mio. Dollar, wurde in den USA für den Kauf eines Maschinenbauunternehmens verwandt. Die Firma Giddings & Lewis hat 8 500 Beschäftigte und wickelt über 60% der Geschäfte mit der Automobilindustrie ab. Ob die Übernahme „freundlich“ oder „feindlich“ war, wurde nicht

berichtet. Auch der Kauf des Werkes Ruhrort und des Hochfelder Betriebes durch die indische Ispat-Gruppe ist unter diesem Aspekt zu sehen. Die Gewährung eines Vorkaufsrechtes auf die noch bei Thyssen-Stahl verbliebene Schienenproduktion für den Ispat-Konzern zeigt, daß die immer wieder betonte wachsende Arbeitsplatzsicherheit durch Konzentration im Kapitalismus eine Fata Morgana bleibt. 6 300 Kolleginnen und Kollegen werden ihren Arbeitsplatz bei Thyssen bzw. Krupp-Hoesch als Folge der Fusion verlieren.

Wiederum haben sich beide Konzerne zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verpflichtet. Trotz der Rheinhausener Erfahrungen scheint das Vertrauen in Unternehmerworte bei einigen Betriebsräten und Gewerkschaftern grenzenlos. Und während sie auf die Einlösung der Versprechungen warten, wird in den Chefetagen über weitere Konzentration und Arbeitsplatzvernichtung nachgedacht, werden andere Weichenstellungen vorgenommen.

„Rote Distel“, DKP Duisburg

Adtranz

Harter Sanierungskurs

Nach der Ankündigung des Chefs der Adtranz Holding (Gemeinschaftsunternehmen Eisenbahntechnik von Daimler und ABB), Kaare Vagner, 25% der Arbeitsplätze in Europa, mit dem Schwerpunkt Deutschland, abzubauen, präzisierte die Geschäftsleitung in einer Presseerklärung vom 20.10.97: 3600 Arbeitsplätze sollen vor allem in Deutschland, aber auch in Italien beseitigt werden. Der Vorsitzende von Adtranz Deutschland, Eckrodt, kündigte einen „harten Sanierungskurs“ an. Eine Sanierungskommission wurde benannt, um demnächst Ergebnisse vorzulegen. Ganze Standorte sollen nun wackeln.

Am 17. September wurde in einer ersten Reaktion an allen Standorten in Deutschland die Arbeit für eine halbe Stunde niedergelegt. Mit weiteren Aktionen ist zu rechnen. Der Mannheimer Betriebsrat befürchtet, daß eine Kahl-schlagpolitik die absolut falsche Reaktion auf die defizitäre Geschäftspolitik sei. Die Qualitätsmängel und Konventionalstrafen (verschiedene „Neigezüge“ für die Bahn AG funktionieren nicht richtig) resultieren gerade aus zu wenig Personal.

Zur Zeit sind die Werke von Adtranz mehr wie ausgelastet. Die Kapazitätsbetrachtung der Geschäftsleitung geht aber von einem sinkendem Bedarf der Verkehrsunternehmen aus. Für diese Betrachtung fehlt aber jegliche Analyse. Der Betriebsrat befürchtet, daß die Geschäftsleitung mit ihrem „Sanierungskurs“ Adtranz erst recht gegen die Wand fährt und dabei Tausende Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden.

aus Kommunal-Info Mannheim

„Wir wollen PDS auch im Westen!“

Unter die nebenstehend abgedruckte „Erklärung von Mitgliedern der PDS aus den alten Bundesländern“ wurden in den letzten zehn Tagen Unterschriften gesammelt. Sie sollte ursprünglich am 26.10. samt Unterschriften als Anzeige im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht werden, ist aber bis Redaktionsschluß dort nicht erschienen.

1. Die Erklärung lag – immer soweit bekannt – nirgendwo in den westlichen Landesverbänden zur Diskussion vor, weder in Versammlungen von Mitgliedern noch in gewählten Gremien, sie lag, wenn, nur zur Unterschrift vor. (Der AG Landespolitik in Hamburg, einer pluralistischen Arbeitsgemeinschaft, die sich eigentlich die Befassung mit Themen der Landes- und Kommunalpolitik zur Aufgabe gesetzt hat, wurde sie am Ende einer Versammlung vorgelegt mit der Aufforderung, sie möglichst sofort zu unterschreiben, der Text stünde nicht zur Diskussion und könne nicht geändert werden.)

2. Dem Großteil der Mitglieder dürfte die Erklärung bis heute unbekannt sein. Sie wird weitgehend nur solchen Mitgliedern vorgelegt bzw. zugesteckt, von denen wer auch immer annimmt, sie könnten das Vorhaben unterstützen oder für ein solches Vorgehen anfällig sein.

3. Die Urheber der Erklärung bleiben im dunkeln, auch auf Nachfrage. Gleichzeitig weist die lebhafteste PDS-Gerüchteküche abwechselnd z.B. Gregor Gysi aus der Bundestagsgruppe oder dem PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch die Urheberschaft zu.

Von all dem lebt das Vorgehen: Mitglieder werden durch abgestufte Informationen in eine Sache von anscheinend größerer Bedeutung und höherer Weihe einbezogen; durch die Undurchsichtigkeit, Exklusivität und Gerüchteküche wird der Kitzel erzeugt, „dazugehören“. Heraus kommt ein Dokument, mit dem „die Basis“ den Vorstand bestätigt.

Das Ganze ist, schreibt man's einmal auf (und deshalb schreiben wir es auf), unsäglich, ein Rückgriff auf abgenutzte Werkzeuge aus der realsozialistischen Trickkiste, aber dennoch nicht ungefährlich. Inhalt und Form zielen darauf ab, Vorstandsgefolgschaften zu bilden, die durch das Parteiengesetz verbürgten Rechte der Landesverbände zu unterhöhlen und unliebsame Kandidatinnen und Kandidaten auf den Landeslisten zu verhindern, Vorstandskandidaten durchzusetzen. Etwas Fruchtbares kann daraus schwerlich entstehen, die Demokratie in der PDS erleidet Schaden, und die PDS erwirbt sich den Ruf, nichts aus der einschlägigen Vergangenheit gelernt zu haben. scc

Erklärung:

Die Diskussion um den Westaufbau der PDS hat mit den umstrittenen Beschlüssen der Landesverbände Hamburg und Niedersachsen eine neue Zuspitzung erfahren. Im Landesverband Hamburg hat eine denkbar knappe Mehrheit eine Landtagskandidatur der PDS im Bündnis mit der DKP durchgesetzt, die der PDS als gesamtdeutscher Partei Schaden zugefügt hat. In Niedersachsen scheint der Landesverband der PDS mit seinem Beschluß eine ähnliche Kandidatur vorzubereiten, einen ähnlichen Weg zu beschreiten. In allen anderen westlichen Landesverbänden, aber auch in den östlichen Landesverbänden, gibt es – zumindest einzelne – UnterstützerInnen für solche Positionen.

In der medialen Aufbereitung dieser lokalen Entscheidungen führt dies zu einer Stigmatisierung der gesamten West-PDS als sektiererisch, politikunfähig und als Verliererpartei. Dies betrifft natürlich die Partei als Ganzes und droht massive Schwierigkeiten in Vorbereitung der Bundestagswahlen nach sich zu ziehen.

In und außerhalb der PDS mehren sich

angesichts solcher Entscheidungen und der folgenden Diskussionen wieder die Stimmen, die von einem Scheitern des Westaufbaus der PDS reden. Das ist um so bedauerlicher, als die PDS in den letzten Jahren auch im Westen beträchtliche Fortschritte gemacht und an Akzeptanz gewonnen hat.

Die meisten Landesverbände der PDS im Westen haben sich seit 1994 stabilisiert und sind politikfähiger geworden. Gleichwohl muß der Westaufbau ohne Zweifel eine neue Qualität erreichen. Dies wird aber nur möglich sein, wenn es uns gelingt, ein positives Bild von der PDS im Westen zu vermitteln.

Anders als die Mehrheiten in Hamburg und Niedersachsen haben LandessprecherInnen der PDS aus anderen westlichen Bundesländern in ihrem Diskussionsangebot „Den Wahlkampf West mit dem Westaufbau verbinden“ konkrete Vorschläge unterbreitet, wie in Erfüllung der Wahlstrategie und der Beschlüsse des Schweriner Parteitages das demokratisch-sozialistische Profil der PDS mit Reformpolitik und Wahlkampf verbunden werden kann.

Innenansichten

Strategiekrise in der PDS

Zur Zeit des Schweriner Parteitages hatten nicht nur die Anhänger der PDS die beinahe sichere Erwartung, daß die Tage des Regimes Kohl gezählt seien. Man war in der Linken auf eine Mehrheit links von der Mitte eingestellt. Auf eine solche Regierung hätte die PDS mit ihren teils schon sehr konkret und sorgfältig entwickelten Reformvorstellungen inhaltlich Einfluß nehmen können. Aber in den letzten Monaten schält sich immer klarer heraus, daß das neoliberale/konservative Lager mit seinem politischen Latein nicht am Ende ist. Im politischen Stimmungsbild sieht das so aus, daß sich scheinbar nur noch fragt, ob Kohl die Wahlen mit der FDP gewinnt oder ob es zu einer großen Koalition mit Schäuble kommt. Dieses Stimmungsbild ist nicht irgendwie entstanden, sondern Frucht der Verarbeitung der sozialen Krise durch die Koalitionsparteien. Kohls Konzept: a) Ordnungspolitische Rahmenbedingungen setzen, so daß Kapital angezogen wird und die Arbeitslosigkeit sinkt. b) Durch eine Bildungsoffensive in der BRD sog. hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Da dieses Konzept darauf beruht, die Nation in der internationalen Arbeitsteilung bzw. Konkurrenz geschickt zu plazieren, ist es organisch mit

dem Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit verbunden. Selbst geringfügige Vorwärtsbewegungen der Konjunktur genügen, um einer solchen Politik Zugkraft zu geben. In der Folge wird eine Regierungsmehrheit mit rechtem Schwerpunkt wieder denkbar.

Auf diese Situation ist die PDS nicht vorbereitet. Das war bereits erkennbar, als die Partei in den Hamburg-Wahlen die mögliche und nötige Auseinandersetzung mit der Werbung der Faschisten nicht angenommen hat.

Das ist jetzt erkennbar, wo die Partei dem Sog, den die Konservativen in der öffentlichen Meinung entwickeln, stumm gegenübersteht.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Die Partei wäre töricht, würde sie auf die Verbreitung ihrer positiven Reformansätze verzichten. Diese – siehe Steuerpolitik, Wirtschaftspolitik usw. – sind durch die oben skizzierte Verschiebung nicht falsch geworden. Aber sie werden in der Öffentlichkeit augenblicklich nicht als realistisch verstanden. Unrealisierbare Realpolitik ist aber eine Sache, die verwundbar macht.

Was hinzukommen muß, ist eine theoretische und ideologische Auseinandersetzung mit den Konzepten des Konser-

Zudem ist es der PDS auch im Westen gelungen, insbesondere gegenüber GewerkschafterInnen, PartnerInnen aus sozialen Initiativen und Verbänden Interesse an ihrer Politik zu wecken. Die vielfältige Beteiligung von Persönlichkeiten aus dem Westen an Konferenzen und Veranstaltungen der PDS sind ein Beleg dafür.

Kritik am Parteivorstand ist legitim und wird auch von uns geübt. Zum Beispiel ist seine Kritik in Richtung Westen häufig so pauschal formuliert, daß sie als Kritik an allen Landesverbänden interpretiert werden kann. Aber die Haltung der Mehrheit der oben genannten beiden Landesverbände und eines Teils der GenossInnen in anderen Landesverbänden, sich in erster Linie gegen den Bundesvorstand, der demokratisch gewählt wurde, zu definieren, ist für uns ebenso inakzeptabel wie die Negierung der Beschlüsse des Schweriner Parteitag. Es ist so, daß solche GenossInnen eine andere Partei als die PDS wollen und deshalb versuchen, unter dem Deckmantel der Eigenständigkeit ihrer Landesverbände ein sektiererisches Parteaufbaukonzept gegen die Parteimehrheit zu installieren. Der Gefahr, aus einigen westlichen Landesverbänden der PDS eigenständige Parteien orthodox-kommunistischer Prägung zu machen, die ohne jede gesellschaftliche Wirkung bliebe, muß

begegnet werden. Das Ende des osteuropäischen Staatssozialismus ist nicht nur für die Mitglieder der SED eine prinzipielle Zäsur gewesen. Die gesamte Linke ist in der Auseinandersetzung mit diesen Erfahrungen aufgefordert, sozialistische Ziele und Politik konsequent mit Demokratie sowie Bürger- und Menschenrechten zu verknüpfen. Sozialistische Politik kann wirksam nur zurückgewonnen werden, wenn sie elitäre Ansprüche aufgibt.

Uns ist daran gelegen, wechselseitig entstandene Irritationen auszuräumen und einen Diskussionsprozeß zu beginnen, in dem die Kräfte im Westen, die auf der Grundlage von Wahlstrategie und Beschlüssen des Schweriner Parteitag arbeiten wollen, gestärkt werden. Ziel einer solchen Diskussion sollte es sein, mehr Transparenz und bessere Zusammenarbeit herzustellen. An die Stelle von Konfrontation wollen wir Kooperation mit dem Bundesvorstand, der Bundestagsgruppe und den östlichen Landesverbänden setzen.

Zu diesem Zweck laden wir all jene Mitglieder aus den westlichen Landesverbänden, die PDS – und nicht irgend etwas anderes – auch im Westen wollen, zu einer Diskussionsrunde mit dem Bundesvorstand, der Bundestagsgruppe und den östlichen Landesvorsitzenden am 7. Dezember 1997 in Frankfurt ein.

vatismus. Es kann und muß auch mit politischen und wissenschaftlichen Mitteln geklärt werden, welche Realisierungschancen die von den Konservativen entworfene Politik hat. Denn daß die Begünstigte kennt, ist sicher, aber ob die große Zahl derer, die sich unter die Begünstigten rechnet, richtig rechnet, ist doch sehr die Frage. Wer hat was davon? Wer hat nichts davon? Darauf braucht es eine konkrete Antwort.

Wahrscheinlich haben CDU/CSU/FDP zwar einen großen Anhang; doch die Mehrheit, auf die sie zusteuern, ist prekär und nur durch Regie und Betrug zu gewinnen. Hier kann aufklärerische Politik etwas bewirken.

Man möchte schon beinahe sagen: Anstatt sich auf diesem weiten Brachfeld der PDS-Politik abzarbeiten, reagieren die Vorstände des Vorstandes und der Bundestagsfraktion auf die gegenwärtige Strategiekrisis der Partei kopflos. Ein Grund dafür mag sein, daß in den östlichen Ländern die Proportionen zwischen Begünstigten und Benachteiligten/Übervorteilten der Regierungspolitik ohnehin nicht mit der parlamentarischen Mehrheit korrespondiert. Trotzdem wirken auch dort die Trends.

Weil und solange die PDS der Aufgabe, in der Auseinandersetzung mit den Rechten Material und Anhaltspunkte zu liefern, nicht nachkommt, muß sie besonders in den politisch aktiven Schichten der Bevölkerung – im Osten wie im Westen – große Probleme kriegen. Wer

sich wehren will, braucht aus den Institutionen heraus kritische Werkzeuge. Wenn sie aus einer Partei nicht geliefert werden, geht's es mit ihrem Ansehen bergab.

Folglich braucht sich niemand zu wundern, daß das Ansehen der PDS bei Umfragen zurückgeht, besonders in der Jugend. Dieser Trend ist reparabel, aber nicht auf dem Wege der Selbstheilung.

Immerhin, auch der Vorstand sieht, daß etwas geschehen muß. Aber müssen Fehler geschehen? Eine Partei, in der aus den Vorstandsgipfeln eine Unterschriftensammlung auf den Weg gebracht wird, die den Eindruck einer Basisbewegung – die es nicht gegeben hat – zu erwecken versucht, wird in der Öffentlichkeit anrüchig. Ein Vorstand, der Defizite der Strategie, die sich bereits in Ansehensverlusten im Wählerfeld niederschlagen, dadurch zu bewältigen strebt, daß er nicht diese Defizite sucht, sondern Kritiker und minoritäre Auffassungen in der Partei aus dem Rennen werfen will, wird nur noch tiefer in den Verhau kommen.

Es ist bekannt, daß die Partei sich in der Diskussion der Wahlstrategie befindet. Das konkrete Stadium der Diskussion ist: Wahlprogramm. Hier kommen die Defizite auf. Hier müssen sie behoben werden. Hier sind die Institutionen der PDS gefordert und intern und öffentlich in der Verpflichtung. Die Gründung eines Wanderzirkus, auf dem Artisten etwas vorturnen, bringt's wohl nicht.

maf

20 Jahre Stammheim

Die Aktualität des „Deutschen Herbstes“

Kürzlich hat die Bundesanwaltschaft für Christian Klar, Gefangener aus der RAF, eine Mindesthaftzeit von 26 Jahren gefordert. Das heißt, daß Klar, seit 15 Jahren inhaftiert – die Bedingungen totaler Isolation in den ersten Haftjahren werden teilweise bis heute praktiziert – frühestens im Jahre 2008 den Antrag auf bedingte vorzeitige Entlassung stellen können.

Für Adelheid Schulz, ebenfalls seit 15 Jahren inhaftiert, hat die Bundesanwaltschaft 19 Jahre beantragt. Infolge der jahrelangen Isolation – erst total, dann in einer Kleinstgruppe – ist die Gefangene seit langem schwerkrank; über Jahre wurde ihr die notwendige medizinische Behandlung verweigert bzw. notwendige Maßnahmen gnadenlos hinausgezögert. Über die unumstrittene desintegrierende Wirkung langer Haft hinaus haben die praktizierten Sonderhaftbedingungen ihre Lebensreserven erschöpft. Ihre Ärztin befürchtet, daß sie weitere Jahre der Haft nicht überlebt.

Die Todesstrafe ist in der BRD – eine Konsequenz aus dem Faschismus – abgeschafft; mit ihren Anträgen kommt die Bundesanwaltschaft der Todesstrafe so nahe, wie es ihr nur möglich ist. Heute kann sie dafür nicht einmal mehr den seinerzeit behaupteten Ausnahmezustand ins Feld führen. Aus denselben Gründen, aus denen die in dieser Frage noch immer bestehende ganz große Koalition von CDU/SU/FDP/SPD sich weigert, die „Antiterror“-Sondergesetze aufzuheben, stimmt man überein, die Gefangenen, die zu Tode erschöpft, aber nicht gebrochen sind, über jedes menschenrechtlich vertretbare Maß hinaus einzukerkern: Es geht um Selbstschutz, um eine Geschichtslüge, die fest und ein für alle Mal in der öffentlichen Meinung verankert werden soll. Die Geschichtslüge, daß die Ausnahmemaßnahmen in der Bekämpfung der RAF gerechtfertigt gewesen seien. Tatsächlich war das staatliche Handeln in der Bekämpfung der RAF von Ungesetzlichkeiten und Gewaltexzessen geprägt. Der Versuch, die Geschichte zu fälschen und die eigenen Spuren zu verwischen, ist das Motiv für die Fortsetzung der Gewaltexzesse – diesmal in exzessiver Bestrafung – bis auf den heutigen Tag.

Die verschiedenen Initiativen zur Aufhebung der Sondergesetze, über die wir berichteten, brauchen Unterstützung. Die Gesetze sind Ausdruck totalitärer Machtentfaltung des Staates, sie werden angewandt – heute vor allem in der Kurdenverfolgung – und ziehen immer neue staatliche Machtgelüste nach sich. Die Initiativen brauchten Unterstützung aber auch im Hinblick auf das dringende Gebot, die Gefangenen aus der RAF

der zügellosen Strafsucht der Behörden zu entreißen.

Totalitäre Machtentfaltung des Staates

In der Entführungszeit Schleyers sei die Bundesrepublik zum ersten Mal ein „Staat im Vollsinn des Wortes“ gewesen, bewertete vor 20 Jahren der Historiker Emil Nolde die in der BRD bis dahin beispiellose Entfesselung der staatlichen Exekutive: die Maschinenpistolen an jeder Straßenecke, die totale Fahndung, die flächendeckende Außerkraftsetzung von Grundrechten (wie Brief- und Postgeheimnis, Integrität der Wohnung, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit), die Kaltstellung der Legislative und teilweise Jurisprudenz durch den großen und kleinen Krisenstab, die Jagd auf vermeintliche und wirkliche Sympathisanten, den doppelten Rechtsbruch des Abhörens der Stammheimer Zellen durch den BND (überhaupt war der Auslandsnachrichtendienst um Hilfe bei der Fahndung im Innern ersucht worden), die Kontaktsperre aller §129a-Gefangenen, verbunden mit ihrer totalen Kontrolle durch die Staatsschutzbehörden, während gleichzeitig Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols ihre Tötung öffentlich und in den Krisenstäben erörtern, den militärischen Einsatz einer Sondergrenzschutztruppe im Ausland ... – alles unter Berufung auf einen behaupteten Staatsnotstand.

20 Jahre später antwortete Schmidt-Jortzig in einem *taz*-Interview auf den Vorhalt, daß Verbot der Mehrfachverteidigung, Überwachung der Verteidigergespräche, Verhandlung in Abwesenheit der Angeklagten, Trennscheibe, Kontaktsperre „nicht gerade dem Schutz des Bürgers gegenüber dem Staat“ dienten: „Das ist richtig. Aber es dient dem Schutz des Staates.“ Damit brachte er die autoritären Staatsvorstellungen, die nicht erst in der „Terrorismusbekämpfung“ durchbrachen, dort aber entfesselt wirkten, auf den Punkt – Vorstellungen, die vom Ordnungsgedanken beherrscht sind und in denen die Gesellschaft und ihre einzelnen Mitglieder als Objekte dem eigentlichen Subjekt, dem Staat, untergeordnet sind, Vorstellungen, in denen nicht die Grundrechte der Menschen, verstanden vor allem als Schutzrechte gegen den Staat, Ausgangspunkt des Rechtssystems sind, sondern das Herrschaftsrecht des Staates.

Mit der Aufrüstung nach innen, vom Ausbau und Einsatz von Polizei und Geheimdiensten bis hin zu den Berufsverboten, hatten die verschiedenen Bundesregierungen schon lange, bevor die RAF und verwandte Bewegungen den bewaffneten Kampf aufgenommen haben, auf die Herausbildung der außerparlamentarischen Opposition in den 60er Jahren reagiert. Im Rahmen einer Regierungserklärung zur inneren Sicherheit führte der seinerzeitige Innenminister Genscher 1972 exemplarisch aus, was der politischen Opposition seit Jahren entgegen-



Stammheim, 8. Stock: der „Sonderhof“ im Freien

gehalten wurde:

„Es gibt ... in unserer Gesellschaft keinen kritikfreien Raum, auch nicht für die Organe der inneren und äußeren Sicherheit. Aber es besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen Kritik aus demokratischer Verantwortung und Herabsetzung und Zersetzung mit dem Ziel, die Funktionsunfähigkeit des Staates herbeizuführen. (...) Zu der notwendigen Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Radikalismus gehört, daß Feinde unserer Verfassungsordnung vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden. Unser demokratischer Staat kann seine freiheits-sichernde und freiheitsfördernde Funktion nur erfüllen, wenn er selbst freibleibt von den Gegnern der Freiheit.“ (7.6.72)

Die Berufung auf die „Freiheit“ legiti-mierte die Repression gegen die Opposition, das heißt die Unterdrückung der Freiheit – Freiheit hier mit Lyotard als „Offenheit für das Ereignis“ verstanden, als „Hörchen auf das, was geschehen kann und was jenseits jeglicher Regel beurteilt werden muß“.

Die Abschließung gegenüber Kritik, ihre Ausgrenzung, Diffamierung und Verfolgung steigerte sich in der „Terrorismusbekämpfung“ bis zur Dämonisierung. Der RAF wurden nicht nur ihr politischer Charakter und ihre politischen Ziele von Beginn an bestritten („Baader-Meinhof-Bande“), sie wurde regelrecht aus der Menschheit ausgegrenzt. Genscher 1972: „Die Anarchisten haben sich mit ihren Aktionen außerhalb jeder denkbaren Form von Gesellschaft gestellt.“ (ebenda) So wurde im Kampf gegen den „Terrorismus“ nahezu jedes Mittel legitimiert: mit der Verteidigung der Gesellschaft gegen Gesellschaftsfeinde,

der Zivilisation gegen die Barbarei („Der Kampf gegen den Terrorismus ist der Kampf der Zivilisation gegen die alle Ordnung zerstörende Barbarei“, Scheel 1977). Der Staatsräson wurden, wann immer als nötig erachtet, Grundrechte geopfert, besonders während der Jagd im Herbst 1977. Die Beschuldigten und Gefangenen aus der RAF wurden in Wort und Tat grundlegender Rechte beraubt, vom Abhören ihrer Zellen über die weitgehenden Einschränkung der Verteidigungsrechte, die bis zur absoluten Kontaktsperre gesteigerte Isolationshaft bis zum offen erörterten Angriff auf ihr Leben. Und was immer die Staatsräson gebot, d.h. der Anspruch des Staates, sich über geltendes Recht hinwegsetzen zu können, wenn es ein „höheres Interesse“ erfordert, wurde kurzerhand zu „Recht“. Keines der im „Kampf gegen den Terrorismus“ geschaffenen Sondergesetze hält der Prüfung auf die zugrundeliegenden Rechtsnormen stand, wie die beiden Initiativen jüngerer Datums zur Abschaffung eben dieser Sondergesetze noch einmal deutlich machen.

Unterwerfung der Gesellschaft

Auf einen anderen Aspekt der totalitären Machtentfaltung des Staates, deren Zeugen wir insbesondere 1977 geworden sind, soll hier hingewiesen werden: die mit der Erklärung der RAF zum Feind im Sinne Carl Schmitts verbundene zeitweise nahezu totale Mobilisierung der Gesellschaft, die ihre Unterordnung unter den Staat bezweckte und verlangte. Der seinerzeitige Bundeskanzler Schmidt verstieg sich zu der Forderung, die Bürger hätten sich innerlich und –sicht- und hörbar – auch äußerlich mit dem Staat und dem Staatsschutz zu identifizieren (Regierungserklärung vom 25.4.75). Der seinerzeitige Bundesjustizminister Vogel, in dessen Verantwortung mehrere Gefangene aus der RAF gewaltsam zu Tode kamen, nicht nur am 18.10.1977, verspürte im Herbst 1977 ein „Zusammenrücken in unserer Volke“, er forderte „Zuneigung“ für den Staat, der „Opfer verlangen und von der (ihm) anvertrauten Gewalt auch Gebrauch machen muß“ (28.10.1977). Da war denn auch nicht nur die RAF der Feind, und diese war es auch nicht nur und nicht einmal vorrangig wegen der von ihr verübten Gewalt. Der Politikwissenschaftler Graf Kielmannsegg bezeichnete auf dem CDU-Kongreß „Der Weg in die Gewalt“ (November 1977) „Terrorismus“ als „extremste, pathologische Form“ einer allgemein festzustellenden „Entfremdung“ vom Staat. Als „Staatsverneiner“ hat Schmidt die RAF bezeichnet und die, die der RAF den „politischen Anspruch“ nicht absprechen wollten, als „mitschuldig“ (Regierungserklärung am

13.5.75). Vogel erklärte: „Nicht daß Menschen getötet werden ... ist das Spezifikum des Terrors. Sein Spezifikum ist der frontale Angriff gegen unseren Staat, gegen das Vertrauen der Bürger in den Staat ...“ Er sah den „Realitätsverlust der Terroristen“ ausdrücklich verursacht durch „eine maßlos und bis zum Exzeß getriebene Gesellschaftskritik ...“, durch eine Kritik, die Haß gegen unseren Staat erkennen ließ ...“ (28.10.1977)

„Wer sich dem Angriff revolutionärer Gruppen gegenüber sieht“, hat Roman Herzog, damals noch rheinland-pfälzischer Staatssekretär, auf dem 77er CDU-Kongreß gesagt, „der muß zweierlei tun: er muß alles daransetzen, diese revolutionären Kräfte niederzuwerfen, und er muß die Gründe suchen, die zu ihrem Auftreten geführt haben, um sich an der richtigen Stelle und mit den richtigen Mitteln ihrer Behebung zuzuwenden.“ Als Gründe haben die Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols nicht die Gegenstände in Betracht gezogen, die die Kritik und den Widerstand v.a. großer Teile der Jugend herausgefordert hatten: nicht das Fortwirken faschistischer Traditionen in der BRD, nicht die Notstandsgesetze, nicht das erneute Erstarken eines imperialistischen Deutschlands, das aktiv das Bündnis mit den USA gegen die Länder der Dritten Welt betrieb, nicht die Unterstützung für den Vietnam-Krieg ... – sondern die Schwächung des Staatswillens, der diesen Repräsentanten als unhinterfragbar, verbindliches Gesetz galt.

Jeder „echte Staat“, so der faschistische Staatsrechtler Carl Schmitt – jeder „Staat im Vollsinn des Wortes“, wie Nolde mit indirektem Bezug auf Schmitt sagt – ist „der totale Staat“. In den Begründungen für die staatlichen Gewaltexzesse gegen die RAF und die damit einhergehende „Sympathisanten“hatz, die Repression gegen alle oppositionellen Strömungen, verrät sich das Bestreben, im Inneren keine staatsfeindlichen, staatszersetzenden Bestrebungen aufkommen zu lassen bzw. zu dulden.

Der Staat als seine eigene Legitimationsinstanz

An den Urteilen bundesdeutscher Gerichte gegen ehemalige Staatsfunktionäre der DDR wegen des DDR-Grenzregimes, das Menschen tötete, gibt am meisten zu denken, daß sie ohne jede Auswirkungen auf das BRD-Grenzregime bleiben, das Menschen tötet, vor allem an der Ostgrenze. Über diesen Tatbestand gibt es nicht einmal eine nennenswerte öffentliche Diskussion. Die Sieger legitimieren sich mit dem Verweis auf einen Unterschied: Die DDR war ein Unrechtsregime, der Tod von Grenzverletzern deshalb verwerflich – die BRD ist ein Rechtsstaat, der Tod von Grenzverletzern deshalb vielleicht tragisch, aber selbstverschuldet, das Grenzregime rechens.

Dem liegt ein „deutscher Begriff des

Rechtsstaats“ (Narr) zugrunde, der tief in deutschen Staatsauffassungen wurzelt und sich auch im Nachkriegsdeutschland ziemlich weitgehend durchgesetzt hat, gerade in der Bekämpfung der RAF. Danach bleibt der Begriff des Rechtsstaates formal, erschöpft sich im wesentlichen darin, daß das Handeln der Exekutive gesetzesförmig erfolgt. Das läuft letztlich darauf hinaus, daß es der Staat selbst ist, der sich und sein Handeln legitimiert.

Ein solches Verständnis hatte es dem Faschismus erleichtert, den Begriff „Rechtsstaat“ anfangs für sich zu übernehmen, umzuwerten und umzuwandeln. (Siehe dazu den aufschlußreichen Artikel Carl Schmitts: Was bedeutet der Streit um den „Rechtsstaat“, in: Staat, Großraum, Nomos.)

Ein solches Verständnis erlaubte es Helmut Schmidt, die staatlichen Gewaltexzesse bei der RAF-Verfolgung als mit dem Rechtsstaat vereinbar und durch den Rechtsstaat gedeckt zu legitimieren. Sofern die Verfolgungsmaßnahmen durch Gesetze nicht gedeckt waren, wurden Sondergesetze geschaffen.

Kennzeichnend für diesen Rechtsstaat-Begriff ist, daß er gegen den Herrschaftsanspruch des Staates über die Gesellschaft und die Individuen keine Schranke bietet. Zur Durchsetzung des Staatswillens werden individuelle und kollektive Grundrechte ganz legal zur Disposition gestellt, eingeschränkt, aufgehoben. Die totalitäre Machtentfaltung, die in den 70er und 80er Jahren unter dem Mantel des „Kampfes gegen den Terrorismus“ stattfand, behauptet ihrer Legitimität heute mit dem „Kampf gegen die Kriminalität“, vor allem die „organisierte“, vor allem die „ausländische“. Dabei stützt sich der Staat auf die damals geschaffenen Mittel und schafft sich unersättlich neue. In der Forderung (die zum Teil schon Praxis ist), straffällig gewordene oder sogar auch nur verdächtige „Ausländer“ rigoros abzuschieben, erreicht das Ausgrenzungsbedürfnis neue Höhepunkte; man beschreitet damit die rasant abschüssige Bahn, abweichendes Verhalten, Täter oder auch nur Verdächtige zu entsorgen.

Aktuell ist der „Deutsche Herbst“ nicht nur, weil die totalitäre Machtentfaltung des Staates nicht gebrochen ist, sondern voranschreitet. Überfällig ist eine die verschiedenen Strömungen der Linken in Westdeutschland übergreifende Diskussion um die Ursachen der Niederlage, als die die meisten den „Deutschen Herbst“, wenn oft auch aus unterschiedlichen Gründen, empfunden haben. Zu diesen Ursachen zählt – meines Erachtens –, daß nicht nur die RAF, sondern die damalige Linke in erheblichen Teilen Staatsauffassungen vertreten hat, die mit der der Herrschenden konkurrierte, ihr eben nicht entgegengesetzt war. In diese Diskussion hätte auch die Linke in Ostdeutschland einiges einzubringen.

scc

Parlamentswahlen in Polen

Eine Krise der bürgerlichen Demokratie

Von Zbigniew Wiktor

Die letzten Parlamentswahlen in Polen (21. September d.J.) haben neue Zeichen der Krise der bürgerlichen Demokratie mitgebracht. Zu den Wahlurnen sind nur 47,9% der Stimmberechtigten gegangen. Es bedeutet in der Tat eine Aufhebung des Grundprinzips der Demokratie, daß die Mehrheit über die Minderheit entscheidet. Wenn wir betrachten, daß die größte politische Gruppierung – die Wahlaktion „Solidarnosc“ (AWS) – ungefähr 4,4 Millionen Stimmen bekam, die zweite Gruppierung – SLD, Bündnis der Demokratischen Linken – ungefähr 3,5 Millionen, die Freiheitsunion (UW) – die polnischen Liberalen – ungefähr 1,7 Millionen, die Polnische Bauernpartei (PSL) ca. 0,9 Millionen und die Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP) ca. 0,7 Millionen, dann sehen wir, wie schmal ihre politische Unterstützung bei den mehr als 28 Millionen polnischen Wahlberechtigten ist. Die anderen Parteien haben die 5%-Klausel nicht überschritten, sie haben ihre Stimmen für den Sieger verloren.

Es bedeutet, daß die bürgerliche Konterrevolution, die in Polen unter dem Banner der „Reformpolitik“ durch die rein bürgerliche oder sogenannte „linke“ SLD fortgesetzt wurde, weniger gesellschaftliche Unterstützung denn je hat und daß diese Politik bei der Mehrheit



Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Naumann, am 1.9.94 in Polen. Auch in Polen angekommen: Daimler-Aerospace. Zusammen mit einer polnischen Rüstungsfirma entwickelte der Konzern einen leichten geländegängigen Militärlaster, mit dem die polnische Armee und die Nationalgarde ausgerüstet werden. Den Weg gebahnt für Daimler-Aerospace hatte die Bundesregierung mit der Lieferung von 150 dieser LKWs an den polnischen Grenzschutz. Der bekämpfte damit Flüchtlinge, die in die BRD wollten ...

keine Akzeptanz hat. Es ist interessant, daran zu erinnern, daß bei der vorigen Parlamentswahl (1993) die Wahlbeteiligung bei ungefähr 53% lag, aber bei den Lokalwahlen (1994) nur bei ungefähr 35%. Beim Verfassungsreferendum (allgemeine Volksabstimmung) im Mai 1997 haben ca. 43% der Stimmberechtigten teilgenommen. Man sieht, daß das eingeführte kapitalistische System keine gesellschaftliche Unterstützung hat. Die Mehrheit der Arbeiter und anderen Werktätigen hat schon die Hoffnungen in und Illusionen über die „Solidarnosc“-Träume verloren. Die harte kapitalistische Wirklichkeit – hohe Arbeitslosigkeit, soziale Instabilität, Wohnungskrise und die dunkle Perspektive für die Volksmassen – bleibt eine bittere Lehre, aber auch eine neue gesellschaftliche und historische Erfahrung.

Nach vier Jahren war der große Sieger die Wahlaktion „Solidarnosc“, die im Sejm (der zweiten Kammer) 201 Sitze (von 460) und im Senat 51 (von 100) erobert hat. Das Bündnis der Demokratischen Linken bekam 164 Mandate, es verlor die führende Position (früher 170) und soll als starke Oppositionspartei ihre Rolle spielen. Sie hat mathematisch die Möglichkeit, eine Koalitionsregierung mit der Bauernpartei und rein bürgerlichen Parteien zu bilden, es scheint aber, daß es bei ihrer Führung keinen politischen Willen gibt, jetzt die Verantwortung für die polnische Politik zu übernehmen. Ein großer Verlierer ist die Polnische Bauernpartei (PSL), sie bekam nur 27 Mandate (früher 130). Das Resultat beweist, daß die Landbevölkerung sehr tief differenziert ist. Die Bewegung für den Wiederaufbau Polens bekam nur 6 Mandate und spaltete sich sofort. Die letzte ist die Deutsche Minderheit in Opolegebiet (2 Mandate), die auch mehr als 50% ihres früheren politischen Einflusses verloren hat. Sie hatte nämlich früher 4 Sejmmmandate und 1 Senatorenmandat.

Eine Schlüsselrolle bei der Regierungsbildung spielt die UW (Freiheitsunion) unter L. Balcerowicz – dem glühenden Anhänger des „reinen Kapitalismus“. Für die UW stimmten 13,4% der Wahlberechtigten, sie hat 60 Mandate. Das bedeutet ca. 20% weniger als vor vier Jahren, aber sie bleibt relativ stabil auf der polnischen politischen Bühne. Die Liberalen sind Repräsentanten der polnischen Kompradorenbourgeoisie (zusammen mit einem Teil der SLD), sie sind eng mit dem internationalen Kapital, Großbanken und Monopolen verbunden, die leitende Schicht gehört zur kosmopolitischen Gruppe und hat viele direkte Kontakte und Verbindungen zu den ausländischen bürgerlichen Eliten. Balcerowicz und die ganz UW bleiben konsequente Verfechter des wilden Kapitalismus in Polen, und sie schaffen eine Überbrückung zum früheren, seit 1989 realisierten Balcerowicz-Plan. Sie treten radikal für die NATO-Osterweiterung und die Erweiterung der EU ein. Die Ana-

lyse des Programms und der gegenwärtigen Politik der UW beweist, daß sie eine Koalitionsregierung mit AWS – „Solidarnosc“ – sowie (eventuell) mit dem Bündnis der Demokratischen Linken eingehen kann.

Der Sieg der UW und die relativen Verluste der Bewegung für den Wiederaufbau Polens haben auch andere Folgen. Die ROP stellte sich als Repräsentant des polnischen nationalen Kapitals und der polnischen nationalen Bourgeoisie dar. Sie führte vor der Wahl eine politisch-wirtschaftliche Aktion unter der Losung: „Der Pole kauft beim Polen“ durch. Das Wahlergebnis beweist, daß der Formierungsversuch einer polnischen bürgerlichen und nationalen Partei in der Wirklichkeit eine Niederlage erfuhr. Das ist Ausdruck davon, daß das polnische Kapital sehr schwach ist und keine Konkurrenzchance gegenüber den großen supranationalen Gesellschaften, Monopolen und Großbanken hat.

Es ist interessant, daß ungefähr 38% der Anhänger der AWS Arbeiter sind, insbesondere in der großen staatlichen Industrie, 36% sind Arbeitslose, 29% Bauern (teilweise Doppelzählung). Diese Angaben beweisen den noch relativ großen Einfluß der „Solidarnosc“-Gewerkschaften im Arbeiter- und Bauernmilieu. Die Angaben lauten beim SLD entsprechend 27%, 24%, 15%. Die SLD integriert auch eine Gewerkschaftszentrale, die OPZZ, die sich mehr am sozialdemokratischen Kurs und Programm orientiert. Manche Gruppen der Arbeiter und der Arbeitslosen haben auch, obwohl weniger, andere bürgerliche Parteien unterstützt. Es bedeutet eine große politische und gewerkschaftliche Spaltung der polnischen Arbeiterklasse und deutet auf viele Illusionen. Es hat sich bis heute keine reale gegenbürgerliche und pro-sozialistische politische Massenalternative formiert. Der Bund der Polnischen Kommunisten „Proletariat“ ist vor der Wahl aus ideologischen, politischen und programmatischen Gründen aus der SLD ausgetreten. Er konnte nicht selbständig kandidieren, aber die Frage ist für die Zukunft offen.

Die politische Aktivität der Arbeiter und breiter der Arbeitswelt, die reale Verteidigung der gegenwärtigen sozialen Rechte trifft auf große Schwierigkeiten. Das politische Handeln und Wirken der zersplitterten Gewerkschaften wird im gemeinsamen Kampf vereinheitlicht. Das kapitalistische politische System in Polen nutzt die die Möglichkeit zur weiteren Schwächung der polnischen Arbeiterklasse und zur Beseitigung der gesellschaftlichen Barrieren beim Forcieren des Kapitalismus.

Die geringe Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen entlarvt nicht nur die Krise der bürgerlichen Demokratie, sie enthüllt auch den Unglauben der Werktätigen, daß man mit dem Wahlzettel eine radikale Wende erreichen kann. Die neue bürgerliche Verfassung hat ver-

schiedene extraordinary Maßnahmen, z.B. den Ausnahmezustand, im System verankert, die die bürgerliche Ordnung relativ stabilisieren können. Es wächst eine Konfrontation zwischen der siegreichen „Solidarnosc“ und der Linken heran. Die Grundlage dieser Konfrontation liegt in den alten, historischen Widersprüchen sowie im gegenwärtigen Kampf um Einfluß in der Wirtschaft, in den Finanzen, der Außenpolitik. Die AWS will die Verfassungsänderung. Sie bleibt unter großem Einfluß der katholischen Kirche. In ihrem Rahmen spielen katholischen Massenorganisationen, z.B. christliche Parteien und Interessengruppen, eine große Rolle. Die AWS formulierte ihr soziales Programm mit Hilfe der Soziallehre der katholischen Kirche und des Papstes persönlich. Der Konkordat mit dem Vatikan, der bis heute ein parlamentarischer Streitpunkt ist, wird vom neuen Sejm schnell ratifiziert. Die politische Rolle der katholischen sozialen Aktion in den Betrieben und Gemeinden wächst, ebenso die Klerikalisierung des gesellschaftlichen Lebens. Die AWS muß die Verantwortung für weitere Einschränkung der sozialen Rechte übernehmen.

Die AWS ist keine homogene Partei, sie umfaßt ca. 40 verschiedene politische Parteien, Gruppen sowie die Gewerkschaftszentrale „Solidarnosc“ (ca. 1,8 Millionen Mitglieder). Das soziale Programm der AWS hat zahlreiche populistische und demagogische Lösungen. Es formuliert statt „Privatisierung“ „allgemeine Eigentumsverleihung“, was noch als anarchosyndikalistischer Traum existiert. Natürlich bleibt dieser Traum in tiefem Widerspruch zu den Interessen des Großkapitals, das ihn nicht tolerieren wird. Es kommt auf dieser Grundlage zu tiefen Interessenwidersprüchen zwischen Bourgeoisie und den Massen in der Gewerkschaft. Historisch betrachtet hat die AWS manche faschistische Züge, ähnlich wie die B.Mussolini-Bewegung Anfang der 20er Jahre in Italien oder bei der NSDAP in Deutschland. Diese Widersprüche sind auch eine potentielle Bedrohung der bürgerlichen Demokratie in Polen. Die „Schutzstaffeln“ der „Solidarnosc“ haben schon oft ihre Verachtung der Demokratie und der Rechtsordnung bewiesen.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß die letzten Parlamentswahlen in Polen das Wachsen der tiefen politischen Krise zeigen, die antagonistische Klassenwidersprüche widerspiegelt. Die internationalen und die inneren kapitalistischen Kräfte wollen die bürgerliche Transformation abschließen und die Unterordnung Polens unter NATO und EU. Sie benutzen bei der Realisierung dieser Ziele die bürgerlich-demokratischen Maßnahmen und Mechanismen, wenn das aber nicht ausreicht, greifen sie zu Diktatur und Gewaltmethoden.

Zbigniew Wiktor ist Vorsitzender des Bundes der Polnischen Kommunisten „Proletariat“

Hamburg im „Dritten Reich“

Das vorliegende Buch entstand im Anschluß an die Tagung „Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im ‚Dritten Reich‘“, die im Oktober 1995 von der „Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts“ veranstaltet wurde. Seit Beginn der 80er Jahre haben vor allem außeruniversitäre Projekte die Forschung über Hamburg im „3. Reich“ vorangebracht. Durch deren Impulse hat sich die etablierte Fachwissenschaft zu neuen Untersuchungen herausgefordert gefühlt. Der soeben erschienene Sammelband will eine Zwischenbilanz ziehen und neue Forschungsergebnisse zur Diskussion stellen. Die Beiträge gewähren Einblick in die Geschichte Hamburgs im „3. Reich“, in die aktive Rolle der hamburgischen Eliten im NS-System sowie in die aktuellen Forschungsleistungen und -probleme. Der Vergleich zu anderen Regionen, mit dem sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten ließen, drängt sich auf. Insofern ist das Buch nicht nur für HamburgerInnen von Interesse.

Bei dem Beitrag Karl Heinz Roths über „Ökonomie und politische Macht: Die ‚Firma Hamburg‘ 1930–1945“ handelt es sich um eine umfassende Darstellung der hamburgischen Wirtschaftspolitik und -interessen auf der Grundlage umfangreichen Quellenmaterials. Hamburg war als Handelsmetropole von der Weltwirtschaftskrise besonders betroffen. Die NS-Wirtschaftspolitik setzte indes „auf einen binnenwirtschaftlich geprägten Hochrüstungskurs, der den Außenhandelsinteressen der Hamburger Führungsgruppen entgegenstand [...] und die Depressionsfolgen im Machtbe-

reich der regionalen Wirtschaftseliten zementierte“ (16). Obgleich an Rüstungsprogrammen verdient wurde, stagnierte der Hafen Ende 1937 auf einem Niveau unter dem der Vorkrisenjahre. Auch nach der Besetzung westeuropäischer Staaten 1940 erfüllten sich gehegte Hoffnungen nicht: Die Konkurrenzhäfen wurden nicht zugunsten Hamburgs lahmgelegt. In Hamburg hatte man geplant, den eigenen Hafen zum Zentrum des deutschen „Großwirtschaftsraums“ zu machen. Hierauf zielten die Nachkriegsplanungen für die der Architekt Konstanty Gutschow auf dem Reißbrett eine nahezu neue Stadt, zugeschnitten auf die Bedürfnisse des Hafens, entwarf.

Die Hamburger Wirtschaftselite entschied sich für einen „Weg zu raubwirtschaftlichen Radikalisierungsschritten [...] und der handelskapitalistischen Ausplünderung“ (16) als Kompensation traditioneller Profiterwirtschaftung. Hamburger Lobbyisten waren in den verschiedenen Gremien vertreten, die sich mit dem ökonomischen Vorgehen in der besetzten Tschechoslowakei, in Polen und in der UdSSR befaßten. Hamburger Unternehmen eigneten sich Eigentum in den besetzten Staaten an – Raubkapitalismus pur.

Durch Roths Beitrag werden die anderen Artikel des Bandes miteinander verklammert. In denen wird eine breite Themenpalette abgedeckt, dies reicht von den Kolonialvorstellungen der Hamburger Kaufmannschaft bis zu den Judenverfolgungen am Beispiel einer polnischen Jüdin und zweier Hamburger jüdischer Rechtsanwälte, dem Raub jüdischen Vermögens und der Zusammen-



Ohne Gerichtsverfahren wurden vier Widerstandskämpfer, Gustav und Elisabeth Bruhn, Hans Hornburger und Kurt Schill, im Februar 1944 zur Hinrichtung ins KZ Neuengamme (Bild: Gefangene aus dem KZ bei Böscharbeiten) gebracht und dort durch Erhängen getötet.

pferchung der jüdischen Bevölkerung in sog. „Judenhäusern“, von der Beteiligung Hamburger Polizeibataillone am Zweiten Weltkrieg, insbesondere an der Judenvernichtung und den Hinrichtungen in Hamburg, die sich als Klasseninstrument erwiesen (85 % der Hingerichteten stammten aus der Unterschicht, alleine 55 % waren Arbeiter oder Handwerker-gesellen), über die Stadtplanung unter dem Aspekt der sozialen Kontrolle und die Wohnungspolitik bis zur Entwicklung der Anstaltsfürsorge, die zur „Euthanasie“ führte. Es geht um die Arbeitsbedingungen im Hafen und die Arbeiteropposition auf den Werften. Es wird die Hilfestellung untersucht, die einzelne Frauen Deserteuren leisteten, genauso wie der Soldatenselbstmord anhand der Gutachten des psychiatrischen Wehrmachtssachverständigen Hans Bürger-Prinz.

Das Buch bietet sowohl einen Gesamtzusammenhang als auch zahlreiche einzelne Facetten der Hamburger Geschichte im „3. Reich“. 1947 behauptete der erste Nachkriegsbürgermeister Rudolf Petersen, es sei eine „Tatsache, daß Hamburg nicht in dem Maße von den Verbrechen und Maßlosigkeiten des Nationalsozialismus betroffen worden ist wie fast alle übrigen Teile des deutschen Reiches“ (zit. n. 141). Solche und ähnliche Geschichtslegenden werden gründlich widerlegt.

F
Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hg.): Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im „Dritten Reich“, Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, eva, Hamburg 1997, 556 Seiten, 64 DM.



Hamburg feiert den Anschluß Österreichs

Euro... Drogen... Kriminalität...

Rechte Formierung und antifaschistischer Widerstand im Wahljahr 1998

Konservative Strategien und Neue Rechte

Helmut Kellershohn, DISS-Institut

Europäische Innenpolitik nach dem Amsterdamer Gipfel

Ulla Jelpke, MdB PDS

Wahlen in Hamburg

**Samstag, 29. November 1997, 13.30 Uhr
Jugendgästehaus Köln-Riehl, An der Schanz 14**

**Veranstalter:
Herausgabekreis Antifaschistische Nachrichten**

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Züllicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“.

Regionales West und Ost wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Züllicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

26.10.-1. Nov.: Gewerkschaftskongreß der Postgewerkschaft in **Bremen**

14.-16. November: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in **Kassel**

21./22. Nov.: Laut Aufruf des „Kasseler Friedensforums“ sollen wg. der erwarteten Schlußabstimmung zum „Eurofighter“ bundesweit Infostände u.ä. stattfinden.

21./22. Nov.: Beschäftigungsgipfel in **Luxemburg**. Der hessische DGB hat den EGB aufgefordert, dazu eine europaweite Demonstration zu organisieren, die Bundeskoordination Euromarsch unterstützt diese Initiative.

21.-22. Nov.: CSU-Parteitag in **München**.

22.-23. Nov.: Tagung und Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V. in **München** (Hotel Sol Inn, Nähe Hbf). Infos bei: BAG Kritische PolizistInnen, c/o Reinhard Borchers, Bachstr. 96d, 22083 Hamburg

2. bis 4. Dez. SPD-Parteitag in **Hannover**.

5. und 6. Dez.: Europaweite Aktionen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

6. und 7. Dez.: Bundesweiter friedenspolitischer Ratschlag der „Friedensbewegung“ in **Kassel**.

13./14. Dezember: Bundesweite Konferenz der Euromarsch-Unterstützerinnen und Unterstützer

3.-6.1.1998: Linke Schule in Thüringen. Die Winterschule findet diesmal von Samstag bis Dienstag statt, Ort entweder Schnepfenthal oder Tambach-Dietharz.

Februar: Bundesweiter Ratschlag des Erfurter Appells in **Bochum**.

1. März 1998: Landtagswahlen in **Niedersachsen**.

26. April 1998: Landtagswahlen in **Sachsen-Anhalt**

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongreß des DGB in **Düsseldorf**

Hinweis: Als Beilage in dieser Ausgabe: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart